Antwort auf eine Große Anfrage

- Drucksache 15/1930 -

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion der SPD vom 10.05.2005

Verbraucherschutz in Niedersachsen

Verbraucherpolitik ist unstreitig ein wichtiger Bestandteil staatlicher Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Die von der UNO formulierten und weltweit anerkannten Grundrechte der Verbraucher haben nun Eingang in die neue europäische Konvention gefunden und sollen damit Verfassungsrang im Binnenmarkt erhalten. Verbraucherpolitik wird auf allen Ebenen - von der EU-Kommission bis zur kommunalen Politik - als Querschnittsaufgabe anerkannt und teilweise auch in speziellen Ressorts wahrgenommen.

Im Land Niedersachsen fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit institutioneller Finanzierung die anbieterunabhängige Verbraucherberatung. Die institutionelle Förderung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes ist seit den 70er-Jahren ein fester Bestandteil des Haushaltes der Verbraucherzentrale Niedersachsen.

Das Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz finanziert Projekte zur Aufklärung über gesunde Ernährung. Der gesundheitliche Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit werden vom Landesamt für Verbraucherschutz überwacht.

Über zahlreiche Kooperationen ist in Niedersachsen ein Netzwerk vorhanden, das die Kompetenz und die Beratungsarbeit in einen fachlichen Zusammenhang stellt und selbstverständlich auch über die Landesgrenzen hinaus wirksam ist. Die Verbraucherarbeit in Niedersachsen findet mit den geschaffenen Strukturen von Verbraucherberatung und Verbraucherinformation auch international Beachtung.

Verbraucherschutz ist für die Daseinsvorsorge unverzichtbar und damit ordnungspolitisch eine wichtige Aufgabe des Staates. Mit gesetzlichen und freiwilligen Regelungen sind Verbraucherinnen und Verbraucher heute besser geschützt als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Erweiterung des Binnenmarktes ist stets auch verbunden mit der Überprüfung der Verbraucherrechte und des Verbraucherschutzes. Die Angleichung ist jedoch ein langwieriger Prozess. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können gegenwärtig die erwünschten Vorteile des Binnenmarktes nur unzureichend nutzen. Die unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen und juristischen Bewertungen sowie die Unterschiede in den Sozial- und Steuersystemen beim Zugang zu den Informationen verursachen Hemmnisse für Verbraucherinnen und Verbraucher. Ein wesentlicher Bildungsprozess besteht auch darin, dass Verbraucherinnen und Verbraucher frühzeitig und lebenslang lernen müssen, ihre Interessen zu artikulieren. Dazu sind sie erfahrungsgemäß nur so weit in der Lage, wie die Asymmetrie in der Verbraucherinformation zum Nachteil der Konsumenten vorherrscht. Deshalb bedarf es der Beratung und Information und der organisierten Interessenvertretung.

Die Aufgaben des Verbraucherschutzes haben sich jedoch entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Wenn einerseits eine höhere Eigenverantwortung von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet wird und andererseits vor dem Hintergrund der Globalisierung immer mehr Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen die Märkte verändern, löst dies Unsicherheiten bei Verbraucherinnen und Verbrauchern aus, die sich als Kaufzurückhaltung bemerkbar macht.

Die Notwendigkeit von unabhängiger Verbraucherberatung und -information wird von den meisten politischen Parteien in entsprechenden Programmen, Entschließungen und Verlautbarungen hervorgehoben. Allerdings werden in einigen Regierungsprogrammen auf Bundes- und Länderebene die dafür notwendigen Maßnahmen zur Schaffung und Stärkung der dafür erforderlichen Strukturen

und Beratungseinrichtungen nicht ausdrücklich festgelegt und finanziell als eher freiwillige Leistungen der öffentlichen Hände eingestuft.

Die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher werden seit fast 50 Jahren von der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. sehr effizient wahrgenommen. Die aus der individuellen Beratungsarbeit gewonnenen Erkenntnisse beziehen sich auf aktuelle Entwicklungen und spiegeln die praktischen Probleme wider. Insbesondere sind die flächendeckende Beratungsarbeit und die notwendigen Auswertungsmöglichkeiten nicht nur ein individuelles Angebot, sondern als Sensorfunktion konkret nutzbar für den verbraucherorientierten Dialog mit der Anbieterseite und der Politik. Die Beratungsarbeit nutzt auch den Unternehmen und dem Einzelhandel. Über Produkte und Dienstleistungen sowie über neue gesetzliche Bestimmungen oder Änderungen im Wettbewerb wird nach Kriterien der Objektivität und der Nachhaltigkeit informiert. Gerade wegen der komplexen rechtlichen Aspekte bei Einkäufen und Vertragsabschlüssen - insbesondere bei grenzüberschreitenden Kaufverträgen und Nutzung des Online-Handels - sind persönliche und fachlich qualifizierte Beratungen erforderlich. Auch für die Verbraucherbildung genügen die Informationsangebote über Handzettel, Ratgeber und Internet-Seiten bei weitem nicht, sondern müssen durch direkte Ansprache der Zielgruppen und entsprechende didaktische Maßnahmen ergänzt werden.

Die dafür erforderliche Struktur muss im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in allen wichtigen Konsumbereichen weiterentwickelt werden. Die öffentliche Finanzierung der Verbraucherarbeit in Niedersachsen ist somit auch Gradmesser für eine Wirtschaftsförderung, die auch die Konsumentenseite im Blick hat. Die finanzielle Förderung der Verbraucherzentrale ist seit Jahren unzureichend, um diese Struktur sowohl in allen wichtigen Städten als auch im ländlichen Raum zu schaffen und für die acht Millionen Niedersachsen eine angemessene Wirkung dauerhaft zu erzielen. Seit dem Jahr 2000 sind sieben Beratungsstellen in so genannte Stützpunkte ohne personelle Betreuung umgewandelt worden, heute hat die Verbraucherzentrale noch 19 Beratungsstellen. Die VZN wird durch die finanziellen Kürzungen doppelt getroffen: Zum einen kürzt das Land drastisch bei der institutionellen Förderung der VZN, zum anderen zwingen die Konsolidierungsbestrebungen auch einige kommunale Gebietskörperschaften, die Höhe ihrer bisherigen Förderungen zu reduzieren oder sogar ganz einzustellen.

Der Erhalt der nachfrageorientierten Beratungskapazität und Fachkompetenz wird vor diesem Hintergrund gerade in der Fläche immer schwieriger. Die Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Entgelte an den Kosten der Beratung ist in Niedersachsen mit rund 24 % im Gesamtetat auf einem vergleichsweise hohen Stand.

Wir fragen die Landesregierung:

Verbraucherpolitik und Stärkung der Interessenvertretung für Verbraucher

1. Welche Bereiche von Verbraucherpolitik übernimmt die Landesregierung in direkter Verantwortung?
 - a) Welchen Einfluss nimmt sie auf die bei der EU bzw. beim Bund geplanten gesetzlichen Regelungen?
 - b) Welche Bereiche sind in der Verantwortung des Bundes bzw. der EU?
 - c) Welchen Einfluss hat die Landesregierung auf die Umsetzung in Niedersachsen?
2. Gibt es Bereiche des Verbraucherschutzes, die dereguliert werden könnten, ohne dass dies im Ergebnis zu weniger Verbraucherschutz führen würde?
3. Wie wird die anbietende Wirtschaft in verbraucherpolitische Entwicklungen eingebunden?
4. Gibt es Absprachen mit der Wirtschaft zur Förderung der Selbstverpflichtung über Informationsweitergabe? Gibt es branchenspezifische Selbstverpflichtungen, und wenn ja, welche?
5. Was hält die Landesregierung davon, im Rahmen von Förderprogrammen den mittleren und kleinen Unternehmen eine finanzielle Unterstützung für den Ausbau der unternehmerischen Verbraucherinformation zu gewähren?

6. Welche Entwicklungen zur Stärkung des Verbraucherschutzes hat es seit 1990 in Niedersachsen gegeben?
7. Wie werden die Interessen der niedersächsischen Verbraucherinnen und Verbraucher festgestellt und ihre Belange von der Landesregierung bei den erforderlichen Maßnahmen in den Ressorts berücksichtigt?
 - a) Welche Konzepte hat der IMAK „Ländlicher Raum“ bisher dazu erarbeitet?
 - b) Gibt es andere Arbeitsgruppen oder IMAKs innerhalb der Landesregierung, die sich mit der Thematik Verbraucherschutz auseinandersetzen? Wenn ja welche und was wurde bisher erarbeitet?
8. Wie werden verbraucherpolitische Entwicklungen in den unterschiedlichen Zuständigkeiten der Ressorts und Landesbehörden abgestimmt?
9. Hält die Landesregierung die Erstellung eines regelmäßigen verbraucherpolitischen Berichtes für sinnvoll?
10. Was tut die Landesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit, um über die verschiedenen Inhalte von Produktsiegeln aufzuklären?

Verbraucherpolitik und Stärkung der Verbraucherrechte angesichts der sich wandelnden Märkte - gesetzliche und freiwillige Regelungen für Verbraucherschutz

11. Hält die Landesregierung die bestehenden gesetzlichen Regelungen des rechtlichen Verbraucherschutzes für ausreichend? Gibt es Bereiche, die zu verbessern wären?
12. Welche Kontrollmechanismen sind zur Einhaltung von Standards des Verbraucherschutzes angelegt - insbesondere bei Finanzdienstleistungen und bei der Produkt- und Lebensmittelsicherheit?
13. Welche Beispiele gibt es für freiwillige Vereinbarungen, die als Verbraucherschutz besser wirksam sind als vergleichbare gesetzliche Regelungen?
14. In welcher Form und in welchem Umfang bestehen derzeit Kompetenzen des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz außerhalb der Lebensmittelsicherheit?
15. Welche Informationsrechte und -pflichten bestehen nach derzeitigem Bundesrecht?
16. Welche zusätzlichen Maßnahmen hinsichtlich gesetzlicher und freiwilliger Regelungen wären im Interesse der niedersächsischen Verbraucher notwendig?
17. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass für Verbraucherinnen und Verbraucher der Zugang zum Recht gewährleistet ist? Welche Beratungseinrichtungen stehen zur Verfügung und wie werden diese von ihr gefördert?
18. Gibt es in Niedersachsen oder anderen Bundesländern darüber hinausgehende Regelungen, und wenn ja, welche?
19. Wo sieht die Landesregierung rechtliche Informationsdefizite?
20. Welchen Stellenwert gibt sie den Verbraucherthemen im Schulunterricht? Wie sind solche Themen auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche in den Lehrplänen verankert?
21. Fördert sie die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund auch hinsichtlich der Kenntnisse über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte des privaten Konsums? Welche diesbezüglichen Maßnahmen werden in Niedersachsen durchgeführt?

Nachhaltiger Konsum

22. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, die niedersächsischen Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der Erkenntnisse über weltweite Zusammenhänge von Produktion und Konsum stärker zur Änderung ihres Konsumverhaltens anzuhalten?
23. Welche Maßnahmen zum ökologischen Umbau der Wirtschaft und Landwirtschaft, die sich positiv auf Verbraucherinnen und Verbraucher auswirken sollen, werden von ihr in besonderer Weise unterstützt?
24. Welchen Stellenwert gibt die Landesregierung dem Corporate Social Responsibility (CSR) als Instrument, um bei Wirtschaftsunternehmen die Einhaltung von Standards im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens und Konsumierens durchzusetzen?
25. Welche Kriterien legt sie hinsichtlich CSR bei der von ihr verantworteten Vergabe von Aufträgen an, um das nachhaltige Wirtschaften in verantwortlicher Weise zu fördern?
26. Hält sie besondere Aufklärungsmaßnahmen über nachhaltigen Konsum und die damit verbundene Entwicklungszusammenarbeit für erforderlich? Werden solche Maßnahmen bereits unterstützt?

Finanzierung der unabhängigen Verbraucherberatung (öffentliche Zuwendungen, Kostenbeteiligung der Verbraucher und der Wirtschaft)

27. Welche Einrichtungen der unabhängigen Verbraucherberatung werden in Niedersachsen mit Landesmitteln gefördert?
28. Wie sieht die Landesregierung die Mitfinanzierung der Verbraucherzentrale Niedersachsen durch andere öffentliche Gebietskörperschaften?
29. Wie wirkt sich die mit der Strukturreform der Verbraucherarbeit in Deutschland im Jahr 2000 vorgenommene Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der finanziellen Förderung der Verbraucherberatung in Niedersachsen aus?
30. Welche Mitfinanzierung der Verbraucherzentrale Niedersachsen aus dem privaten Sektor wird als unbedenklich angesehen, um die Anbieterunabhängigkeit der Verbraucherberatung zu wahren?
31. Wie bewertet die Landesregierung die Anstrengungen der Verbraucherzentrale zur Erzielung von Eigeneinnahmen?

Finanzielle Sicherung der privaten Haushalte (Risikovorsorge, Alterssicherung, Finanzdienstleistungen, Schuldenprävention)

32. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Risikovorsorge in den privaten Haushalten vor?
33. Welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um ein Höchstmaß an Transparenz beim Preis-Leistungs-Verhältnis von Versicherungen zu gewährleisten?
34. Hält sie anbieterunabhängige Beratung und Information über den Versicherungsmarkt für besonders förderungswürdig, und unterstützt sie bereits solche Maßnahmen?
35. Werden zur Altersvorsorge spezifische Aufklärungsmaßnahmen und Beratungsangebote durchgeführt, und unterstützt die Landesregierung diese Aktivitäten?
36. Gibt es Erkenntnisse über die Nutzung der offenen Finanzdienstleistungsmärkte im Binnenmarkt durch niedersächsische Verbraucherinnen und Verbraucher, und gibt es Probleme im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr?
37. Welche Probleme sind der Landesregierung bekannt, die zum Nachteil privater Haus- und Wohnungseigentümer aus dem Abschluss von Baufinanzierungen resultieren?

38. Hat sie Erkenntnisse, dass für Überschuldungen auch unzureichende Beratungsleistungen seitens der Anbieter im Vorfeld der Entscheidung über Baufinanzierung verantwortlich sein könnten?
39. Unterstützt sie bei der anbieterunabhängigen Baufinanzierungsberatung besondere Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher?
40. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der unabhängigen Information und Beratung hält sie für möglich und sinnvoll?
41. Welche Erkenntnisse hat sie über die Verschuldung privater Haushalte in Niedersachsen, und welche Probleme ergeben sich für den privaten Konsum im Allgemeinen und für benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Besonderen?
42. Welche Erkenntnisse liegen ihr über die zunehmende Verschuldung Jugendlicher vor?
43. Wer ist in Niedersachsen für Schuldnerberatung zuständig, und wie sieht die Umsetzung in der Praxis aus?
44. Welche Maßnahmen zur Schuldnerberatung werden von der Landesregierung gefördert?
45. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung zur Lösung der bestehenden Probleme in diesem Bereich, und hält sie eine regelmäßige Berichterstattung der Entwicklung für sinnvoll?

Gesundheitlicher Verbraucherschutz/Gesundheitsdienstleistungen/Gesundheitsförderung

46. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich der freien Krankenkassenwahl und deren Nutzung durch die Versicherten?
47. Welche Auswirkungen hat der Ausstieg von Kieferorthopäden aus dem kassenärztlichen System, und wie stellt die Landesregierung die flächendeckende Versorgung vor allem von Kindern und Jugendlichen sicher?
48. Wie schätzt sie die Leistungsprofile der Krankenkassen hinsichtlich der Gesundheitsprävention ein?
49. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Menschen in Niedersachsen durch die Reformen von Harz IV nicht mehr krankenversichert sind, und was unternimmt sie zu ihrem Schutz bzw. Aufklärung?
50. Wie werden in Niedersachsen Patientenbeschwerden aufgenommen, und wer bearbeitet diese? Gibt es Erkenntnisse bei der Landesregierung über die wesentlichen Beschwerdebereiche, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Patientenrechte werden unterstützt?
51. Gibt es besondere Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in Niedersachsen, die von der Landesregierung unterstützt werden, und welche Wirkungen haben diese?
52. Welche Vorsorge trifft sie hinsichtlich der zunehmenden Anteile älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit altersbedingten Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit?
53. Nach welchen Standards werden Einrichtungen der stationären und ambulanten Altenpflege geprüft, und welche Informationen werden den Verbrauchern zur sachgerechten Auswahl der Einrichtungen zur Verfügung gestellt? Unterstützt die Landesregierung solche Maßnahmen?
54. Liegen ihr Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Zahl der in Anspruch genommenen grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen (z. B. Zahnersatz, Schönheitsoperationen) ist?
 - a) Welche Probleme gibt es damit?
 - b) Was tut die Landesregierung, um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten?

Verbraucherschutz beim Kauf- und Vertragsrecht; Telekommunikationsmarkt

55. Wie bewertet die Landesregierung den Verbraucherschutz im Bereich der Telekommunikation und des elektronischen Handels? Welche Bedeutung haben so genannte Dialer, und wie ist der Schutz der Verbraucher vor überhöhten Verbindungskosten geregelt?
56. Welche Erkenntnisse hat sie über Verschuldungsprobleme bei Jugendlichen, die aus der Unkenntnis von Kostenstrukturen beim Gebrauch von Mobiltelefonen und Internetverbindungen entstehen können? Welche Erkenntnisse hat sie über Probleme bei der Nutzung der so genannten Mehrwertdienste? Unterstützt sie Maßnahmen zur Verbraucherberatung und Verbraucherinformation?
57. Welche Möglichkeiten sieht sie, die Unübersichtlichkeit der Mobilfunktarife für Verbraucherinnen und Verbraucher zu beseitigen?
58. Welche Erkenntnisse hat sie über das Ärgernis der unverlangten Zusendung von Werbefaxen und E-Mails zwecks Geschäftsanbahnung (so genanntes Spamming)? Wie können sich Verbraucher vor dieser Werbeflut schützen? Werden besondere Aufklärungsmaßnahmen in Niedersachsen gefördert?
59. Wie schätzt sie den Markt der so genannten Gewinnspiele ein? Welche Chancen haben Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich, um die versprochenen Gewinne zu erhalten? Mit welchen Maßnahmen kann dem Missbrauch des Vertrauens der Verbraucher in die Lauterkeit solcher Angebote begegnet werden?

Elektronischer Handel

60. Wie hoch ist der Anteil des elektronischen Handels beim privaten Konsum, und in welchem Maß ist die niedersächsische Wirtschaft dafür selbst Anbieter im weltweiten Netz?
61. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Probleme der Verbraucher bei grenzüberschreitenden Käufen - insbesondere beim elektronischen Handel?

Reisemarkt und öffentliche Verkehrsleistungen

62. Wie schätzt die Landesregierung den Verbraucherschutz im Urlauberreisemarkt ein, insbesondere beim Pauschalтуриasmus und bei Flugreisen?
63. Wie bewertet sie den Kundenschutz im öffentlichen und privaten Reisefern- und Nahverkehr? Welche Maßnahmen zur Beratung und Information sind der Landesregierung bekannt, und welche werden von ihr besonders gefördert?
64. Wie bewertet sie den Stellenwert von Nachhaltigkeit bei Konsumententscheidungen im Reisemarkt? Fördert sie solche Maßnahmen, die das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken?

Klimaschutz/Energiesparen/Bauen/Wohnen/Energieversorgung

65. Sieht die Landesregierung das Erfordernis, die Verbraucherinnen und Verbraucher noch stärker über Klimaschutz aufzuklären und entsprechende Maßnahmen in privaten Haushalten durch besondere Beratung und Aufklärung zu fördern? Welche niedersächsischen Förderprogramme gibt es bereits, und welche sind wünschenswert?
66. Wie bewertet sie das wirtschaftliche Ziel der Energieversorger im Verhältnis zu Energieeinsparmaßnahmen? Welche Rolle spielen dabei die regenerativen Energieträger?
67. Wie setzt sie sich für die Entwicklung energiesparender Kraftfahrzeuge ein? Welche Bedeutung misst sie den Emissionswerten bei?
68. Mit welchem Erfolg nimmt sie auf die Preisgestaltung auf den Energiemärkten Einfluss? Welche Verbraucherbeschwerden sind ihr bekannt, und wie werden diese gelöst?

Lebensmittel/Ernährung

69. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur Entwicklung in der niedersächsischen Landwirtschaft hinsichtlich des Anbaus und der Produktion von konventionellen und ökologischen Lebensmitteln?
70. Welche Teile des Lebensmittelbereichs sind im europäischen Recht geregelt und welche nicht hinsichtlich
71. a) Produktkennzeichnung und -etikettierung,
72. b) Lebensmittelkontrolle und Nachweisverfahren und
73. c) verbrauchergerechter Information?
74. Welche Auswirkungen ergeben sich aus der bislang unvollständigen Harmonisierung in diesem Bereich?
75. Verfügt die Landesregierung oder ihr nachgeordnete Stellen über ausreichende Kontrollmöglichkeiten bzw. Überwachungskapazitäten und eine entsprechende Ausrüstung, um den Verbraucherschutz umfassend sicherzustellen?
76. Welche Auswirkungen hat die Einführung der Qualitätssiegel „Bio“ und „QS“ für die niedersächsische Landwirtschaft und den Lebensmitteleinzelhandel? Unterstützt die Landesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der Kenntnisse über Lebensmittel aus niedersächsischer Produktion?
77. Gibt es ein Lebensmittel-Monitoring für Erzeugnisse aus dem ökologischen Landbau?
78. Was unternimmt die Landesregierung konkret in Bezug auf die Ergebnisse erhöhter Dioxinwerte in Hühnereiern?

Gentechnik

79. Welchen Nutzen und welche Risiken bergen gentechnisch erzeugte, hergestellte oder manipulierte Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher?
80. Wie beurteilt die Landesregierung Gesundheitsrisiken und Allergierisiken durch gentechnisch veränderte Lebensmittel?
81. Welche Konsequenzen hat die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel in Niedersachsen ausgelöst? Wie wird die Kennzeichnungspflicht kontrolliert?
82. Wie kann die Landesregierung sicherstellen, dass das Verursacher- und Vorsorgeprinzip, das Prinzip der Wahlfreiheit und das Partnerschaftsprinzip eingehalten werden?
83. Wie will sie sicherstellen, dass das Informationsrecht der Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleistet ist, damit diese ihre Konsumententscheidungen eigenverantwortlich und bewusst treffen können?
84. Gibt es besondere Erkenntnisse und Vorsorge bei Honig zum Schutz vor GVO, und reicht die vorhandene Analysetechnik aus um eventuelle Verunreinigungen messen zu können?

Tierseuchen

85. Wie wurde im ML die Krisenkoordination zwischen Bund und Ländern bisher und wie wird sie zukünftig organisiert?
86. Wie ist die Krisenkoordination im ML technisch, organisatorisch und personell ausgestaltet?
87. Wie wird sichergestellt, dass das Schnellwarnsystem zwischen Bund und Ländern im ML auch an Sonn- und Feiertagen und 24 Stunden täglich funktioniert?
88. Wie sind die Krisenkoordination und das Schnellwarnsystem in Bezug auf legale und illegale Importe und internationale Verflechtungen ausgestaltet?
89. Welche EU-weiten Anforderungen an Zulassung, Durchführung und Kontrolle der BSE-Tests bzw. Testlabore gibt es derzeit?
90. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Standards bei der Durchführung von BSE-Tests in anderen EU-Mitgliedstaaten?
91. Gibt es derzeit Regelungen zur bundeseinheitlichen Akkreditierung von BSE-Testlaboren, wenn ja, seit wann, und wenn nein, warum nicht?
92. Durch welche Mechanismen wird die Qualität der Laborarbeit in Niedersachsen überprüft?
93. Welche länderspezifischen Regelungen gibt es zu den Abständen, wann welche Testlabore kontrolliert werden müssen?
94. Wie beurteilt die Landesregierung die Organisation von Risikobewertung und -management bezüglich BSE in den EU-Beitrittsländern, insbesondere in Polen?
95. Unterstützt sie Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Erarbeitung von gemeinsamen Krisenmanagementplänen? Wenn ja, in welcher Form?
96. Gibt es grenzüberschreitende (z. B. Niederlande) Krisenpläne und entsprechende rechtliche und verbindliche Vereinbarungen?
97. Welche Schlachtkapazitäten müssen in Niedersachsen auf jeden Fall vorgehalten werden (auch bei Nichtauslastung), um bei Seuchen eine ordnungsgemäße, schnelle und tierschutzgerechte Tötung von Tieren durchführen zu können?

Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)

98. Welche konkreten Veränderungen hat es beim Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz durch die Verwaltungsreform seit dem 1. Januar 2005 gegeben?
99. Verfügt die Landesregierung oder verfügen ihr nachgeordnete Stellen über ausreichende Kontrollmöglichkeiten bzw. Überwachungskapazitäten und eine entsprechende Ausrüstung, um den Verbraucherschutz umfassend sicherzustellen?
100. Gibt es Koordinationsproblem bei der Überprüfung und Kontrolle von Pflanzenschutzmittel zwischen dem Landesamt für Verbraucherschutz und der Landwirtschaftskammer? Wie erfolgt die genaue Aufgabentrennung?
101. Welche Sanktionsmöglichkeiten gibt es bei Verstößen der Wirtschaft und des Handels gegen die Lebensmittelsicherheit? Gibt es eine Bußgeldstatistik? Wenn ja, welche Fälle wurden seit 2000 erfasst?
102. In welcher Form und Häufigkeit führen Lebensmittelunternehmen und Futtermittelunternehmen Eigenkontrollen durch? Welche gesetzlichen Vorgaben gibt es, und wie werden sie überwacht?
103. Viele „Lebensmittelskandale“ entstehen durch kontaminierte Futtermittel. Wurde die Futtermittelüberwachung in den letzten Jahren verstärkt?

104. Gibt es Untersuchungen über die Arbeit der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden, insbesondere über die Wahrnehmung ihrer Untersuchungs- und Kontrollaufgaben?
105. Sind anhand von erteilten Sanktionen/Bußgeldern/Auflagen usw. Rückschlüsse auf besonders sorgfältige Kontrollen bzw. Arbeit einzelner kommunaler Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden zu ziehen? Und wenn ja, welche Landkreise arbeiten besonders sorgfältig?
106. Welche Untersuchungsergebnisse des Landesamtes für Verbraucherschutz gab es in den Jahren 2003/2004 bei Hygienekontrollen in den niedersächsischen Schlachtbetrieben?
107. Ist das LAVES berechtigt, weisungsunabhängig „Alarmmeldungen“ zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbraucher herauszugeben?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
- 201-01425-26 -

Hannover, den 01.09.2005

Ziel der Verbraucherpolitik ist es, die Rechtspositionen der Verbraucherinnen und Verbraucher so auszugestalten, dass sie ihre wirtschaftlichen Interessen möglichst in eigener Verantwortung und Initiative wahren können, sei es beim Kauf von Gegenständen für das tägliche Leben, sei es beim Abschluss eines komplizierten Versicherungsgeschäfts.

Die Wahrung der Verbraucherinteressen in diesem Bereich ist überwiegend durch zivilrechtliche Regelungen sichergestellt. So sollen Verbraucherinnen und Verbraucher etwa bei der Anbahnung, dem Abschluss und der Erfüllung von Verbraucherverträgen vor Missbrauch, Übervorteilung und Täuschung geschützt werden. Weiterhin sollen ihnen angemessene Informations-, Rücktritts- und Schadensersatzrechte eingeräumt werden.

Für einen wirksamen Verbraucherschutz ist es wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbrauchern Rechte nicht nur zustehen, sondern dass sie diese auch kennen. Hierzu tragen neben staatlichen Einrichtungen unabhängige Verbraucherorganisationen und Institutionen der Verbraucherinformation sowie eine kompetente Verbraucherberatung wesentlich bei. Die Landesregierung fördert daher Einrichtungen und Institutionen, die im Bereich der Verbraucheraufklärung tätig sind.

Dies vorausgeschickt, beantwortet die Landesregierung die Anfrage wie folgt:

Verbraucherpolitik und Stärkung der Interessenvertretung für Verbraucher

Zu 1:

Die Landesregierung nimmt zu allen Rechtsetzungsprozessen in Fragen des gesundheitlichen, technischen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung berechtigter Verbraucherinteressen Stellung und unterstützt und fördert die Arbeit der Verbraucherverbände, insbesondere die Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. (VZN).

- a) Schon in einem frühen Stadium werden Vorhaben der EU sowohl durch die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU in Brüssel und als auch durch die Landesregierung eingehend geprüft und daraus resultierend Stellungnahmen sowie Änderungsvorschläge unterbreitet.

Mitarbeiter niedersächsischer Behörden vertreten zudem in Arbeitsgremien der Europäischen Kommission und des Rates die Interessen des Bundesrates im Rahmen europäischer Rechtssetzung.

Darüber hinaus strebt die Landesregierung bei Vorhaben der EU in geeigneten Einzelfällen ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Bundesländern an, um Stellungnahmen im Bundesrat durchzusetzen, die gleichermaßen den Verbraucherschutzinteressen wie den Interessen des Landes Niedersachsen gerecht werden.

Über den Bundesrat erfolgt die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung.

- b) Die überwiegende Mehrzahl der Rechtssetzungsakte ist durch Bundesgesetzgebung zu veranlassen. Diese dient in zunehmendem Maße der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht. Insbesondere auf dem Gebiet der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit und der Tiergesundheit erfolgen die gesetzlichen Regelungen auf Gemeinschaftsebene vermehrt durch unmittelbar geltende EG-Verordnungen.

Ferner unterstützen Bundesbehörden die Bundesorganisationen (z. B. den Verbraucherzentrale Bundesverband [vzbv] oder die Stiftung Warentest) auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes.

- c) Die Landesregierung steuert, begleitet und überwacht die Umsetzung von Bundes- und EG-Vorschriften generell.

Zu 2:

Unter Beteiligung sowohl der Wirtschaft als auch der Verbraucherschutzverbände und -organisationen sind Deregulierungsmöglichkeiten im Bereich des Verbraucherschutzes geprüft worden. Danach werden in diesem Bereich derzeit keine Ansatzpunkte gesehen.

Zu 3:

Die Verbände und Organisationen der niedersächsischen Wirtschaft bündeln die Standpunkte und Interessen der Mitgliedsunternehmen nahezu aller Branchen. Sie tun dies auch in Fragen des Verbraucherschutzes. Ausdruck der Bedeutung der Fragestellungen zum wirtschaftlichen Verbraucherschutz und der Verbraucherberatung sind die Mitarbeit und Einbindung einzelner Wirtschaftsverbände (z. B. Einzelhandel, Handwerk) im Beirat der VZN.

Noch bedeutender jedoch ist die Einbindung der Fachverbände und fachübergreifenden Wirtschaftsverbände sowie ähnlicher Organisationen durch die Beteiligung (im Rahmen der Anhörung) an Gesetzesvorhaben auf Bundes- wie auf Landesebene.

Zu 4:

Im Bereich des Technischen Verbraucherschutzes gab es Selbstverpflichtungen z. B. bei Gartenhäckseln und Feuerzeugen. Weitere Absprachen zu Selbstverpflichtungen über Informationsweitergabe sind der Landesregierung nicht bekannt.

Zu 5:

Die im Vertragsrecht vorgesehenen Informationspflichten gegenüber dem Verbraucher scheinen grundsätzlich auch mittleren und kleinen Unternehmen zumutbar, zumal die Unternehmensverbände Unterstützung anbieten. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel ist angesichts der angespannten Haushaltslage des Landes nicht möglich.

Zu 6:

Die institutionelle Förderung der VZN durch das MW seit 1990 stellt sich lt. jeweiligem Haushaltsplan wie folgt dar:

Jahr	1990 in TDM	1991 in TDM	1992 in TDM	1993 in TDM	1994 in TDM	1995 in TDM	1996 in TDM	1997 in TDM
Förderung durch MW	1.699	2.000	2.200	2.750	2.800	3.741	3.497	3.154
Jahr	1998 in TDM	1999 in TDM	2000 in TDM	2001 in TDM	2002 in T €	2003 in T €	2004 in T €	2005 in T €
Förderung durch MW	3.212	3.162	3.162	3.110	1.640	1.573	1.523	1.340

Die Entwicklung des Haushaltsansatzes für Ernährungs-, Verbraucheraufklärung und -beratung im Bereich des ML seit 1990 stellt sich wie folgt dar:

Jahr	1990 in TDM	1991 in TDM	1992 in TDM	1993 in TDM	1994 in TDM	1995 in TDM	1996 in TDM	1997 in TDM
Förderung durch ML	323	1.023	1.023	1.023	1.023	1.023	923	923
Jahr	1998 in TDM	1999 in TDM	2000 in TDM	2001 in TDM	2002 in T €	2003 in T €	2004 in T €	2005 in T €
Förderung durch ML	880	855	855	855	426	426	426	426

Von diesem Ansatz erhält die VZN eine Projektförderung von jährlich rd. 2/3 (2005: rd. 286 000 Euro) und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE)-Sektion Niedersachsen eine institutionelle Förderung von jährlich rd. 1/5 (2005: rd. 89 000 Euro). Im Rahmen der dann noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden weitere kleine Projekte gefördert. So werden beispielsweise im Jahr 2005 zusätzlich in Zusammenarbeit mit MS und MK einzelne Projekte vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl übergewichtiger Kinder insbesondere aus sozial benachteiligten Schichten mit insgesamt rd. 50 000 Euro gefördert.

Die Maßnahmen der Ernährungs-, Verbraucheraufklärung und -beratung werden schwerpunktmäßig im Bereich der vollwertigen Ernährung u. a. in Schulen, Kindertagesstätten, Kantinen und in sozialen Brennpunkten durchgeführt. Ziel dieser Maßnahmen ist die Herstellung von Verbrauchervertrauen durch anbieterneutrale Ernährungs- und Verbraucheraufklärung/-beratung. Im Mittelpunkt der Maßnahme stehen neben Fragen der gesunden Ernährung die Aufklärung über Produktionsformen und Qualität von Produkten.

Die 1991 begonnene verstärkte Förderung der Verbraucher-, Ernährungsaufklärung und -beratung soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fortgeführt werden.

Mit der Einrichtung des Arbeitsausschusses Marktüberwachung haben die Länder der Bundesrepublik durch die Umsetzung des Konzepts einer länderübergreifenden Zusammenarbeit der Marktaufsichtsbehörden dazu beigetragen, dass die Verpflichtung zur Marktüberwachung, soweit sie im Geräte- und Produktionssicherheitsgesetz (GPSG) in deutsches Recht umgesetzt wurde, wirksam und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Gewerbeaufsichtverwaltung wird intensiv in den Bereichen des europäischen und nationalen Rechts zur Marktüberwachung fortgebildet.

Um Marktüberwachung effektiv durchführen zu können, sind aussagefähige Informationen über die Ergebnisse von Produktüberprüfungen im Rahmen eines internetunterstützten Informations- und Kommunikationssystems notwendig. ICSMS (Information and Communication System for Market Surveillance) wurde in einem grenzübergreifenden Projekt mit europäischen Partnern entwickelt, um eine Informations- und Kommunikationsplattform als Grundlage für eine einheitliche Marktüberwachung zu schaffen. Die EU hat die Entwicklung des ICSMS finanziell gefördert. Außerdem unterstützen die Elektroindustrie und der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)

das Projekt und haben sich finanziell an der Entwicklung beteiligt. Im Dezember 2002 wurde die Erstentwicklung des ICSMS abgeschlossen und das System ging Anfang 2003 in Echtbetrieb.

Die Datenbank enthält Informationen über Produkte, die von Marktüberwachungsbehörden getestet worden sind. Es werden sowohl negative als auch positive Prüfergebnisse eingestellt. Zusätzliche Informationen wie Prüfberichte, Fotos, Konformitätserklärungen oder Auszüge aus der Betriebsanleitung können beigefügt werden. Das System bietet die Möglichkeit, Informationen gezielt bestimmten Behörden oder aber allen Marktaufsichtsbehörden zuzuleiten. Das ICSMS verfügt über ein Steuerungsmodul, um in Deutschland Meldungen über das EU-Schnellwarnsystem RAPEX (Rapid Alert System for Non-Food Products) und Schutzklauselmeldungen effizient zu bearbeiten. Zur Information der Öffentlichkeit gemäß § 10 GPSG steht ein öffentlicher Teil zur Verfügung. Partner im Rahmen des ICSMS sind derzeit Belgien, Deutschland, Estland, Luxemburg, Österreich, Schweden und - im Rahmen eines zunächst auf 12 Monate befristeten (Test-)Beitritts - das Vereinigte Königreich. Zwischenzeitlich (Stand August 2004) wird ICSMS von über 1 000 Nutzern aus mehr als 250 Behörden benutzt. Derzeit sind zu mehr als 6 000 Produkten Produktinformationen in das System eingestellt. Die Länder finanzieren ICSMS über ein Umlageverfahren.

Zur Gewährleistung einer möglichst intensiven Bekämpfung der von Verstößen gegen arzneimittelrechtliche Vorschriften im Bereich des Tierarzneimittelverkehrs, aber auch der von Verstößen gegen Futtermittel-, Fleischhygiene- und Lebensmittelvorschriften für den Agrarbereich ausgehenden besonderen Gefahren für den Verbraucher besteht seit November 2002 bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg eine nach § 143 Abs.1, 4 Gerichtsverfassungsgesetz landesweit zuständige Zentralstelle für die Verfolgung einschlägiger Verstöße im Zusammenhang mit der Erzeugung, dem Inverkehrbringen und dem Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Zentralstelle für Landwirtschaftssachen wird von der örtlich für die jeweilige Straftat zuständigen Staatsanwaltschaft unterstützt.

Im Übrigen ist der Verbraucherschutz in zahlreichen Bundesgesetzen - vielfach auf Grund von Vorgaben der EU - näher geregelt und verbessert worden. Zahlreiche Vorschriften, die dem Schutz des Verbrauchers dienen, sind durch das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001 (BGBl. I S. 3138) in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) integriert worden.

Als jüngeres Beispiel für die Stärkung des Verbraucherschutzes sei das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in der Fassung vom 3. Juli 2004 genannt. Nach § 1 Satz 1 UWG dient das Gesetz nun ausdrücklich auch dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Konkret werden die Verbraucher beispielsweise im Bereich der Telefonwerbung besser geschützt. Telefonwerbung im privaten Bereich ist gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG nur dann zulässig, wenn der Adressat zuvor eingewilligt hat. Der Schutz der Privatsphäre hat Vorrang vor den Interessen einzelner Wirtschaftszweige.

Zu 7:

Die Feststellung der Interessen der Verbraucher erfolgt - neben der Aufnahme kritischer Einzelhinweise - durch Einbindung der VZN und anderer Verbraucherverbände. Die Verbraucherverbände sind im Beirat des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) vertreten sowie Mitglied im Ausschuss für Technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte - ATAV. Der gemeinsame Dialog zwischen Verbraucherverbänden und Behörden sorgt für den entsprechenden Informationsaustausch, sodass verbraucherrelevante Belange in die Maßnahmen der Landesregierung einfließen können.

Den gesundheitlichen Verbraucherschutz betreffende Hinweise aus Verbraucherkreisen nehmen die örtlichen Lebensmittelüberwachungsbehörden sowie die Sonderdienste des LAVES, z. B. der Lebensmittelkontrolldienst und der Rückstandskontrolldienst, entgegen und werten diese aus. Darüber hinaus führt LAVES eine gezielte Auswertung einschlägiger Publikationen und Presseverlautbarungen durch und stellt die daraus gewonnenen Erkenntnisse dem ML für sein weiteres Handeln zur Verfügung.

- a) Der Interministerielle Arbeitskreis „Landesentwicklung und ländliche Räume“ (IMAK) hat die Aufgaben
- Erarbeitung von Leitlinien, Handlungsempfehlungen und Orientierungshilfen für eine koordinierte regionale Entwicklungspolitik des Landes und für die Akteure kommunal-regionaler Kooperationen und Initiativen, sowie zur Verbesserung der Zusammenarbeit im norddeutschen Raum und den grenzüberschreitenden Kooperationen, auch mit dem Nachbarstaat Niederlande,
 - Unterstützung bei der Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien, Handlungskonzepte und Projekte,
 - Zielvereinbarungen zwischen Land und kommunal-regionalen Kooperationen,
 - Beobachtung und Bewertung der strukturellen Entwicklung des Landes und seiner Regionen, insbesondere der ländlichen Räume,
 - Empfehlungen für einen koordinierten, regional gezielten Fördermitteleinsatz sowie zur Transparenz und Erfolgskontrolle des regionalen Fördermitteleinsatzes,
 - Informationsaustausch über entwicklungsrelevante Planungen und Maßnahmen.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises ist auf ressortabgestimmtes Handeln und die Erarbeitung von Empfehlungen ausgerichtet. Die Entscheidungsbefugnisse der Ressorts bleiben unberührt.

Damit wird deutlich, dass der IMAK keine Konzepte für einzelne Themenbereiche, hier für den Verbraucherschutz, erarbeitet, sondern sein Handeln auf die Erarbeitung abgestimmter, für eine koordinierte regionale Entwicklungspolitik des Landes notwendiger Leitlinien und Handlungsempfehlungen ausrichtet.

- b) Nein.

Zu 8:

Die Schnittstellen sind in der Regel so gelegt, dass ein erhöhter Abstimmungsbedarf zwischen den Ressorts nicht entsteht. In besonderen Einzelfällen erfolgt eine gegenseitige Information und Beteiligung.

Die Zentralstelle für Landwirtschaftssachen bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg arbeitet im Rahmen ihrer Zuständigkeit eng mit dem Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zusammen.

Zu 9:

Ein verbraucherpolitischer Bericht ist nach Ansicht der Landesregierung kein geeignetes Instrument zur Information der Bürger. Nach den Erfahrungen der Landesregierung beklagt der Bürger vielmehr die Informationsfülle auch in Sachen Verbraucherschutz und fordert daher eine zielgerichtete Zugriffsmöglichkeit auf Informationen zu spezifischen Problemstellungen. Diese stehen mit den fachbezogenen Veröffentlichungen und Internetauftritten der Ressorts in ausreichendem Maße zur Verfügung. Als Beispiel wird auf den Jahresbericht des LAVES im Internet hingewiesen.

Zu 10:

Bei den Produktsiegeln handelt es sich um Gütesiegel, die die Wirtschaft zur Kennzeichnung besonders gearteter oder hergestellter Produkte entwickelt hat. Über die Siegel wird eine bestimmte Produktqualität oder vorteilhafte Produktionsweise signalisiert. Diese Siegel müssen sich am Markt durchsetzen. Die Wirtschaft ist gefordert dafür Sorge zu tragen, dass die mit den Siegeln signalisierte Qualität gesichert und dadurch das Vertrauen der Verbraucher in die Siegel gerechtfertigt bleibt.

Verbraucherpolitik und Stärkung der Verbraucherrechte angesichts der sich wandelnden Märkte - gesetzliche und freiwillige Regelungen für Verbraucherschutz.

Zu 11:

Die Landesregierung hält die gesetzlichen Regelungen grundsätzlich für ausreichend. Selbstverpflichtungen ist der Vorrang vor gesetzlichen Regelungen zu geben.

Zu 12:

Für den Bereich des Versicherungswesens hat der Versicherungsnehmer immer die Möglichkeit, bei der für die Versicherungsaufsicht zuständigen Behörde Beschwerde gegen ein Versicherungsunternehmen zu erheben. Grundsätzlich ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Bonn richtiger Adressat für Beschwerden. Bei Versicherungsunternehmen, die der Landesaufsicht unterstehen (öffentlich-rechtliche Versicherungen, die nicht über die Grenzen eines Bundeslandes hinaus tätig sind, und kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit) ist in Niedersachsen das MW Adressat der Beschwerde.

Die Versicherungswirtschaft (ohne Krankenversicherung) selbst hat einen Ombudsmann installiert, der als Beschwerdestelle für alle Versicherten fungiert und - bis zu einer festgelegten Wertgrenze - abschließende Entscheidungen treffen kann.

Die Krankenversicherung hat für ihren Bereich einen eigenen Ombudsmann installiert, dessen Aufgaben vergleichbar dem genannten Versicherungsombudsmann sind. Er hat allerdings keine abschließende Entscheidungskompetenz.

Nach dem Unterlassungsklagengesetz (UKlaG) können Verbraucherschutzverbände und andere qualifizierte Einrichtungen insbesondere die Unterlassung eines verbraucherschutzgesetzwidrigen Verhaltens im eigenen Namen gerichtlich geltend machen. Dies betrifft insbesondere auch Finanzdienstleistungen, z. B. Verbraucherdarlehensverträge.

Zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit gibt es eine Vielzahl rechtlicher Bestimmungen. Diese stellen weitestgehend EG-weit harmonisiertes Recht dar. Die Primärverantwortlichkeit zur Erhaltung der Lebensmittelsicherheit obliegt den in der Lebensmittelkette tätigen Unternehmen. Die Lebensmittelüberwachungsbehörden überprüfen die sachgerechte Wahrnehmung dieser Verpflichtung.

Zu 13:

Ein Beispiel ist die freiwillige Selbstverpflichtung des Einzelhandels und der Tourismusbranche zur Einführung des Euro-Bargeldes. Basis war damals die Preisauszeichnungsverordnung. Im Kern regelte die freiwillige Vereinbarung die doppelte Preisangabe sechs Monate vor und sechs Monate nach Ausgabe des Bargeldes. In Marktbegehungen und durch Verbraucherbeschwerden konnten Verstöße gegen die Vereinbarung festgestellt werden.

Zu 14:

Das ML fördert die Ernährungs- und Verbraucheraufklärung und -beratung der VZN und der DGE-Sektion Niedersachsen. Hierauf wird im einzelnen in den Antworten auf die Fragen 6 und 17 eingegangen. Neben Fragen der Lebensmittelsicherheit ist das ML im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zuständig für die Überwachung der Lebensmittel-Zusatzstoffe, der Bedarfsgegenstände, der kosmetischen Mittel, der mit Lebensmitteln verwechselbaren Produkte und der Tabakerzeugnisse.

Zu 15:

Informationsrechte und Belehrungspflichten sind in zahlreichen bundesgesetzlichen Regelungen normiert, z. B. die Belehrung des Verbrauchers über das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen gemäß § 355 BGB, die besonderen Informationspflichten bei Fernabsatzverträgen gemäß § 1 der Verordnung über Informations- und Nachweispflichten (BGB-InfoV) oder der Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen nach § 3 des Umweltinformationsgesetzes.

In § 40 des zur Veröffentlichung anstehenden Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs sind Regelungen zur Information der Öffentlichkeit näher differenziert.

Zu 16:

Zusätzliche Regelungen sind aus Sicht der Landesregierung derzeit nicht erforderlich.

Zu 17:

Neben den Rechten Dritter zur Verwirklichung des Verbraucherschutzes (vgl. Frage 12) wird der eigene - Zugang des Verbrauchers zum Recht durch die Verfahrensordnungen sichergestellt. Verbraucherinnen und Verbraucher in Niedersachsen haben wie alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland einen verfassungsrechtlich garantierten Justizgewährungsanspruch. Diese grundgesetzliche Rechtsschutzgarantie umfasst den Zugang zu den Gerichten, die Prüfung des Streitbegehrens in einem förmlichen Verfahren sowie die verbindliche gerichtliche Entscheidung. Niedersachsen hat eine leistungsfähige Justiz, die jedem bei der Durchsetzung berechtigter Interessen zur Seite steht.

Der Rechtsschutz ist auch in den Fällen gewährleistet, in denen dem Verbraucher das Kostenrisiko wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann. Der nicht vermögende Verbraucher kann zur außergerichtlichen Rechtsverfolgung Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz in Anspruch nehmen und/oder im Falle der Klage Prozesskostenhilfe nach Maßgabe der Zivilprozessordnung beantragen.

Nicht jeder Rechtsstreit muss vor staatlichen Gerichten ausgetragen werden. Wesensbedingtes Merkmal der meisten Verbraucherrechtsstreitigkeiten ist das Missverhältnis zwischen dem, was bei der Rechtssache wirtschaftlich auf dem Spiel steht, und den Kosten für eine Regelung auf dem Rechtsweg. Deshalb sehen Verbraucher oft davon ab, ihre Rechte bei Gericht einzufordern. Gerade in solchen Fällen kann eine außergerichtliche Streitbeilegung mit Hilfe neutraler Vermittlung jedoch zeitnah und kostengünstig zu einer tragfähigen nachhaltigen Lösung führen, die sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmern gerecht wird. Einvernehmliche Konfliktlösung durch Schlichtung und Mediation gehört daher zu den wichtigen Zielen niedersächsischer Justizpolitik.

Die Hauptursache für die derzeitige mangelnde Akzeptanz außergerichtlicher Schlichtungsangebote ist ihr geringer Bekanntheitsgrad. Eine von der Europäischen Kommission für den Bereich der Verbraucherstreitigkeiten in Auftrag gegebene Untersuchung ergab, dass überhaupt nur 54 % der deutschen Bürgerinnen und Bürger schon einmal etwas von außergerichtlichen Schlichtungsstellen wie z. B. Ombudsmännern gehört haben (Spezial-Eurobarometer „Die Bürger der Europäischen Union und der Zugang zur Justiz“, Feldstudie: September 2003, Veröffentlichung: Oktober 2004; Kapitel II 1). Die Landesregierung arbeitet deshalb besonders daran, die Bekanntheit und die Akzeptanz des Schlichtungsangebotes zu erhöhen. Zu diesem Zweck hat sie sämtliche Schlichtungsangebote in Niedersachsen in der Informationsschrift „Konfliktschlichtung“ zusammengefasst. Verbraucherinnen und Verbraucher können diese und weitere Informationen zur Konfliktschlichtung auch im Internet unter www.mj.niedersachsen.de abrufen.

Bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten hilft im Rahmen des Europäischen Netzwerks zur außergerichtlichen Beilegung von grenzüberschreitenden Verbraucherstreitigkeiten (eej-net) die Deutsche Clearing-Stelle in Kehl (Näheres unter www.euro-info-kehl.com) weiter. Sie unterstützt den Rechtssuchenden bei Verständigungsproblemen und vermittelt den Kontakt zu geeigneten Schlichtungseinrichtungen.

Besonders zu erwähnen ist zudem der zweite Konfliktmanagement-Kongress, den die Niedersächsische Justizministerin gemeinsam mit dem Landespräventionsrat am 09.07.2005 im Landgericht Hannover veranstaltet hat (Informationen abrufbar unter www.km-kongress.de). Etwa 300 Teilnehmer haben über die Möglichkeiten, die außergerichtliche konsensuale Streitbeilegung nachhaltig zu fördern, diskutiert. Schwerpunkte bildeten zwei - auch für Verbraucher relevante - Themen: die außergerichtliche Schlichtung in Baustreitigkeiten sowie in Konflikten, an denen Versicherungen beteiligt sind. Dabei standen Fragen, Bedürfnisse und Erfahrungen der Praxis im Mittelpunkt. Neben der österreichischen Justizministerin, Frau Mag. Karin Miklautsch, waren Anwälte, Schlichter und Mediatoren, Vertreter von Bau- und Versicherungsverbänden, Sachverständige und Richter der Einladung zahlreich gefolgt.

Darüber hinaus bieten zahlreiche Organisationen und Verbraucherverbände, insbesondere die VZN, kostengünstig erste Hilfestellung an.

Die VZN - welche durch die 1980 in Kraft getretene Änderung des Rechtsberatungsgesetzes zur außergerichtlichen Rechtsberatung befugt ist - bietet zum Einen eine individuelle Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe an. Zum weit überwiegen- den Teil handelt es sich bei der in Anspruch genommenen Beratung um konkrete Rechtsberatung, wenn die daraus resultierenden Maßnahmen der Verbraucherinnen und Verbraucher erfolglos geblieben sind. Damit bündelt sie als Anlaufstelle die Interessen der Verbraucher und nimmt dar- über hinaus ggf. auch rechtlich relevante Tatbestände auf, um sie im Wege von Musterprozessen für eine Vielzahl potentiell betroffener Verbraucher zu klären.

Einen weiteren Weg für die Lösung von Konflikten ohne gerichtliches Verfahren bieten u. a. auch Kammern (z. B. Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern), Innungen (z. B. Kfz- Handwerk) und Verbände durch Einrichtung von Schieds-, Schlichtungs- und Beratungsstellen. Diese Stellen können die Verbraucherinnen und Verbraucher in Streitfällen ebenfalls beratend in Anspruch nehmen. Die besondere Fachkunde der Mitglieder dieser Stellen kann zur Klärung komplizierter Sachverhalte beitragen und dadurch den Beteiligten zur Beilegung von Meinungsver- schiedenheiten helfen.

Eine Vielzahl von Institutionen kümmert sich somit um die Beratung der Verbraucher - teils spezia- lisiert, teils breiter aufgestellt. Exemplarisch seien hier noch der ADAC, die Wettbewerbszentrale (WBZ), die DGE-Sektion Niedersachsen und der Deutsche Hausfrauenbund (DHB) genannt.

Niedersachsen konzentriert seine institutionelle Förderung für Einrichtungen des Verbraucher- schutzes und der Verbraucherberatung auf die mit professionellen Strukturen etablierte VZN und die DGE-Sektion Niedersachsen. Bis Mitte 2002 wurde darüber hinaus auch der DHB vom Land Niedersachsen gefördert. Zur institutionellen Förderung der VZN im Zuständigkeitsbereich des MW, der Projektförderung der VZN im Zuständigkeitsbereich des ML sowie zur institutionellen Förderung der DGE-Sektion Niedersachsen siehe Antwort zu Frage 6.

Die VZN hat mittlerweile im Rahmen der Projektförderung ein flächendeckendes Beratungsangebot (sechs Beratungsstellen) schwerpunktmäßig in Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und sonstige Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen geschaffen. Eine Vielzahl von bedeutenden Ak- tionen mit Ausrichtung auf spezielle Zielgruppen, Fachtagungen, Vorträge sowie Schulungstätig- keiten bei Multiplikatoren unterstützen diesen Ansatz. Ein weiteres Ziel dieser Maßnahmen ist der Aufbau einer vernetzten Struktur zu Bildungseinrichtungen, Verbrauchern, Erzeugern, Handel und besonderes zu Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und sonstigen Gemeinschaftsverpfle- gungseinrichtungen. Bei neuen Projekten kann diese Struktur effizient genutzt werden.

Die VZN arbeitet auch bei der Ernährungsaufklärung/-beratung in sozialen Brennpunkten aktiv mit.

Die DGE-Sektion Niedersachsen spielt neben der VZN in der Verbraucherarbeit eine wichtige Rol- le. Schwerpunkte der Arbeiten sind u. a. die Organisation und Durchführung von Fachtagungen und Foren sowie die Koordination zwischen den einzelnen Einrichtungen der Ernährungs- und Verbrau- cheraufklärung/-beratung. In der thematischen Ausrichtung, Organisation und Durchführung von Fachtagungen und Symposien hat sie sich in den letzten Jahren einen guten Namen machen kön- nen. Die Veranstaltungen sind stets ausgebucht und laufen unter der Schirmherrschaft des ML. Durch ihren Bürositz in der niedersächsischen Ärztekammer spricht sie Zielgruppen in der Ernäh- rungsberatung an, die weitreichende Multiplikatorenfunktionen übernehmen. Die wissenschaftlichen Festlegungen der DGE sind richtungsweisend.

Zu 18:

In Niedersachsen gibt es keine darüber hinausgehenden Regelungen. Entsprechende Regelungen anderer Bundesländer sind hier nicht bekannt.

Zu 19:

Rechtliche Informationsdefizite sieht die Landesregierung derzeit nicht.

Zu 20:

Verbraucherthemen spielen in allen Schulformen und Schulstufen eine Rolle.

Bereits in der Grundschule werden Schülerinnen und Schüler im Sachunterricht z. B. beim Thema Markt mit Verbraucherfragen konfrontiert.

In den Lehrplänen für den Sekundarbereich finden sich Verbraucherthemen in den Rahmenrichtlinien für das Fach Biologie (hier besonders unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitserziehung) und für die Fächer Wirtschaft, Hauswirtschaft, Technik und Politik/Wirtschaft. In diesen Fächern sollen grundlegende Kenntnisse z. B. über Bedürfnisse und deren Beeinflussung, Konsumverhalten, Absatzmärkte und ihre Zielgruppen, Preisbildung und Marktformen, Verbraucherinformationen, Verbraucherschutz und Datenschutz und Verbrauch und Umweltschutz erworben werden.

Themen im Bereich Arbeit/Wirtschaft sind z. B. Verbraucherinnen und Verbraucher im Wirtschaftsgeschehen, Markt und Wirtschaftsgeschehen, im Bereich Hauswirtschaft z. B. Einnahmen und Ausgaben im privaten Haushalt, Hausarbeit und Haushaltsführung, Produkte auf dem Markt, im Bereich Technik z. B. ökologische Aspekte des Renovierens und Bauens, umweltfreundliche Fahrzeuge für jedermann etc.

Fragen der Verschuldung sind Teil einzelner Themenbereiche in allen Schulformen und werden z. B. in der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen in den Themenbereichen „Bedürfnisse und deren Befriedigung“ und „Kaufentscheidungen“ thematisiert.

In den derzeit gültigen Rahmenrichtlinien für das Gymnasium ist u. a. ein Lernfeld „Arbeit und Konsum“ ausgewiesen. Hier geht es um Wirkungszusammenhänge von Arbeit und Produktion, von Wirtschaft und Umwelt sowie Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen der freien und sozialen Marktwirtschaft. Das Konsumverhalten (einschließlich der Verschuldungsproblematik) wird unter dem thematischen Aspekt des Verbraucherverhaltens und Verbraucherpolitik behandelt.

Zu 21:

Gemäß § 1 der Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler führt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Integrationskurse in Zusammenarbeit mit Ausländerbehörden, dem Bundesverwaltungsamt, Kommunen, Migrationsdiensten und Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende durch und gewährleistet ein ausreichendes Kursangebot. Das Bundesamt lässt die Kurse in der Regel von privaten oder öffentlichen Trägern durchführen. Der Integrationskurs dient nicht nur dem Erwerb ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache, sondern auch der Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Werte des demokratischen Staatswesens und von Alltagswissen. Soweit Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund betroffen sind, wird auf die Ausführungen zu Frage 20 verwiesen.

Nachhaltiger Konsum

Zu 22:

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich in einer Wirtschaftsordnung, in der internationaler Handel eine bedeutende Rolle spielt und in der Unternehmen zunehmend global agieren, an Nachhaltigkeitskriterien orientieren können. Das Wissen um umweltverträgliche und soziale Konsumalternativen ist eine Grundvoraussetzung, um Entscheidungen im Sinne der Nachhaltigkeit treffen zu können. Die Landesregierung begrüßt daher Maßnahmen, bei denen Anbieter ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung (CSR - s. hierzu Fragen 24 und 25) nachkommen können und unterstützt Aufklärungskampagnen, die Aspekte des nachhaltigen Konsums stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen (s. hierzu Frage 26).

Zu 23:

Das wichtigste Instrument der Landesregierung zum ökologischen Umbau der Wirtschaft ist derzeit die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Programms „Wirtschaft und Umwelt“ (RdErl. des MW vom 11.12.2002, Nds. MBl. 2003 S. 146).

Ziel der Förderung durch die Richtlinie ist die ressourcenschonendere und effizientere Gestaltung von Produktionsverfahren im Sinne eines integrierten Umweltschutzes sowie das Ersetzen beste-

hender Produkte durch Produkte mit geringeren Umweltbelastungen. Eine Förderung innovativer Maßnahmen und Vorhaben zur Verminderung der Umweltbelastung und des Ressourceneinsatzes wirkt sich zudem mittel- und langfristig Struktur verbessernd aus und erhöht die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und die Marktfähigkeit der Produkte.

Gegenstand der Förderung sind die Investitionsmehrausgaben in Bezug auf die geltenden Umweltnormen der EU, für Maßnahmen, die eine besondere Umweltrelevanz haben und der integrierten betrieblichen Umsetzung von Umweltmaßnahmen dienen, sowie Modellvorhaben bzw. innovative Verfahren der Abfallbewirtschaftung und der Reduzierung des Energiebedarfs im Herstellungsprozess. Gegenstand der Förderung sind ebenfalls Investitionsmehrausgaben für Maßnahmen zur Verminderung der Umweltbelastungen und des Ressourceneinsatzes bei der Konzeption von Produkten. Die Richtlinie läuft bis zum 31.12.2007.

Vorrangiges Ziel der Landesregierung für den Bereich der ökologischen Landwirtschaft ist es, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Maßnahmen zu unterstützen, die dem Markt dienen. Hierzu gehören insbesondere

- das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen,
- der niedersächsische Gemeinschaftsstand auf der BioFach in Nürnberg (weltgrößte Messe für Bioprodukte),
- die Aktionstage Ökolandbau Niedersachsen sowie
- die Entwicklung eines digitalen Bio-Einkaufsführers für Niedersachsen.

Das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen verknüpft über Beratung und Marketing die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zum Handel. Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Ansatz zeigen, dass damit erfolgreich der Markt für ökologische Lebensmittel in Niedersachsen sowie auch im Wettbewerb mit anderen Regionen außerhalb Niedersachsens gestärkt werden kann. Der Messestand auf der Biofach hat insbesondere dazu beigetragen, dass kleinere Unternehmen aus Niedersachsen leichter Zugang zu den Märkten finden. Die große Beteiligung der Verbraucher an den Aktionstagen Ökolandbau zeigt, dass die Aktionstage ein wichtiger Baustein sind, um die Vielfalt des Angebots an ökologischen Lebensmitteln durch die verschiedenen Anbieter vorzustellen. Die digitale ‚Bio-Einkaufskarte Niedersachsen‘ (www.bioeinkaufen.de) bietet den Verbrauchern seit Herbst 2004 darüber hinaus die Möglichkeit, sich schnell und umfassend im Internet einen Überblick über das gesamte Spektrum der Bezugsquellen von ökologischen Produkten in Niedersachsen zu verschaffen.

Darüber hinaus wird von der Landesregierung im Rahmen des Niedersächsischen Agrarumweltprogramms die Anwendung ökologischer Anbauverfahren für landwirtschaftliche Betriebe gefördert.

Zu 24:

CSR ist ein Konzept gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen, das die Aspekte der Nachhaltigkeit aufnimmt und sich auf die drei Säulen Wirtschaft, Soziales und Umwelt stützt. CSR-Initiativen sind Beiträge, die Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten. Sie entspringen dem Engagement des jeweiligen Unternehmens und beruhen auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

CSR beschreibt das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen, welches über bestehende gesetzliche Regelungen hinausgeht. Tragendes Prinzip für alle CSR-Maßnahmen ist die Freiwilligkeit.

Eine Standardisierung oder Verpflichtung auf bestimmte CSR-Maßnahmen widerspräche nicht nur dem Prinzip der Freiwilligkeit, sondern müsste auch zwangsläufig so allgemein gehalten sein, dass sich nicht mehr als eine Harmonisierung auf niedrigstem Niveau erreichen lassen könnte, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu schädigen. International vereinbarte Grundsätze wie der Global Compact, die dreigliedrige Erklärung der ILO zu multinationalen Unternehmen und Sozialpolitik oder die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bilden dagegen eine gute und anerkannte Orientierung für individuelle, unternehmensspezifische und differenzierte CSR-Initiativen.

Vor diesem Hintergrund misst die Landesregierung CSR-Initiativen eine große Bedeutung zu, sieht ihre Einflussmöglichkeit aber auf die Schaffung wirtschaftlich günstiger Rahmenbedingungen beschränkt, da nur prosperierende Unternehmen über entsprechende Handlungsspielräume verfügen.

Zu 25:

Mit RdErl. d. MW v. 05.05.1992 (Nds. MBl. Nr. 32/1992) wurden die für die Vergabestellen des Landes verbindlichen (den Kommunen zur Anwendung empfohlenen) „Umweltrichtlinien öffentliches Auftragswesen“ eingeführt.

Die Richtlinien beinhalten Vorschriften zur Erzielung umweltverträglicher Lösungen sowohl bei Lieferungen und Leistungen als auch bei Baumaßnahmen.

Zu 26:

Das Thema „nachhaltiger Konsum“ gewinnt eine wachsende Bedeutung im Schulunterricht. Dazu tragen u. a. das Landesprojekt „Transparenz schaffen - von der Ladentheke bis zum Erzeuger“ und das Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) bei, an dem sich Niedersachsen beteiligt.

Im Projekt „Transparenz schaffen“ geht es vorrangig um die Fragen der Erzeugung von Lebensmitteln und um gesunde Ernährung; aber auch das eigene Konsum- und Verbraucherverhalten und die Auswirkungen auf Gesundheit, Natur und Umwelt sowie die Regionen der so genannten Dritten Welt werden in praxis- bzw. projektorientierter Form thematisiert. Das Landesprojekt wird in rund 20 Regionen und in Kooperation mit Partnern aus Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und -handel, Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz sowie Eine-Welt-Initiativen durchgeführt. Schulklassen aus über 200 Schulen sind beteiligt.

Im Rahmen des BLK-Programms zur BNE sind mehrere Werkstattmaterialien zum Thema nachhaltiger Konsum entwickelt und erprobt worden (z. B. zu den Themen „Kaffee“, „Baumwolle“, „Schokolade“, „Zucker“), die nun allen Schulen zur Verfügung stehen. Die Initiierung und Unterstützung von „nachhaltigen Schülerfirmen“ ist ein besonderer Schwerpunkt Niedersachsens im Rahmen des Programms. Inzwischen werden im Nachfolgeprogramm Transfer-21 über 100 Schülerfirmen-Projekte betreut, die betriebswirtschaftliches Denken in Kombination mit ökologischer und sozialer Verantwortung fördern - in der Regel in Partnerschaft mit Betrieben und oft auch mit Schulen in anderen Regionen der Erde. Nachhaltige Lebensstile und nachhaltiger Konsum sind in diesen Projekten ein Dauerthema. Informationen bietet u. a. die Internetseite www.nasch21.de. Insgesamt sollen sich bis 2008 10 % aller Schulen des Landes am Programm Transfer-21 beteiligen.

Auch die in Niedersachsen bestehenden Schulpartnerschaften mit Entwicklungsländern - zum Beispiel im Rahmen der mit Unterstützung des Kultusministeriums durchgeführten Projekte GLOBOLOG (Schulpartnerschaften mit den Ländern des Südens zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit) und „Chat der Welten“ (Internet-gestützte Recherchen und Kommunikationsangebote zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen, z. B. „Ecuador: Erdöl im Regenwald“) - leisten einen Beitrag, um die Zusammenhänge zwischen Konsumverhalten und Entwicklungszusammenarbeit zu verdeutlichen. Zu den Aktivitäten der Schulen, die oft in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt werden, gehören auch so genannte „Eine-Welt-Läden“ mit Vertrieb von fair-trade-Produkten.

Zudem ist das Thema nachhaltiger Konsum auch im (seit 1996 laufenden) Programm „Umweltschule in Europa“ (USE), an dem sich landesweit rund 260 Schulen in regionalen Schulnetzen beteiligen, Gegenstand vieler schulischer Projekte. Die Landesregierung organisiert regelmäßige Netzwerktreffen und sorgt so für einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen.

Zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Niedersachsen unterstützt die Staatskanzlei zudem die Koordinierung entwicklungspolitischer Nicht-Regierungsorganisationen (NROen), Initiativen und Weltläden durch den Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN).

Finanziell gefördert durch Landesmittel vernetzt, stärkt und qualifiziert der Verband die Gruppen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und berät in Sachen Finanzierung,

führt Seminare durch und gibt entwicklungspolitische Materialien heraus. Seit 2001 arbeitet der VEN in Zusammenarbeit u. a. mit der Staatskanzlei zum Schwerpunktthema Fairer Handel. Dies schließt die Frage des hiesigen Konsums und seiner Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Entwicklung auch in den armen Ländern des Südens ein. Die Vermarktung hiesiger Produkte in Kombination mit Waren aus Entwicklungsländern, die unter sozial- und umweltverträglichen Bedingungen erzeugt wurden (z. B. Apfel-Mango-Saft), ermöglicht eine Nord-Süd-Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und gleichzeitig eine besondere Aufklärungsmaßnahme. Dazu werden u. a. regionale Bauernmärkte in Niedersachsen genutzt.

Seit 2004 thematisiert der VEN die Sozialstandards in Entwicklungsländern in der Blumen- und Bekleidungsindustrie, hier insbesondere Sportbekleidung und faire Bälle, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen z. B. „fairen Fußballturnieren“ und Ausstellungen wie „Blumenwelten“. Die Kampagnenzeitung „Blumen? Schön! ... aber fair!“ (mit einem Grußwort von MP Wulff) stellt Hintergrundinformationen dar sowie Aktivitäten zum Thema auch von anderen Akteuren in Niedersachsen (www.fairstaerkung.de, www.faireblume.de).

2005 stellt der VEN zudem „Kinderrechte & Fairer Handel“ in den Vordergrund: Kinder und Jugendliche sollen hierzu selbst ansprechende Materialien erstellen und mit der Einführung von kleinen transportablen Verkaufsstellen für Schüler (Fair Trade Points) für den fairen Handel gewonnen, die Zusammenarbeit von Weltläden und Schulen gestärkt werden.

Das Umweltministerium hat im November 2003 im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover eine große öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Nachhaltiger Konsum“ durchgeführt. Anlass war das 25-jährige Jubiläum des Umweltzeichens „Blauer Engel“. Während dieser Veranstaltung wurden die Besucher im Rahmen von Vorträgen - u. a. von Bundesinnenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher - , Workshops und einer Ausstellung über vielfältige Aspekte des Nachhaltigen Konsums informiert (Nachhaltiger Warenkorb, Neue Lebensstile, Zukunftsgestaltung durch Verbraucherverhalten, fair trade-Produktausstellung u. v. m.).

Die Förderrichtlinie des MU „Lokale Agenda 21-Prozesse“ hat in den letzten Jahren eine EU-Förderung aus Mitteln des EFRE auch für Projekte mit Verbraucher bezogenen Themen ermöglicht (z. B. Gütesiegel für nachhaltige Produkte, Förderung regionaler Fleischvermarktung, Produkte aus fairem Handel). Das Gesamtvolumen der EU-Mittel für Agenda 21-Projekte in Niedersachsen beläuft sich für die aktuelle Förderperiode 2001 bis 2006 auf vier Mio. Euro. Landesmittel stehen derzeit nicht zur Verfügung. Für die neue Förderperiode 2007 bis 2013 liegt bereits ein Antragsentwurf auf Strukturfondförderung für Programme zu den Themen „Nachhaltiger Konsum“, „Nachhaltiger Tourismus“, „Nachhaltige Mobilität“ und „Lokale Agenda 21“ vor.

Finanzierung der unabhängigen Verbraucherberatung (öffentliche Zuwendungen, Kostenbeteiligung der Verbraucher und der Wirtschaft)

Zu 27:

Siehe Antworten zu Frage 6 und Frage 17.

Zu 28:

Rechtlich erwächst den Kommunen keine Pflicht zur Mitfinanzierung der Verbraucherberatung vor Ort. Dennoch stellt derzeit der Finanzierungsanteil der Kommunen am Gesamthaushalt der VZN einen wichtigen Beitrag dar. Die Stärke der Beratung der VZN erwächst aus der Verankerung der Institution in den unterschiedlichen Regionen Niedersachsens und damit aus ihrer Verankerung in den Kommunen. Grundsätzlich sollte der Finanzierungsbeitrag der Kommunen in einem angemessenen Verhältnis zur Beratungsleistung der VZN stehen.

Zu 29:

Die Aufgabenteilung zwischen Bundes- und Länderebene hinsichtlich der institutionellen Förderung ist getrennt: Aufgaben von Beratung, regionaler Information und Interessenvertretung werden von den Ländern finanziert. Bundesprojektmittel für die Verbraucherzentralen der Länder können eingeworben werden, wenn die Aufgaben im Bundesinteresse liegen. Wie bei Maßnahmen zur Aufklärung über Ernährung oder wirtschaftlichen Verbraucherschutz werden Kofinanzierungen zwischen

Bund und Ländern vereinbart. Der Wegfall der institutionellen Bundesmittel hat die Planungssicherheit verringert, so gibt es derzeit keine verlässlichen Aussagen über die Fortsetzung bestehender Projekte, die für 2006 geplant sind.

Zu 30:

Unter Wahrung der Anbieterunabhängigkeit der Verbraucherberatung als wichtigstem Betätigungsfeld der VZN ist eine Vielzahl von Mitfinanzierungen aus dem privaten Sektor denkbar. So sind aus Sicht der Landesregierung noch nicht alle Potentiale ausgeschöpft, die Verbraucher selbst, als Nutzer und Destinatäre der Verbraucherberatung zur Mitfinanzierung heranzuziehen. Dabei kann über alle Beratungsbereiche nicht Kostendeckung das Ziel sein, sondern die marktgemessene und zumutbare Beteiligung der Nutzer am Aufwand der Leistungserstellung (Entgelte).

Weitere Potenziale zur Verbesserung der Einnahmestruktur der Verbraucherberatung werden von der Landesregierung durch Erhöhung der Mitgliedsbeiträge gesehen. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte ein aktives Bußgeldmanagement sein.

Zu 31:

Hinsichtlich der Beratungs- und Nutzungsentgelte nimmt die VZN Niedersachsen im Ranking mit den weiteren bundesdeutschen Verbraucherzentralen einen Spitzenplatz (2. Rang hinter Hamburg) ein. Diese Leistung wird von der Landesregierung uneingeschränkt anerkannt. Es wird allerdings auch in Zukunft darauf ankommen, einerseits sozialverträgliche Entgelte auf alle Leistungen zu erheben, andererseits jedoch Leistungsentgelt und Kostenträchtigkeit einer Leistung in einem angemessenen Verhältnis zu gestalten.

Die im Jahre 2004 von der VZN erzielten Eigeneinnahmen betragen insgesamt ca. 804 000 Euro. In Bezug zu den Gesamtausgaben in Höhe von ca. 3,28 Mio. Euro beträgt die Kostendeckung insoweit ca. 25 %.

Demgegenüber wurden von den 19 Mitgliedsverbänden im Jahre 2004 jeweils 570 Euro an Mitgliedsbeiträgen an die VZN geleistet. Die Gesamtsumme der Mitgliedsbeiträge in Höhe von 10 830 Euro stellt somit einen verschwindend geringen Betrag dar und spiegelt sich in einem Kostendeckungsgrad von nur 0,3 % wider.

Die Verbraucherzentrale ist fortlaufend bemüht, im Rahmen des Ernährungsprojektes im Zuständigkeitsbereich des ML die Eigeneinnahmen beispielsweise durch Verkauf von Broschüren zu erhöhen. Diese Bemühungen müssen jedoch noch verstärkt werden.

Finanzielle Sicherung der privaten Haushalte (Risikovorsorge, Alterssicherung, Finanzdienstleistungen, Schuldenprävention)

Zu 32:

Die Risikovorsorge der privaten Haushalte wird im Wesentlichen aus dem Geldvermögen der Deutschen Bundesbürger gespeist. Nach dem aktuellsten Datenmaterial der Deutschen Bundesbank hat das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2003 das Rekordniveau von 3,9 Billionen Euro erreicht.

Geldanlagen bei Banken machen den größten Anteil am Geldvermögen aus. Diese Rubrik umfasst Spareinlagen, Sparbriefe, Termingelder, Sichteinlagen usw. Auf sie entfällt gut ein Drittel des Geldvermögens, insgesamt 1 399 Mrd. Euro. Vor zehn Jahren waren es noch etwa 45 %. Die relative Bedeutung hat also längerfristig abgenommen.

Annähernd 1 Billion Euro umfassen Geldanlagen bei Versicherungen (Lebensversicherungen, bei Pensionskassen und Pensionsfonds sowie berufsständischen Versorgungswerken und Zusatzversorgungseinrichtungen). Das ist mehr als das Doppelte wie vor zehn Jahren. 1993 waren es erst 442 Mrd. Euro, knapp 20 % des gesamten Geldvermögens, 2003 waren es gut 25 %. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die private Altersvorsorge als Sparmotiv zunehmend stärkere Bedeutung erhalten hat.

Das Sparen mit Investmentfonds nahm 2003 um 9 % zu. Von 1993 bis 2003 hat sich die Anlage in Investmentfonds von 136 Mrd. Euro auf 464 Mrd. Euro mehr als verdreifacht. Der Anteil am Geldvermögen verdoppelte sich in diesen zehn Jahren von knapp 6 % auf fast 12 %.

In Aktien hatten die Deutschen 2003 insgesamt 231 Mrd. Euro oder rund 6 % ihres Geldvermögens angelegt. Das waren aber rund 20 % mehr als beim Börsencrash 2002.

Zieht man vom Geldvermögen der privaten Haushalte die Schulden in Höhe von 1,55 Billionen Euro ab, so verbleibt unter dem Strich ein beachtliches Nettogeldvermögen von 2,37 Billionen Euro. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass von den Schulden etwa zwei Drittel auf Wohnungsbaukredite entfallen. Diesen Darlehen steht ein beträchtliches Immobilienvermögen gegenüber. So wird der Wert des Wohneigentums der Deutschen auf etwa 4 Billionen Euro geschätzt.

Im statistischen Durchschnitt entfiel auf jeden Bundesbürger Ende 2003 ein Geldvermögen von etwa 46 000 Euro Spareinlagen, Termingelder und andere Geldanlagen bei Banken summieren sich im Schnitt auf gut 16 000 Euro pro Person. Die Ansprüche aus Lebensversicherungen, an Pensionskassen und Pensionsfonds etc. betragen im Durchschnitt über 11 000 Euro. Auf Aktien entfallen nur etwa 2 700 Euro.

Für den Bereich des Versicherungswesens kann die Frage nach der Risikovorsorge nur die Frage nach dem bestehenden Versicherungsschutz der einzelnen Haushalte in der Bundesrepublik sein (speziell niedersächsische Zahlen sind nicht bekannt). Das gibt jedoch keine Auskunft über die Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit der einzelnen Risikovorsorge. Nach Informationen des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft (GdV-Jahrbuch 2004) sah die Risikovorsorge der Haushalte (2003/2004) wie folgt aus:

Hausratversicherung:	77,7 %
Privathaftpflichtversicherung:	69,9 %
Lebensversicherung (ohne Sterbegeld):	48,1 %
Rechtsschutzversicherung:	43,3 %
Priv. Unfallversicherung:	43,0 %
Vollkaskoversicherung:	34,2 %
Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsversicherung:	22,7 %
Priv. Rentenversicherung:	18,5 %
(nur) priv. Krankenversicherung:	12,1 %

Soweit die gesetzliche Rentenversicherung als Teil der Risikovorsorge privater Haushalte anzusehen ist, ist mitzuteilen, dass von den ca. 8 Mio. Bürgerinnen und Bürgern des Landes Niedersachsen ca. 5,1 Mio. gesetzlich rentenversichert sind und damit die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bei Erwerbsminderung, Alter und Tod in Anspruch nehmen können. Von den bundesweit bis Ende letzten Jahres abgeschlossenen rd. 4,4 Mio. Riester-Renten-Verträgen entfallen nach einer überschlägigen Schätzung etwa 10 v. H. auf Niedersachsen, mithin ca. 440 000.

Zu 33:

Ein Höchstmaß an Transparenz beim Preis-Leistungsverhältnis von Versicherungen ist eine wichtige Voraussetzung für den Versicherungsnehmer, um seine Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Produkt treffen zu können. Zwar müssen die Versicherungen nicht im Detail offen legen, wie sich Sparanteil, Risikoanteil und Kostenanteil genau zusammensetzen, dennoch hat der Verbraucher eine Reihe von Möglichkeiten sich über die Qualität seiner Risikovorsorge zu informieren. So gibt es vermehrt so genannte Rankings, die jedenfalls Hinweise auf die Qualität und die Renditemöglichkeiten der Anbieter geben. Darüber hinaus gibt es Organisationen und teilweise auch gewerbliche Anbieter, die dem Versicherten - gegen Gebühr - verbraucherorientierte Beratung bieten. Von vorrangiger Bedeutung ist allerdings die Klärung der individuellen Bedarfslage des Einzelnen, der seine Anforderungen an Risikovorsorge eigenverantwortlich für sich selbst klären muss.

Zu 34:

Die Beauftragung eines unabhängigen Beraters - gegen entsprechendes Honorar -, der eine effiziente und sinnhafte Risikoversorge auf den besonderen Einzelfall zugeschnitten erarbeitet bzw. vorschlägt, ist eine wichtige und richtige Möglichkeit für den Verbraucher, eine anbieterunabhängige Beratung zu bekommen. Unabhängige Makler gibt es am Markt. Sie können von jedem Verbraucher in Anspruch genommen werden. Die Bereitschaft des Versicherungsnehmers, in gute und unabhängige Beratung zu investieren, könnte in diesem Bereich stärker ausgeprägt sein, gehört jedoch in den Bereich einer eigenverantwortlich zu organisierenden Risikoversorge.

Darüber hinaus werden zurzeit in Zusammenhang mit der Umsetzung der Versicherungsvermittlerrichtlinie in Deutsches Recht - das hätte allerdings schon zum 15.01.2005 geschehen sein müssen - zusätzliche Beratungs- und Dokumentationspflichten für den Versicherungsvermittler diskutiert, die zusätzliche Qualität und Sicherheit für den Verbraucher bewirken sollen. Auch das Versicherungsvertragsgesetz steht vor einer grundlegenden Überarbeitung. Im Zusammenhang damit werden ebenfalls weitergehende Beratungspflichten für die Versicherungsunternehmen diskutiert. Besonderer zusätzlicher Aktivitäten der niedersächsischen Landesregierung bedarf es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht.

Zu 35:

Soweit diese Frage auch auf die Altersvorsorge durch die gesetzliche Rentenversicherung einschließlich Riester-Rente abzielt, ist anzumerken, dass die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung gesetzlich dazu verpflichtet sind, Auskünfte zu erteilen sowie ihre Versicherten aufzuklären und zu beraten. Dieser Verpflichtung wird durch ein umfangreiches, vielfältiges und mediales Angebot Rechnung getragen. Unterstützender Aktivitäten durch die Landesregierung bedarf es insoweit nicht.

Zu 36:

Im Bereich des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs hat die EU-Kommission in den vergangenen Jahren mehrere rechtliche und wirtschaftliche Schritte hin zu einem einheitlichen Raum für den Zahlungsverkehr unternommen. Dazu zählt u. a. die Umsetzung der Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro, mit der die Kosten für grenzüberschreitende Kartenzahlungen sowie elektronische Barabhebungen und Banküberweisungen in Euro an die Kosten im Inland angeglichen wurden. Diese Verordnung veranlasste die Zahlungsdienstleistungsbranche dazu, die Modernisierung der grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr-Infrastruktur zu beschleunigen. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung haben die Banken mit der Einrichtung des European Payment Council im Juni 2002 geleistet.

Doch die in der EU eingesetzten Zahlungsmittel und -systeme sind noch immer sehr uneinheitlich. Da dies ein Hindernis für grenzüberschreitende Zahlungen darstellt sowie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen und EU-Bürger davon abhalten kann, Waren und Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat oder über das Internet zu bestellen und so die günstigsten Angebote zu nutzen, hat die EU-Kommission angekündigt, der europäischen Finanzwirtschaft Mindeststandards für den Aufbau eines einheitlichen Zahlungsverkehrs (Single european payment area/Sepa) vorschreiben zu wollen und für September dieses Jahres einen ersten Entwurf einer entsprechenden Richtlinie in Aussicht gestellt. Mit ihr soll auch das Vertrauen der Verbraucher in elektronische Zahlungsmittel gestärkt werden.

Eine empirische Unterfütterung einer Nutzung der offenen Finanzdienstleistungsmärkte - zumindest was die Verbraucherseite angeht - ist gegenwärtig noch nicht möglich. Vieles ist erst in der Umsetzungsphase (z. B. die Richtlinie über Fernabsatz von Finanzdienstleistungen und die Verbraucherkreditrichtlinie). Effekte dürften somit erst zukünftig auftreten. Weiter fortgeschritten ist die Integration bei den professionellen Finanzmarktakteuren. Ein Beispiel dafür ist vor allem der einheitliche (Zentralbank-) Geldmarkt - von einer Nutzung von Finanzdienstleistungsmärkten lässt sich dabei jedoch eher bedingt reden.

Für den Bereich des Versicherungswesens gibt es zum Thema offene Finanzdienstleistungsmärkte keine spezifischen Erkenntnisse für niedersächsische Versicherungsnehmer. Insgesamt gibt es trotz Harmonisierung und Deregulierung im Versicherungssektor bislang nur wenig grenzüber-

schreitende Inanspruchnahme bzw. Vermittlung von Versicherungen. In der Regel findet man diese Versicherungsverträge - allerdings nicht in nennenswertem Umfang - nur in grenznahen Bereichen oder wenn ein im Ausland belegenes Risiko versichert werden soll. Das ist nicht nur der schwierigen Vergleichbarkeit der Versicherungsstandards geschuldet, sondern begründet sich insbesondere auch in den bestehenden Sprachbarrieren. Das wird sich auch - davon jedenfalls geht die Versicherungswirtschaft aus - durch die anstehende Umsetzung der EU-Vermittlerrichtlinie kaum ändern.

Zu 37:

Keine.

Zu 38:

Nein.

Zu 39:

Im Rahmen von kostenlosen persönlichen (Förder-)Beratungsgesprächen der Niedersächsischen Landestreuhandstelle wird für potentielle Kunden sowohl eine Kostenanalyse vorgenommen als auch ein Finanzierungskonzept unter Einbindung von Fördermitteln entwickelt. Dabei werden alle Fragen zum Thema Baufinanzierung beleuchtet.

Zu 40:

Weitere Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Zu 41:

Die Verschuldung privater Haushalte in der Form einer kalkulierten Aufnahme von Verbindlichkeiten über einen definierten Zeitraum mit dem Ziel einer Erhöhung der Lebensqualität stellt einen gewöhnlichen Vorgang in einer marktwirtschaftlich entwickelten Wirtschaftsgesellschaft dar.

Der Übergang von Verschuldung in Überschuldung ist fließend: Relative Überschuldung ist gegeben, wenn trotz Reduzierung des Lebensstils der Einkommensrest nach Abzug der Lebenshaltungskosten nicht zur fristgerechten Schuldentilgung ausreicht. Absolute Überschuldung (Insolvenz) liegt vor, wenn das Einkommen und Vermögen der Schuldnerin bzw. des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr decken (vgl. Korczak, D.: Definitionen der Verschuldung und Überschuldung im Europäischen Raum, München 2003).

Zur Zahl der überschuldeten Haushalte in Deutschland liegen keine spezifischen Daten und Statistiken vor. Repräsentativerhebungen wären aufwändig, richten sich an eine schwierige Zielgruppe und haben aufgrund des Tabucharakters des Themas und der damit einhergehenden Antwortverweigerungen nur einen begrenzten Aussagewert. Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen der Berichterstattung zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zur Ermittlung der Überschuldungssituation in Deutschland auf ein Indikatorenmodell zurückgegriffen worden, das (a) die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, (b) die Entwicklung der Konsumentenkredite und Kreditkündigungen, (c) die Entwicklung der eidesstattlichen Versicherungen, (d) die Mietschulden und (e) die Klientenstatistik der Schuldnerberatungsstellen berücksichtigt. Hiernach hat sich die Gesamtzahl überschuldeter Privathaushalte bundesweit zwischen 1999 und 2002 von 2,77 auf 3,13 Mio. Haushalte erhöht. Bezogen auf die Gesamtzahl der privaten Haushalte in Deutschland von 38,7 Mio. im Jahr 2002 ergibt sich eine Quote von 8,1 % aller Haushalte, die von Überschuldung betroffen sind. In den neuen Ländern lag der Anteil bei 11,3 %, im früheren Bundesgebiet bei 7,2 % (vgl. Korczak, D.: Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002, München 2004). Diese Größenordnung deckt sich mit den Ergebnissen des Datenreports 2004, der eine Überschuldungsquote privater Haushalte in Westdeutschland in Höhe von 7 % ausweist (vgl. Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik, Bonn 2004).

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, nach denen diese Feststellungen nicht auf Niedersachsen übertragbar wären.

Hierbei zieht sich Überschuldung durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Einkommensschichten. Ein Teil der überschuldeten Haushalte befindet sich bereits beim Eingehen von Zahlungsverpflich-

tungen in instabilen ökonomischen Verhältnissen. Bei anderen tritt erst später durch Umstände wie Arbeitslosigkeit, Partnerverlust oder Krankheit ein Missverhältnis zwischen dem monatlichen Haushaltseinkommen und den Ausgaben in der Gestalt ein, dass die fälligen Forderungen auch trotz Reduzierung des Lebensstandards über einen längeren Zeitraum nicht mehr vollständig bedient werden können.

Überschuldete Personen und ihre Familien nehmen nur noch begrenzt am wirtschaftlichen und sozialen Leben teil. Ohne Intervention sind sie von der so genannte Überschuldungsspirale bedroht: Bei Verlust des Girokontos sind sie vom bargeldlosen Zahlungsverkehr ausgeschlossen, es droht der Verlust des Arbeitsplatzes und ggf. Wohnungslosigkeit. Überschuldung ist verbunden mit einer psycho-sozialen Destabilisierung der Schuldnerinnen und Schuldner und ihrer Familien. Überschuldung führt zu Belastungen der Gläubigerinnen und Gläubiger, der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte und kann Armut und soziale Ausgrenzung für die Betroffenen bedingen.

Zu 42:

Nach geltendem Recht können minderjährige Jugendliche ohne Einwilligung ihrer Eltern keine eigenen rechtsgeschäftlichen Verpflichtungen eingehen, die zu Schulden führen. Die eigenmächtige Verschuldung in Form von Kontoüberziehungen oder das Anhäufen von Zahlungsverbindlichkeiten auf Kreditfinanzierungsbasis sind bis zum Eintritt der Volljährigkeit rechtlich ausgeschlossen. Eine Verschuldungsgefahr für Jugendliche stellen Dauerschuldverhältnisse (wie z. B. Mobilfunkverträge) dar, bei denen die Höhe der zu zahlenden monatlichen Beträge nicht begrenzt ist.

Nach einer Befragung des Instituts für Jugendforschung waren im Jahr 2003 in der Altersgruppe der 13 bis 17-Jährigen bundesweit 6 % verschuldet, die durchschnittliche Schuldenhöhe belief sich auf 370 Euro (Institut für Jugendforschung: Die Finanzkraft der 13 bis 24-Jährigen in der Bundesrepublik Deutschland, München 2003).

Im Rahmen der Landesförderung der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung werden anlässlich des Nachweises der zweckentsprechenden Verwendung der Haushaltsmittel von den geförderten Schuldnerberatungsstellen anonymisierte statistische Daten zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Schuldnerinnen und Schuldner abgefragt. Auf der Grundlage der zuletzt für 2002 ausgewerteten Daten von landesweit 78 geförderten Schuldnerberatungsstellen ist ersichtlich, dass 3,6 % der Schuldnerinnen und Schuldner, die eine Schuldnerberatung in Anspruch genommen haben, jünger als 21 Jahre alt waren.

Differenziertere Daten zur Verschuldung Jugendlicher liegen - bundesweit - aufgrund der mangelnden Unterscheidung zwischen Minderjährigen und Volljährigen nicht vor.

Zu 43:

In Niedersachsen ist bezüglich der erbrachten Beratungsleistungen zwischen der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung und der Beratung auf dem Gebiet der außergerichtlichen Schuldenbereinigung (Insolvenzberatung) im Sinne des § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO) zu differenzieren:

Die allgemeine soziale Schuldnerberatung erstreckt sich auf die umfassende Beratung einschließlich Verhandlungsvorbereitung und Verhandlungsführung mit Gläubigern mit dem Ziel der Schuldenregulierung und Herbeiführung einer ausgeglichenen Wirtschaftsführung im Haushalt der Schuldnerin bzw. des Schuldners. Sie umfasst die wirtschaftliche, rechtliche, soziale und psycho-soziale Ebene, wobei Prävention, Intervention und Krisenbegleitung die wesentlichen Elemente darstellen.

Bei der Durchführung und Finanzierung der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung handelt es sich um eine originär kommunale Aufgabe. Bis 31.12.2004 oblag die Gewährleistung des Zugangs zu der allgemeinen Schuldnerberatung den örtlichen Sozialhilfeträgern als eine Leistung der persönlichen Hilfe nach Maßgabe der §§ 8 und 17 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes, die sich zu der Erfüllung dieses Hilfsanspruchs des diesbezüglichen Beratungsangebotes der Freien Wohlfahrtspflege bedienen konnten (§ 10 BSHG).

Mit In-Kraft-Treten des SGB II und SGB XII zum 01.01.2005 haben sich die Rechtsgrundlagen zur Bereitstellung des Hilfeangebotes der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung geändert: Im Rah-

men der Grundsicherung für Arbeitssuchende können erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Leistungen der Schuldnerberatung nach Maßgabe des § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SGB II gewährt werden, wenn die Schuldnerberatung für die Eingliederung in das Erwerbsleben erforderlich ist. Die Trägerschaft für die Erbringung dieser Leistungen ist den Kommunen übertragen worden. Für den verbleibenden Personenkreis können nach Maßgabe des § 11 Abs. 5 SGB XII vom zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe die Kosten für eine Schuldnerberatung übernommen werden.

Die (außergerichtliche) Verbraucherinsolvenzberatung beinhaltet die Aufklärung von Schuldnern über das (Verbraucher-) Insolvenzrecht und seine Möglichkeiten für die privaten Schuldner, zu einer zielgerichteten Entschuldung zu gelangen. Sie erstreckt sich auf die Unterstützung bei dem Versuch einer außergerichtlichen Einigung aufgrund eines Schuldenbereinigungsplans, das Testat über den erfolglosen Einigungsversuch und ggf. die Hilfestellung bei der Stellung des Antrages nach § 305 InsO.

Aufgrund des In-Kraft-Tretens der Insolvenzordnung mit dem Verbraucherinsolvenzverfahren zum 01.01.1999 hat das Land Niedersachsen durch das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (Nds. AGInsO) geregelt, welche Personen oder Stellen geeignet sind, Beratung auf dem Gebiet der außergerichtlichen Schuldenbereinigung durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird im Wege der widerlegbaren Rechtsvermutung davon ausgegangen, dass die bereits vorhandenen Schuldnerberatungsstellen in der Trägerschaft der Gemeinden und Landkreise, Kirchen und Wohlfahrtsverbände grundsätzlich auch für die Aufgaben der außergerichtlichen Schuldenbereinigung geeignet sind. Des Weiteren besteht für Stellen in Trägerschaft einer juristischen Person des privaten Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen, im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens nach § 3 Abs. 1 Nds. AGInsO die Möglichkeit, als zur Verbraucherinsolvenzberatung geeignete Stelle zugelassen zu werden.

Die allgemeine soziale Schuldnerberatung wie auch die Verbraucherinsolvenzberatung werden überwiegend durch Schuldnerberatungsstellen in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege gewährleistet. Die lebenssituationsbezogene Beratung sowie ggf. Unterstützung der Schuldnerinnen und Schuldner bei der Herbeiführung eines außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuches erfolgt unter Berücksichtigung der individuellen persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Schuldnerinnen und Schuldner.

Daneben wird die außergerichtliche Verbraucherinsolvenzberatung im zunehmenden Maße auch von der Anwaltschaft wahrgenommen.

Zu 44:

Die Landesregierung fördert die anteiligen Personalkosten für maximal eine Fachkraft und eine Verwaltungskraft je Schuldnerberatungsstelle nach Maßgabe der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen. Im vergangenen Jahr wurden landesweit insgesamt 75 Schuldnerberatungsstellen gefördert.

Darüber hinaus stellt das Land durch die Vergütungsregelung in § 5 Nds. AGInsO die notwendigen finanziellen Mittel für den Bereich der außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzberatung zur Verfügung. Der Mittelabfluss für die diesbezüglichen Vergütungsansprüche der Schuldnerberatungsstellen und die Beratungshilfeansprüche der Anwaltschaft für die Tätigkeit im außergerichtlichen Verbraucherinsolvenzverfahren belief sich 2003 auf rund 1,83 Mio. Euro und 2004 auf annähernd 3,25 Mio. Euro.

Zu 45:

Die Vermeidung und Überwindung von Überschuldung ist nach Auffassung der Landesregierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Schaffung der entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Verbraucher- und Schuldnerschutz, Stärkung der individuellen Ressourcen in Fragen persönlicher Finanzkompetenz und präventive Handlungsansätze sind wesentliche Elemente zur Behebung der Überschuldungstatbestände. Für die unmittelbare Krisenintervention im Entschuldungsprozess kommt der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung eine wesentliche Bedeutung zu.

Dieser Erkenntnis folgend ist die Förderung der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung erstmals 2004 ausgeweitet und der Haushaltsansatz von bisher jährlich 358 000 Euro auf 576 000 Euro auf-

gestockt worden. Darüber hinaus beteiligt sich der Sparkassenverband Niedersachsen in Höhe von jährlich rund 511 000 Euro an der Finanzierung der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung.

Die Förderung erfolgt mit der Zielsetzung, durch eine umfassende Beratung und Aufklärung von Schuldnerinnen und Schuldnern zu verhindern, dass Überschuldung zur Zahlungsunfähigkeit und Privatinsolvenz führt.

Des Weiteren ist die Wahrnehmung der Verbraucherinsolvenzberatung durch die Schuldnerberatungsstellen durch eine Finanzierung mittels Fallpauschalen aus der Landeskasse gesichert, deren Höhe sich an der Vergütung der Anwaltschaft für die Aufgabenwahrnehmung im Verbraucherinsolvenzverfahren orientiert und als Rechtsanspruch ausgestaltet ist.

Durch die Bereitstellung dieser finanziellen Ausstattung gewährleistet das Land überschuldeten Schuldnerinnen und Schuldnern den Zugang zum Verbraucherinsolvenzverfahren mit der Möglichkeit der Restschuldbefreiung und eines wirtschaftlichen Neuanfangs. Infolge dieser Landesförderung steht in Niedersachsen ein flächendeckendes Netz von zurzeit 141 Schuldnerberatungsstellen zur Verfügung, die neben der außergerichtlichen Insolvenzberatung im Sinne des § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO in der Regel auch allgemeine soziale Schuldnerberatung anbieten.

Eine landesweit eigenständige Erhebung einer präzisen, repräsentativen und vergleichbaren Datenlage zur Situation überschuldeter Haushalte stößt aus den in der Beantwortung zu Frage 41 eingangs geschilderten Gründen auf eine Vielzahl von Schwierigkeiten und erfordert organisatorisch und finanziell einen erheblichen Aufwand. Auf der anderen Seite verfügt das Land über das Ausgeführte hinaus kaum über Kompetenzen und Mittel, um das Problem kausal aufzugreifen zu können. Das MS hat sich aber an einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Statistischen Bundesamtes, einzelner Bundesländer, der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände e. V. unter wissenschaftlicher Begleitung und Federführung des Bundesministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Jugend (BMFSFJ) beteiligt, die ein Konzept zur Einführung einer bundeseinheitlichen Überschuldungsstatistik entwickelt hat.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz/Gesundheitsdienstleistungen/Gesundheitsförderung

Zu 46:

Seit dem 01.01.1996 haben Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte in der gesetzlichen Krankenversicherung die Möglichkeit, ihre Krankenkasse frei zu wählen. Das Wahlrecht ermöglichte für Versicherungspflichtige zunächst nur den Krankenkassenwechsel zum Jahreswechsel. Seit dem 01.01.2002 ist ein Krankenkassenwechsel auch für diesen Personenkreis ohne eine Stichtagsregelung unterjährig möglich.

Im Rahmen der Rechtsaufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen liegen der Landesregierung lediglich einzelne Eingaben im Zusammenhang mit der Ausübung des Wahlrechtes vor. Insgesamt sind Probleme mit der freien Krankenkassenwahl bei den landesunmittelbaren Krankenkassen nicht zu erkennen.

Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse, in welchem Umfang gesetzlich Versicherte in Niedersachsen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Auf Anfrage teilte die AOK - Die Gesundheitskasse für Niedersachsen hierzu mit, dass im AOK-System bundesweit bezogen auf das Jahr 2002 festzustellen ist, dass in der Tendenz die Ausübung des Wahlrechtes abnimmt.

Zu 47:

Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, die vertragszahnärztliche Versorgung sicherzustellen. Die ihr zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ausstieg niedersächsischer Kieferorthopäden beschreibt § 72 a SGB V.

Nach § 72 a Abs. 1 SGB V hat das MS in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde nach Anhörung der Landesverbände der Krankenkassen, der Verbände der Ersatzkassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KZVN) die Feststellung zu treffen, dass die Versorgung nicht mehr sichergestellt ist. Voraussetzung für eine derartige Feststellung ist, dass mehr als 50 v. H. aller in einem Zulassungsbezirk oder einem regionalen Planungsbereich niedergelassenen

Vertragszahnärzte in einem abgestimmten Verfahren oder Verhalten auf die Zulassung verzichtet haben.

Das MS hat am 03.06.2004 eine entsprechende Feststellung getroffen.

Die Rechtsfolgen ergeben sich aus dem Gesetz. Für die Planungsbereiche Cuxhaven, Hildesheim und Hannover-Land ging der Sicherstellungsauftrag zum 01.07.2004 auf die Krankenkassen und ihre Verbände über. Diese haben sich der Herausforderung gestellt und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung getroffen.

Für die im System verbliebenen Vertragszahnärzte in diesen Planungsbereichen sowie die in anderen Planungsbereichen niedergelassenen Vertragszahnärzte verblieb der Sicherstellungsauftrag bei der KZVN.

Für den Planungsbereich Cuxhaven wurde inzwischen festgestellt, dass die in § 72 a SGB V geforderten Voraussetzungen ab dem 01.04.2005 nicht mehr vorliegen. Damit obliegt ab diesem Tag der KZVN hier wieder der Sicherstellungsauftrag.

Gemäß § 100 SGB V obliegt dem Landesausschuss der Zahnärzte und Krankenkassen als Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung die Feststellung, dass in bestimmten Gebieten eines Zulassungsbezirks eine Unterversorgung eingetreten ist oder unmittelbar droht. Eine derartige Feststellung wurde nicht getroffen.

Zu 48:

Gemäß § 20 SGB V sollen die Krankenkassen in der Satzung Leistungen zur primären Prävention vorsehen, die den allgemeinen Gesundheitszustand verbessern und insbesondere einen Beitrag zur Vermeidung sozial bedingter Ungleichheiten von Gesundheitschancen erbringen. Die Spitzenverbände der Krankenkassen beschließen hierzu gemeinsam und einheitlich unter Einbeziehung unabhängigen Sachverständigen prioritäre Handlungsfelder und Kriterien für Leistungen insbesondere hinsichtlich Bedarf, Zielgruppen, Zugangswegen, Inhalten und Methodik. Die Krankenkassen können den Arbeitsschutz ergänzende Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung durchführen.

Die Leistungsangebote der gesetzlichen Krankenkassen zur primären Prävention oder zur betrieblichen Gesundheitsförderung sind der Rechtsaufsicht nicht anzuzeigen oder von ihr zu genehmigen.

Der Landesregierung ist bekannt, dass die landesunmittelbaren Krankenkassen Leistungen der primären Prävention sowie der betrieblichen Gesundheitsförderung entsprechend den zuvor genannten gesetzlichen Regelungen anbieten. Aufgrund der vorliegenden Informationen ist jedoch eine Einschätzung der Leistungsprofile der Krankenkassen in diesem Bereich nicht möglich.

Zu 49:

Nach Äußerungen auf dem 108. Deutschen Ärztetag vom 03. bis zum 06.05.2005 ist die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherungsschutz vor dem Hintergrund des In-Kraft-Tretens des SGB II bundesweit von 188 000 vor zwei Jahren auf jetzt etwa 300 000 angewachsen.

Der Landesregierung liegen im Rahmen der Rechtsaufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen keine Erkenntnisse darüber vor, wie viele Menschen in Niedersachsen durch die jüngsten Sozialreformen nicht mehr krankenversichert sind. Die auf dem 108. Ärztetag genannten Zahlen kann die Niedersächsische Landesregierung weder bestätigen noch widerlegen.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind nach den §§ 13 und 14 SGB I sowie § 191 S. 2 SGB V verpflichtet, ihre Versicherten hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten - somit auch über Beginn und Ende ihres Versicherungsschutzes - aufzuklären und zu beraten.

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass die ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassen ihrer Aufklärungs- und Beratungspflicht zum Krankenversicherungsschutz im Zuge der Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen des SGB II nicht ausreichend nachkommen.

Die Problematik ist auch von der 78. Gesundheitsministerkonferenz am 30.06./01.07.2005 in Erlangen aufgegriffen worden. Mit einstimmig gefasstem Beschluss fordert die Gesundheitsministerkon-

ferenz eine verstärkte Aufklärungskampagne seitens Politik, gesetzlichen Krankenkassen, Arbeitsagenturen und Sozialämtern sowie der privaten Krankenversicherungsunternehmen, um das Verantwortungs- und Problembewusstsein der Bevölkerung zum Thema Verlust des Krankenversicherungsschutzes zu schärfen. Die Landesregierung informiert bereits seit längerem über den Internetauftritt des MS über die gesetzliche Krankenversicherung, u. a. auch über Krankenversicherungspflicht und Krankenversicherungsbeiträge.

Im Übrigen ist der Landesregierung bekannt, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe sich dieser Frage auch in der Vergangenheit sehr intensiv angenommen haben.

Zu 50:

Nach Kenntnis der Landesregierung werden Beschwerden von Patientinnen und Patienten in Niedersachsen von allen öffentlichen Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgenommen und bearbeitet. Dies gilt für Eingaben an den Niedersächsischen Landtag ebenso wie für Eingaben an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt und an die Gesundheitsämter vor Ort. Einen ausdrücklichen landesgesetzlichen Auftrag zur Befassung mit Patientenbeschwerden haben die auf der Grundlage des Kammergesetzes für die Heilberufe (HKG) bestehenden niedersächsischen Heilberufskammern, zu deren Aufgaben es gehört, Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern sowie zwischen ihnen und Dritten, die aus der Berufsausübung entstanden sind, zu schlichten und Schlichtungsstellen zur Prüfung von Behandlungsfehlern einzurichten (vgl. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 HKG). Erkenntnisse „über die wesentlichen Beschwerdebereiche“ liegen der Landesregierung nicht vor.

Beschwerden im Rahmen der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung, d. h. wenn gesetzlich krankenversicherte Patientinnen und Patienten der Auffassung sind, dass Vertrags(zahn)ärzte oder -innen ihre vertrags(zahn)ärztlichen Pflichten verletzt haben, sind von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen zu überprüfen und festgestellte Verstöße im Rahmen der Disziplinarordnung zu ahnden. Außerdem fördern die Spitzenverbände der Krankenkassen gemäß § 65b SGB V seit dem 01.07.2001 im Rahmen von Modellvorhaben gemeinsam und einheitlich Einrichtungen zur Verbraucher- und Patientenberatung. Der hierzu erstattete Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung empfiehlt eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung, wobei allerdings auf noch offene Fragen, z. B. hinsichtlich des konkreten Umfangs und Bedarfs an unabhängiger Verbraucher- und Patientenberatung, hingewiesen wird. Derzeit werden auf dieser Grundlage Vorstellungen zur Ausgestaltung weiterer Modellvorhaben und zur Festlegung der Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln entwickelt.

Darüber hinaus ist in Niedersachsen eine Vielzahl von Selbsthilfe-Kontaktstellen tätig, die sich überwiegend themenbezogen mit gesundheitlichen und auch sozialen Angelegenheiten der Patientinnen und Patienten befassen. Dieses meist ehrenamtlich organisierte Wirken ist aus der Sicht der Landesregierung als Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements besonders hervorzuheben.

Die Landesregierung hält an ihrer Auffassung fest, dass es den zuständigen öffentlichen Stellen und den privaten Initiativen gelingt, die niedersächsischen Patientinnen und Patienten in sachgerechter Weise zu unterrichten und zu beraten. Als ein Beispiel unter vielen ist der Arbeitskreis Patienteninformation zu nennen, der von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. (www.gesundheit-nds.de) moderiert wird (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung vom 29.04.2004, Drs. 15/1012, zu 8).

Zu 51:

Die Landesregierung unterstützt Maßnahmen der Gesundheitsförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen in Niedersachsen ideell. Dies geschieht z. B. durch Übernahme von Schirmherrschaften für Maßnahmen bzw. Projekte zur Gesundheitsförderung.

Die Landesregierung fördert den gesundheitlichen Verbraucherschutz und die Gesundheitsförderung mit Haushaltsmitteln des Landes vor allem durch zwei Institutionen:

Die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. leistet wichtige Schnittstellenarbeit, indem sie die verschiedenen Ansätze der Gesundheitsförderung bündelt und durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen den professionell Arbeitenden wie auch interessierten Laien vermittelt.

Durch eine landesweite Vernetzung der Aktivitäten der gesundheitlichen Aufklärung und der Gesundheitsförderung ist es gelungen, die Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation im Bereich der Gesundheitsförderung voranzubringen.

Wesentliche Arbeitsfelder sind u. a.

- Gesundheitserziehung und Aufklärung,
- Stärkung des eigenverantwortlichen gesundheitsfördernden Verhaltens,
- Gesundheitsförderung im Setting-Ansatz,
- Armut und Gesundheit,
- Alter und Gesundheit.

Das ethno-medizinische Zentrum (EMZ) nimmt psychosoziale Integrations- und Betreuungsaufgaben wahr, bietet individuelle Beratung für Flüchtlinge, Folteropfer und Migrantinnen und Migranten sowie Multiplikatorenarbeit in Fort- und Weiterbildung von Fachkräften an. Die Arbeit des EMZ ist Teil der Integrationspolitik für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und stellt eine sozialkompensatorische Maßnahme dar, um Defizite in der gesundheitlichen Versorgung der Migrantinnen und Migranten vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken.

Zu 52:

Bei Erkrankung und Pflegebedürftigkeit sind Mitbürgerinnen und Mitbürger grundsätzlich durch die bundesgesetzlich geregelten sozialen Sicherungssysteme der gesetzlichen Krankenversicherung (Fünftes Buch Sozialgesetzbuch - SGB V -) und der Sozialen Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch - SGB XI -) abgesichert.

Dem gesetzlichen Auftrag folgend, haben die Kranken- und die Pflegeversicherung die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern und Pflegebedürftigen Hilfe zu leisten, die wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit auf solidarische Unterstützung angewiesen sind. Dafür halten die Kranken- und Pflegekassen als Träger der Kranken- und Pflegeversicherung ein umfangreiches Versorgungs- sowie Beratungs- und Unterstützungsangebot vor. Sie werden dabei eigenverantwortlich im Rahmen dieser ihnen zur Selbstverwaltung übertragenen Aufgabe tätig.

Die Vorsorge ist darüber hinaus in die Eigenverantwortung der Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihre Gesundheit gelegt. Sie haben durch gesundheitsbewusste Lebensführung, durch frühzeitige Beteiligung an gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen sowie durch aktive Mitwirkung an Krankenbehandlung und Rehabilitation dazu beizutragen, den Eintritt von Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. zu überwinden oder zu mildern.

Die Landesregierung leistet einen umfangreichen Beitrag bei der Umsetzung der Pflegeversicherung in Niedersachsen. Sie beteiligt sich aktiv durch die Thematisierung aktueller Sachfragen, die Initiierung verschiedenster Maßnahmen zur Optimierung der Pflege und den kontinuierlichen Dialog mit den Pflegekassen sowie den Pflegeleistungsanbietern an der bedarfsgerechten Gestaltung der Pflege. In diesem Zusammenhang wird auf das Niedersächsische Pflegegesetz und die darin geregelte Investitionskostenförderung für ambulante, teilstationäre und Kurzzeit-Pflegeeinrichtungen sowie auf die Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten zur Verbesserung der Betreuungssituation demenziell Erkrankter und zeitweisen Entlastung ihrer pflegenden Angehörigen hingewiesen.

Wenn von einem Zusammenhang zwischen Passivität und Vergreisung im dritten Lebensabschnitt auszugehen ist und statt dessen auf Mobilisierung der eigenen Kräfte gesetzt wird, kann dieses Verhalten von der Gesellschaft durch entsprechende Angebote nur unterstützt werden.

Niedersachsen fördert unter diesem Aspekt die Niedersächsische Landesagentur Generationendialog. Die Landesagentur ist eine niedersachsenweite Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Förderung Generationen übergreifender Ansätze. Sie schafft Transparenz über bestehende Aktivitäten in Verbänden und Vereinen durch Vernetzung auf regionaler Ebene. Alljährlich finden Veranstaltungen, wie z. B. das Forum Alter und Zukunft, zum Dialog der Generationen statt.

Die Landesregierung will mithelfen, dass Menschen bis ins hohe Alter aktiv bleiben. Auch deshalb fördert sie die ehrenamtliche Tätigkeit von alten Menschen, z. B. über das Bundesmodellprojekt EFI (Erfahrungswissen für Initiativen). Die Weitergabe von eigenem Erfahrungswissen spielt bei dem Engagement Älterer eine zentrale Rolle, denn ältere Menschen verfügen über einen umfangreichen und reichhaltigen Erfahrungsschatz, den sie im Laufe ihres Lebens in den unterschiedlichen Lebensbereichen wie Familie, Beruf, Freundeskreis, sozialen Netzwerken, Freizeit und freiwilligem Engagement gewonnen haben. Das Programm EFI zielt darauf ab, eine neue Verantwortungsrolle für das Alter zu schaffen und einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein aktives Altern zu leisten.

Zu 53:

Die Prüfungen stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen erfolgen auf der Basis der nach § 80 SGB XI von den Spitzenverbänden der Pflegekassen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und den Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen vereinbarten gemeinsamen „Grundsätze und Maßstäbe zur Qualität und Qualitätssicherung einschließlich des Verfahrens zur Durchführung von Qualitätsprüfungen“. Es gelten zurzeit die in den Jahren 1995 und 1996 getroffenen Vereinbarungen.

Für die Qualitätsprüfungen, die vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) stichprobenweise, anlassbezogen oder vergleichend durchgeführt werden, hat der Medizinische Dienst der Spitzenverbände e. V. die MDK-Anleitungen „Zur Prüfung der Qualität nach § 80 SGB XI“ in der ambulanten und stationären Pflege herausgegeben. Es handelt sich dabei um einen Leitfaden für eine einheitliche Umsetzung der Qualitätsprüfungen nach § 80 SGB XI. Im Hinblick auf die unterschiedliche Handhabung dieser MDK-Prüfanleitung prüfen die Spitzenverbände der Pflegekassen zurzeit, ob sie auf der Grundlage des § 53 a Nr. 4 SGB XI Richtlinien für die Durchführung der Qualitätsprüfungen beschließen sollen. Nach § 7 SGB XI sind die zuständigen Pflegekassen zur Aufklärung und Beratung der Versicherten und ihrer Angehörigen bei allen mit der Pflegebedürftigkeit zusammenhängenden Fragen verpflichtet. Unter Beachtung des Wahlrechts der Pflegebedürftigen nach § 2 Abs. 2 SGB XI beraten die Pflegekassen bei der sachgerechten Auswahl in Bezug auf Leistungen und Vergütungen von zugelassenen Pflegeeinrichtungen, in deren Bereich die pflegerische Versorgung gewährleistet werden soll. Im Vordergrund steht die individuelle Beratung und Information, wie sie der Pflegebedürftige anfordert oder benötigt. Verwendung finden auch die bei den Pflegekassen geführten Leistungs- und Preisvergleichslisten der Pflegeeinrichtungen.

Stationäre Pflegeeinrichtungen werden außerdem auf Basis der durch Bundesrecht definierten Standards des Heimgesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen regelmäßig mindestens einmal jährlich, angemeldet oder unangemeldet, ggf. auch anlassbezogen, überprüft.

Darüber hinaus ist es eine der wesentlichen Aufgaben der unteren Heimaufsichtsbehörden, Personen, die sich für einen Heimplatz interessieren, bei der Suche und Auswahl eines geeigneten Heimes zu beraten und zu unterstützen sowie sie umfassend z. B. über die Modalitäten beim Einzug, zu Fragen der Unterbringung, der pflegerischen Versorgung oder über den Heimvertrag zu informieren.

Zu 54:

Gesetzlich Krankenversicherte sind unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, Leistungen im Ausland zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen in Anspruch zu nehmen.

Die Landesregierung hat im Rahmen der Rechtsaufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen keine Erkenntnisse über die Höhe der Zahl der in Anspruch genommenen grenzüberschreitenden Dienstleistungen.

Konkrete Probleme sind in Bezug auf die landesunmittelbaren Krankenkassen in diesem Zusammenhang nicht bekannt. Allerdings ist aus übergeordneter Sicht folgendes ergänzend anzumerken:

Im Jahr 2002 wurde eine Abrechnungsmanipulation im großen Stil durch Zahnärzte und einen Anbieter zahntechnischer Leistungen aufgedeckt. Gegenstand des Abrechnungsbetrugs war der Bezug von Zahnersatz, insbesondere aus Ländern des Fernen Ostens. Die dadurch erzielten Preis-

vorteile wurden nicht an die Krankenkassen bzw. Versicherten weitergegeben. Ferner wurde die durch § 14 Medizinproduktegesetz (MPG) vorgeschriebene Konformitätserklärung nicht beigebracht. Gegen die an den Manipulationen beteiligten Leistungserbringer wurden Strafverfahren eingeleitet bzw. durchgeführt.

Der Bundesgesetzgeber hat hieraus Konsequenzen gezogen und durch das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) § 87 Abs. 1 a SGB V eingefügt. Danach sind in jedem einzelnen Heil- und Kostenplan Angaben über den Herstellungsort des Zahnersatzes zu machen. Die Konformitätserklärung ist bei jeder Rechnungslegung beizufügen. Mit dieser Regelung sollten derartige Betrugsversuche zukünftig erheblich erschwert sein.

Über die rechtlichen Möglichkeiten, grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen im Rahmen der Möglichkeiten nach dem SGB V in Anspruch zu nehmen, haben die gesetzlichen Krankenkassen ihre Versicherten gemäß der §§ 13 bis 14 SGB I aufzuklären und zu beraten.

Verbraucherschutz beim Kauf- und Vertragsrecht; Telekommunikationsmarkt

Zu 55:

Der Kampf gegen den Rufnummernmissbrauch ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen, denn nur so kann unseriösen Anbietern von Telekommunikationsdiensten Einhalt geboten und das Vertrauen der Verbraucher gestärkt werden. Dazu sind sinnvolle Regelungen notwendig, die eine faire Balance zwischen ökonomisch vernünftigen und verbraucherpolitisch richtigen und sinnvollen Regelungen bieten.

Die zahlreichen Vorteile, die das Internet und neuartige Telefonmehrwertdienste über Dialer eröffnet, bieten aber auch unseriösen Anbietern Ansatzpunkte, mit Tricks und Täuschungen davon zu profitieren. Entscheidend für den weiteren Erfolg des Internets und der Mehrwertdienste ist daher der Erhalt des Vertrauens der Kunden in die Seriosität der Diensteanbieter.

Ein erster Schritt wurde mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/0900er-Mehrwertdiensterrufnummern“ unternommen, indem die Rechte der Verbraucher gestärkt werden:

1. So wird bei diesen Rufnummern eine Kostenobergrenze von 2,00 Euro/Min. eingeführt, die nur nach einem Legitimationsverfahren überschritten werden darf.
2. Alle Anwahlprogramme für das Internet (so genannte Dialer) müssen registriert werden und ihre Betreiber haben deren Rechtskonformität zu sichern.
3. Die Verbraucher haben einen Auskunftsanspruch, die Adressen der Mehrwertdiensteanbieter für die Durchsetzung ihrer Ansprüche zu erfahren.

Darüber hinaus stehen den Verbrauchern Schadenersatz- und Unterlassungsansprüche gemäß § 44 Abs. 1 Telekommunikationsgesetz (TKG) zur Seite sowie den in § 3 Unterlassungsklagengesetz (UKlaG) benannten Stellen Unterlassungsansprüche gemäß § 44 Abs. 2 TKG.

Zu 56:

Der Schuldenkompass 2004 der Schufa Holding AG bestätigt, dass Jugendliche insbesondere durch Ausgaben für Telekommunikation in eine Schuldenspirale geraten können. Nach Angaben der Schufa sind von den 2,8 Mio. Personen, die in den letzten drei Jahren eine eidesstattliche Versicherung abgegeben haben, 5 % im Alter zwischen 20 und 24 Jahre. Hauptverursacher für die negativen Einträge bei der Schufa sind bei Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen hauptsächlich die Mobilfunkunternehmen, die rd. 2/3 der Einträge ausmachen.

Die Schuld kann jedoch nicht einseitig den Mobilfunkunternehmen gegeben werden. Der sorglose Umgang mit dem an sich sinnvollen Mobiltelefon und den angebotenen Mehrwertdiensten sowie mangelnde Kontrolle durch die Eltern sind häufig die Ursache. Die Mobilfunkbranche hat das Problem schon vor mehr als einem Jahr aufgegriffen. So können bereits heute Premium-SMS und 0190er-Nummern gesperrt werden. Der beste Schutz vor zu hohen Handy-Kosten bei Jugendlichen ist aber nach wie vor die Prepaid-Karte.

Die Landesregierung unterstützt Maßnahmen zur Beratung und Information im Bereich „Verschuldungsproblematik bei Kindern und Jugendlichen“. Dazu hat das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit den Druck und Versand von 20 000 Exemplaren eines von der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung e.V. entwickelten „Handybooklets“ finanziert. Das „Handybooklet“ wurde landesweit über den Landesjugendring Niedersachsen, weitere Verbände und die kommunale Jugendhilfe an Jugendliche ab zwölf Jahren verteilt.

Zu 57:

Bereits nach den allgemeinen zivilrechtlichen Vorschriften (insbesondere der BGB-Informationspflichten-Verordnung) gelten umfassende Aufklärungs- und Hinweispflichten. Zusätzlich ist derzeit ein Gesetzentwurf zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften in der Beratung. Mit diesem Gesetz sollen auf der Grundlage des novellierten TKG auch die bisher in der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung enthaltenen Regelungen in das TKG integriert und neu gefasst werden. Zur Erhöhung der Tariftransparenz sieht der Gesetzentwurf dazu künftig umfangreiche Pflichten für die Preisangaben, Preisansagen und Preisanzeigen vor.

Zu 58:

Das so genannte Spamming ist eine rechtswidrige Belästigung, die große ökonomische Schäden verursacht. Unverlangt zugesandte Werbemittelungen stellen in der Regel einen Verstoß gegen die §§ 1, 3 und 7 des UWG dar, sodass zivilrechtlich regelmäßig § 823 Abs. 1 BGB (Schadenersatz) in Verbindung mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und § 1004 BGB (Unterlassungsanspruch) herangezogen werden können.

Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) hat gemäß § 67 TKG die Befugnis, gegen eine derartige rechtswidrige Bewerbung von Rufnummern vorzugehen. Hierbei differenziert die Regulierungsbehörde hinsichtlich des Zugangs der unverlangten Werbung derzeit nach vier Medien:

1. Telefax,
2. SMS (auf Handy bzw. Festnetzanschlüsse),
3. Rückruf (auf Handy bzw. Festnetzanschlüsse),
4. E-mail (über das Internet an PCs).

Erlangt die RegTP von derartigen Sachverhalten - z. B. in Form von schriftlichen Beschwerden - Kenntnis, ergreift sie unter bestimmten Voraussetzungen Maßnahmen gegenüber den Letztverantwortlichen und Netzbetreibern, in deren Netzen die entsprechende Rufnummern geschaltet sind. Die RegTP hat dazu eine eigene Fax-Nummer und E-Mail-Adresse für Verbraucher eingerichtet, die mit Rufnummern-Spam über Telefon, Fax, SMS oder E-Mail belästigt werden. Verbraucher, die entsprechende, sie belästigende Werbung für Rufnummern erhalten, können ihre aussagekräftigen Unterlagen, z. B. die erhaltenen Faxe oder Werbemails, mit einer kurzen Sachverhaltsdarstellung und der Bitte um Einschreiten der RegTP an die Fax-Nummer 06321/934-111 senden oder sich an die RegTP unter folgender E-Mail-Adresse wenden: Rufnummernspam@regtp.de. Voraussetzung eines Einschreitens der RegTP ist dabei die gesicherte Kenntnis der rechtswidrigen Nutzung von Rufnummern. Der betroffene Verbraucher darf zudem in keiner Geschäftsbeziehung zum Absender stehen und vorher auch keine Zustimmung erteilt haben.

Zu 59:

Bei den angesprochenen Gewinnspielen handelt es sich um genehmigungsfreie Spiele.

Die Verbraucher werden zumeist flächendeckend per Post über vermeintliche Gewinne informiert. Selbst wenn ein Großteil dieser Briefe aufgrund einer gestiegenen Sensibilität der Adressaten im Papierkorb landet, scheint es sich für die Veranstalter insgesamt immer noch zu lohnen, denn die Kette der Gewinnmitteilungen scheint nicht abzubrechen. Um potentielle Gewinner als Teilnehmer von Kaffeefahrten zu ködern, wird offenbar zielgerichtet über Adresshändler vorgegangen, wobei ältere Mitbürger als Zielgruppe bevorzugt werden.

Über das tatsächliche Ausmaß liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, da die Polizei nur im Anzeigenfall Kenntnis von derartigen Vorgängen erhält. Auch in Niedersachsen sind diverse Firmen ansässig, die mit der klassischen Masche der Gewinnmitteilungen arbeiten. Insbesondere sind dabei diverse Personen und Firmen polizeilich bekannt, die als so genannte „Kaffeefahrten-Veranstalter“ auffällig geworden sind.

Die Chance, die tatsächlich offerierten Gewinne in der angepriesenen Ausführung zu erhalten, wird als gering eingeschätzt. Das im wahrsten Sinne des Wortes so genannte „Kleingedruckte“ ermöglicht viele legale „Schlupflöcher“. Die Rechtsprechung, dass Gewinne zivilrechtlich einklagbar sein können, hat dazu geführt, dass die Mitteilungen von den Veranstaltern im Vorfeld entsprechend juristisch geprüft und modifiziert worden sind. Außerdem dürfte die überwiegende Mehrheit der Veranstalter mittlerweile vom Ausland aus agieren, sodass hier zivilrechtliche Maßnahmen erschwert werden.

Selbst wenn Veranstalter ihren Sitz bzw. Gerichtsstand in Deutschland haben, bedeutet das noch nicht, eine Klage erfolgreich führen zu können, denn zumeist habe die betreffenden Firmen nicht lange Bestand. Mit ständig neuen Firmennamen und anderen Verantwortlichen, zum Teil unter der gleichen Erreichbarkeit und mit derselben Masche agierend, machen die Veranstalter es der Polizei, den Verwaltungsbehörden und den Verbrauchern schwer, dagegen vorzugehen. Dem Missbrauch des Vertrauens der Verbraucher kann aus hiesiger Sicht nur durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit begegnet werden.

Elektronischer Handel

Zu 60:

Für Niedersachsen gibt es keine amtlichen Zahlen zu dem Anteil des elektronischen Handels beim privaten Konsum. Laut Ermittlung eines Internetzahlungsdienstleisters liegt der Anteil aller Kaufvorgänge im Internet bei ca. 1 %.

Das Internet wird auch von der niedersächsischen Wirtschaft zunehmend als Vertriebsweg genutzt. Statistische Daten liegen dazu bislang nicht vor.

Zu 61:

Unternehmen vertreiben ihre Produkte immer weniger nur im eigenen Land. Grenzüberschreitender Handel ist zur Normalität geworden, vor allem zwischen den zusammenwachsenden Staaten der EU. Der Aufbau neuer Absatzmärkte im Ausland erfolgt dabei häufig über Handelsvertreter oder Tochterunternehmen. Nach wie vor bergen grenzüberschreitende Vertragsverhältnisse zahlreiche Probleme, da weder die für Handelsvertreter maßgeblichen Gesetze der Mitgliedsstaaten vollumfänglich identisch sind, noch diese Gesetze von der jeweiligen nationalen Rechtsprechung einheitlich ausgelegt werden. Nach Umfragen der EU-Kommission haben kleine und mittlere Unternehmen ein augenscheinlich großes Interesse am grenzüberschreitenden Handel. Doch werden sie vor allem vom „Labyrinth der geltenden Rechtsvorschriften“ abgeschreckt.

Ziel der Europäischen Union ist die Integration der Binnenmärkte aller Mitgliedsstaaten. Grenzüberschreitende Einkäufe der Verbraucher sollen die Umsätze erhöhen. Doch in der Realität ist der grenzüberschreitende Einkauf eine vernachlässigbare Größe. Daran haben auch Internet und E-Commerce nichts geändert. Die Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Handel sind bisher allerdings vernachlässigbar. Statistische Daten liegen nicht vor.

Verbraucher können bei grenzüberschreitenden Käufen beim Europäischen Verbraucherzentrum (evz) beraten werden. Das evz bietet Beratung und Information in allen europäischen Verbraucherangelegenheiten sowie Unterstützung bei Streitigkeiten mit Anbietern in europäischen Nachbarländern. Die Beratung erfolgt in Gronau und in Kiel. Jede Einrichtung hat besondere Themenschwerpunkte.

Das Europäische Verbraucherzentrum gehört zu einem europaweiten Netz von Europäischen Verbraucherzentren und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Träger des Europäischen Verbraucherzentrums sind in Deutschland die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und Hamburg, die EUREGIO Gronau und der

Euro-Info-Verbraucher e. V. Zu den verschiedenen Themen bzw. Problembereichen gibt das evz Ratgeber, Falblätter, und Broschüren heraus, die über <http://www.europaeischesverbraucherzentrum.de> bestellt werden können.

Reisemarkt und öffentliche Verkehrsleistungen

Zu 62:

Das Reisevertragsrecht bestimmt sich nach den §§ 651 bis 651 I BGB. So sind gem. § 651 k BGB die Reiseveranstalter verpflichtet, erhaltene Kundengelder für den Fall abzusichern, dass infolge Konkurses oder Zahlungsunfähigkeit des Reiseveranstalters Reiseleistungen ausfallen oder dem Reisenden für die Rückreise zusätzliche Aufwendungen entstehen. Diese Absicherung geschieht mit so genannte Sicherungsscheinen. Das System des Sicherungsscheines deckt somit die Risiken, die Pauschaltouristen als Kunden der deutschen Reiseveranstalter entstehen, ab. Kommt es zum Schadensfall, so übernimmt die Versicherung, welche den Sicherungsschein für die jeweilige Reise des entsprechenden Veranstalters ausgegeben hat, die Kosten und sorgt für den kostenfreien Rücktransport bzw. der Erstattung der bereits geleisteten Anzahlungen.

Ob Absicherungen bei reinen Flugreisen, also reinen Beförderungen, erforderlich sind, wird derzeit auf europäischer Ebene diskutiert. Aus Sicht der Kunden ist eine Absicherung wünschenswert.

Zu 63:

Es ist zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln zu differenzieren. So gibt es z. B. für die reinen Beförderungsleistungen im Fernlinienverkehr leider keine Absicherung des Kunden.

Sofern es sich jedoch um eine Buspauschalreise (Beförderung verbunden mit weiteren Leistungen, wie beispielsweise Übernachtungen) handelt, greift die allgemeine Absicherung (Sicherungsschein).

Für den Bereich der Bahn gilt im Grundsatz das Gleiche. Auch hier sind nur im Fall von Pauschalreisen die Kunden über das Reisevertragsrecht abgesichert.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs wird derzeit durch die vorhandenen gesetzlichen Regelungen eine Haftung der Verkehrsunternehmen für Ausfall und Verspätung von Zügen und Verkehrsmitteln des Nahverkehrs ausgeschlossen. Jede freiwillige Vereinbarung bedeutet daher eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Rechtslage. Seit 01.11.2003 gibt z. B. der Großraumverkehr Hannover (GVH) seinen Fahrgästen eine Pünktlichkeits- und Sauberkeitsgarantie. Die Deutsche Bahn AG setzt seit 01.10.2004 die Kundencharta Fernverkehr um. Diese freiwilligen Vereinbarungen sehen jeweils unter bestimmten Voraussetzungen für Fahrgäste Entschädigungen bei Ausfall und Verspätungen von Verkehrsmitteln vor.

Innerhalb der EU gibt es derzeit Überlegungen, die Fahrgastrechte in den europäischen Ländern in Abhängigkeit von den einzelnen Verkehrsträgern zu harmonisieren. Um steigende Fahrpreise oder ein reduziertes Angebot zu vermeiden, sind an die Ausgewogenheit derartiger verbesserter rechtlicher Rahmenbedingungen hohe Anforderungen zu stellen.

Hinsichtlich der Absicherung bei Flugreisen verweise ich auf meine Antwort zu Frage 62.

Unabhängig davon bleibt festzuhalten, dass der Kunde in jedem Fall die Möglichkeit hat, sich privat individuell abzusichern und damit das Risiko für sich zu minimieren.

Ein vom Bundesverbraucherministerium für drei Jahre gefördertes Projekt „Schlichtungsstelle Mobilität“ hat am 01.12.2004 seine Arbeit aufgenommen. Dort soll Verkehrsträger übergreifend rund um eine Zug-, Bus-, Flug- oder Schiffsreise in Streitfällen zwischen Fahrgästen und Unternehmen vermittelt werden. Bei der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen wurde eine „Schlichtungsstelle Nahverkehr“ eingerichtet, die als unabhängige Instanz in Auseinandersetzungen zwischen Kunden und Verkehrsunternehmen vermitteln soll. Wie bereits in Bayern praktiziert, plant der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen in Niedersachsen die Einrichtung einer „Ombudsstelle“. Eine solche in der Trägerschaft von Verkehrsunternehmen liegende Schlichtungsstelle dient der unbürokratischen Wahrnehmung von Kundeninteressen und trägt zu einer Konfliktlösung zwischen den verschiedenen Parteien bei.

Zu 64:

Aspekte der Nachhaltigkeit gewinnen zunehmend an Bedeutung bei den Reiseentscheidungen der Touristen. Eine Untersuchung der so genannten Reiseanalyse des Studienkreises für Tourismus in Starnberg hat ergeben, dass derartige Aspekte von erheblicher Bedeutung sind und bei bis zu 40 % der Reisenden deren Verhalten maßgeblich beeinflussen.

Klimaschutz/Energiesparen/Bauen/Wohnen/Energieversorgung

Zu 65:

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die allgemein zugänglichen Medien eine ausreichende Beratung und Aufklärung über Klimaschutz und entsprechende Maßnahmen in privaten Haushalten leisten. Ein spezielles Landesförderprogramm hält die Landesregierung daher für nicht erforderlich.

Zu 66:

Rentabilitätsstreben der Energieversorger und Energieeinsparmaßnahmen schließen sich nicht aus, wie insbesondere das Contracting zeigt. Beim Contracting übernimmt der Energieversorger als so genannter Contractor alle Aufgaben zur Wärme- und ggf. Stromversorgung einer Liegenschaft. Die Marktvorteile des Energieversorgers erlauben hierbei eine Dividende aus Energieeinsparungen oder Effizienzsteigerungen, die hinreichend groß ist, seine Aufwendungen zu refinanzieren. Auch der Einsatz von regenerativen Energieträgern wird beim Contracting angeboten, ist jedoch vom Kundenwunsch und der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme im Einzelfall abhängig.

Zu 67:

Mit dem niedersächsischen Innovationsförderprogramm fördert die Landesregierung innovative Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrsbereich. Insbesondere werden dabei Projekte für Kraftstoffe der Zukunft (z. B. Sunfuel, Wasserstoff) aus Biomasse und die Entwicklung von Brennstoffzellen gefördert.

Mit der Verabschiedung der Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität (Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie, ABl. EG L 296 S. 55) hat die Europäische Gemeinschaft den Rahmen für künftige gemeinschaftliche Regelungen im Bereich der Luftqualität geschaffen. Die Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie verfolgt insbesondere vier Ziele:

- die Definition und Festlegung von Luftqualitätszielen zur Vermeidung, Verhütung oder Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt,
- die Beurteilung der Luftqualität in den Mitgliedsstaaten anhand einheitlicher Methoden und Kriterien,
- die Verfügbarkeit von sachdienlichen Informationen über die Luftqualität und die Unterrichtung der Öffentlichkeit hierüber u. a. anhand von Alarmstufen,
- die Erhaltung guter Luftqualität und die Verbesserung der Luftqualität, wo dies nicht der Fall ist.

Die in der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie genannten Ziele und Prinzipien werden in so genannten Tochterrichtlinien konkretisiert. Das bislang bestehende Luftreinhaltegesetz der EG soll auf diese Weise allmählich harmonisiert und nach einem Arbeitsprogramm ergänzt und verbessert werden.

Die EG hat 1992 beschlossen, dass künftige Rechtsvorschriften zur Luftqualität auf den Luftqualitätsleitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Europa aufbauen sollen. Folglich basieren alle Grenzwerte der Tochterrichtlinien auf den Arbeiten der WHO. Gemäß den verabschiedeten Regelungen werden die neuen Grenzwerte die bisher geltenden Grenzwerte nach Ablauf der in den Tochterrichtlinien festgelegten Fristen ablösen. Für die Übergangszeit sind zeitlich abnehmend unterschiedliche Toleranzmargen festgelegt, um schrittweise das Erreichen der Grenzwerte sicherzustellen.

Die ersten drei Tochterrichtlinien sind verabschiedet. Sie beziehen sich auf die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), Stickstoffoxide (NO_x als Summe aus Stickstoffdioxid

NO₂ und Stickstoffmonoxid (NO), Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 10 µm (Feinstaub und Aerosole, auch als PM 10 bezeichnet), Blei, Benzol, Kohlenmonoxid und Ozon.

Die Luftqualitätsrichtlinien sind durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und Novellierung der 22. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes (Immissionswerte-Verordnung - 22. BImSchV) in nationales Recht umgesetzt worden.

Hieraus folgt, dass alle luftbelastenden Emittenten in allen Sektoren einen Minderungsbeitrag liefern müssen. Dies gilt auch für den Verkehrsbereich.

Der Bundesrat hat bereits am 11.06.2004 gefordert, dass die EU-Grenzwerte im Rahmen der geplanten Richtlinien-Revision überprüft werden müssen.

Da etwa 50 bis 80 % der gemessenen Feinstaubmengen natürlichen Ursprungs sind bzw. durch Ferneintrag verursacht werden, hat der Bundesrat eine Grenzwertüberprüfung durch die EU im Rahmen der Revisionsklausel der Richtlinie und eine Verlängerung der Einhaltungstermine gefordert. Dieses Ziel muss vorrangig weiterverfolgt werden, da die EU-Grenzwerte ein völlig falsches Bild von der wirklichen Beeinträchtigung der Luftqualität vermitteln.

Die Einführung der EURO-5-Norm ist eine Voraussetzung für eine sinnvolle Innovation.

Zurzeit regelt die EURO-4-Norm den maximalen Feinpartikel-Ausstoß von Neufahrzeugen (25 Milligramm pro Kilometer). Umweltpolitischer Grundsatz war bislang, dass nur Immissions-Grenzwerte festgelegt werden sollen, aber die Technik zur Umsetzung von der Industrie bestimmt wird. Von diesem Grundsatz soll nicht abgewichen werden.

Abweichungen von einer Gesamtbetrachtung der EURO-5-Norm durch eine gesetzliche Vorgabe zum vorzeitigen Erreichen eines Einzelabgaswertes (Russpartikel), wie von Hessen vorgeschlagen, sind nicht sinnvoll. Die Gesamtbetrachtung (Russpartikel, Stickoxide, Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoffe) der Abgasgrößen der EURO-5-Norm ist umwelt- und industriepolitisch notwendig, um auf dem europäischen Kraftfahrzeugmarkt keine Wettbewerbsverzerrungen zu verursachen und umweltpolitisch die gewünschte Wirkung zu erzeugen. Um die Planungs- und Investitionssicherheit nicht zu gefährden, müssen neue Grenzwerte als Orientierung frühzeitig bekannt gemacht werden. Es könnte geprüft werden, ob ein Vorziehen der EURO-5-Norm möglich ist.

Eine umweltbezogene Spreizung der Lkw-Maut kann grundsätzlich sinnvoll sein.

Der Vorschlag der Verkehrsminister zur Einführung eines Splittings bei der Lkw-Maut unter Berücksichtigung der EURO-5-Norm ist aber grundsätzlich sinnvoll, wenn ausreichende Übergangsfristen gewährt werden und das Problem der „Maut-Flucht“ in Richtung Bundes- und Landesstraßen gelöst wird. Eine Mautregelung, die die sauberen Lkw auf die Autobahnen zieht und die umweltschädlichen Lkw in die Siedlungsnähe treibt, wäre nicht zu verantworten. Zudem kann ein stärkeres Splitting bei der Lkw-Maut für schadstoffarme Lkw nachteilig für das mittelständische Verkehrsgewerbe sein, da diese oftmals finanziell nicht in der Lage sein dürften, die Fahrzeugflotte vorzeitig auszutauschen.

Verkehrlenkende Maßnahmen auf Grund von kommunalen Luftreinhalteplänen setzen teilweise die umweltbezogene Kennzeichnung von Fahrzeugen voraus.

Grundsätzlich sind Fahrverbote für bestimmte Verkehrsteilnehmer nur erforderlich, wenn nachweisbar eine gefährliche Gesundheitsgefährdung mit anderen Mitteln nicht zu verhindern wäre. Diese Maßnahmen müssen also wirklich notwendig und wirksam sein. Die Wirksamkeit verschiedener Verkehrlenkungsmaßnahmen ist durch wissenschaftliche Begleitung zu belegen. Eine isolierte Betrachtung der Feinstaubemissionen ist dabei sachlich nicht zu rechtfertigen. Auch diese Maßnahmen lassen sich sinnvoller Weise nur auf der Basis von EU-Abgasnormen und deren gesundheitlichen Wirkungen festlegen. Die bisher gemachten Vorschläge sind in diesem Sinne zu konkretisieren und zu begründen. Entscheidungen sollten hier noch nicht getroffen werden.

Zu 68:

Die Energiepreise sind grundsätzlich das Ergebnis privatwirtschaftlicher Interaktionen. Der Landesregierung kommt hierbei in Gestalt der Tarifpreisaufsicht der Elektrizitätsversorgung sowie der Missbrauchsaufsicht im Bereich Strom für die Sondervertragskunden und im Bereich Gas lediglich

eine Aufsichtsfunktion zu. Eine genaue Bezifferung des Einflusses dieser Aufsicht auf die Preisgestaltung auf den Energiemärkten ist nicht möglich. Festzustellen ist jedoch, dass insbesondere das Tarifpreisniveau in der Elektrizitätsversorgung in Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Ländern insgesamt als günstig anzusehen ist. Der Landesregierung sind Verbraucherbeschwerden überwiegend zu Energiepreiserhöhungen bekannt. Alle bekannt gewordenen Verbraucherbeschwerden werden von der Landesregierung nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsgrundlagen des Energiewirtschaftsgesetzes, der Bundestarifordnung Elektrizität und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen geprüft und berücksichtigt.

Lebensmittel/Ernährung

Zu 69:

Das niedersächsische Landesamt für Statistik erhebt jährlich alle wesentlichen Daten zum Anbau und zur Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (siehe unter www.nls.niedersachsen.de). Da die landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen überwiegend konventionell bewirtschaftet werden, bilden die Erhebungen auch den Anbauumfang der konventionellen Flächen ab. Insgesamt wurden im Jahr 2004 in Niedersachsen 2 625 000 ha Fläche landwirtschaftlich genutzt. Gegenüber dem Jahr 2000 ist dieses eine Verringerung um rund 3 000 ha. In Abhängigkeit von den agrarpolitischen Rahmenbedingungen, den Marktverhältnissen sowie der Witterung schwanken naturgemäß die Anbauverhältnisse der Kulturen zwischen den einzelnen Jahren. Folgende Nutzpflanzen sind in dieser Reihenfolge vom Anbauumfang her in Niedersachsen die bedeutendsten Kulturen: Getreide, Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben, Raps. Die Gewichtung zwischen diesen Kulturen hat sich in den vergangenen fünf Jahren nicht verändert.

Die ökologische Anbaufläche hat sich in den vergangenen fünf Jahren in Niedersachsen mehr als verdoppelt (31.12.1999: 27 000 ha; 31.12.2004: 61 000 ha). Auch die Zahl der Biobetriebe ist deutlich angestiegen (31.12.1999: 576 Betriebe; 31.12.2004: 1 080 Betriebe). Insgesamt werden in Niedersachsen derzeit 2,3 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich zu Deutschland (4,5 %) ist der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Niedersachsen dennoch weiterhin unterdurchschnittlich. Ursache hierfür ist vor allem die insgesamt geringere Produktionsintensität in bestimmten Regionen anderer Bundesländer (z. B. extensive Grünland- und Ackerstandorte in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg), die es den dortigen Betrieben in Verbindung mit der Ökoförderung erleichtert, auf ökologischen Landbau umzustellen, sowie andererseits die regional teilweise stark spezialisierte Landwirtschaft in Niedersachsen.

In Niedersachsen befinden sich mit mehr als 500 zertifizierten Unternehmen im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Unternehmen, die Bioprodukte verarbeiten oder handeln. Hierzu gehören auch eine Reihe von Unternehmen mit nationaler bzw. internationaler Bedeutung.

Zu 70 a bzw. 71:

Die Richtlinie 2003/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20 März 2000 enthält die allgemeinen horizontalen Gemeinschaftsregeln für alle Lebensmittel, die in den Handel gebracht werden.

Die spezifischen vertikalen Regeln, die nur bestimmte Lebensmittel betreffen, sind in einer Vielzahl von Richtlinien niedergelegt, wie z. B. die Richtlinie 89/398/EWG des Rates vom 03.05.1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, die Richtlinie 2002/46/RG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10.06.1992 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nahrungsergänzungsmittel, die Richtlinie 94/65/EWG des Rates vom 14.12.1994 zur Festlegung von Vorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Hackfleisch/Faschiertem und Fleischzubereitungen. Auf eine vollständige Aufzählung wird wegen des erheblichen Umfangs verzichtet.

Die allgemeinen Grundsätze der Richtlinie 2003/13/EG sind durch die Verordnung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln vom 15.12.1999 in nationales Recht umgesetzt worden.

Auf europäischer Ebene bestehen nur Vorgaben zur Kennzeichnung fertig verpackter Lebensmittel. Die Kennzeichnung der unverpackten Lebensmittel ist den nationalen Regelungen vorbehalten.

Dementsprechend enthält die Verordnung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln vom 15.12.1999 auch Regelungen für unverpackte Lebensmittel.

Ergänzend wird auf die Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.09.2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel hingewiesen, in der die Kennzeichnungsregelungen für gentechnisch veränderte Lebensmittel enthalten sind.

Die Kennzeichnung von Lebensmittel, die „ohne Gentechnik“ hergestellt werden, ist in der nationalen Verordnung zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten und über die Kennzeichnung von Erzeugnissen aus gentechnisch veränderten Sojabohnen und gentechnisch verändertem Mais sowie über die Kennzeichnung ohne Anwendung gentechnischer Verfahren hergestellter Lebensmittel vom 14.02.2000, zuletzt geändert durch Artikel 2 NLVÄndVO v. 22.06.2004 (BGBl. I S. 1244) enthalten.

Zu 70 b bzw. 72:

Die Vorschriften zur Lebensmittelkontrolle befinden sich zurzeit im Umbruch.

Bis Ende des Jahres 2005 richtet sich die Durchführung der Lebensmittelkontrolle nach den Vorgaben der Richtlinie 397/89/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 über die amtliche Lebensmittelüberwachung und der Richtlinie 93/99/EWG des Rates vom 29.10.1993 über zusätzliche Maßnahmen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung. Die Vorgaben werden auf nationaler Ebene durch den siebten Abschnitt des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes sowie durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittelrechtlicher und weinrechtlicher Vorschriften (AVV Rahmen-Überwachung -AVV-RÜB) konkretisiert.

Ab dem 01.01.2006 richtet sich die Durchführung der Überwachung nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.04.2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz. Ergänzende Bestimmungen finden sich auf nationaler Ebene im siebten Abschnitt des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuches (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch LFGB), das im Herbst 2005 in Kraft treten wird. Die AVV-RÜB soll diesen neuen Vorgaben bis Ende des Jahres angepasst werden.

Nachweisverfahren:

Die Richtlinie 85/591/EG bestimmt, dass für die Kontrolle von Lebensmitteln Analysenmethoden und Probenahmeverfahren festgelegt werden sollen, soweit dies für den freien Warenverkehr erforderlich ist und dass dies in Hinblick auf die Analysenmethoden durch Beschreibung der einzuhaltenden Kriterien (Spezifität, Genauigkeit, Präzision, Nachweisgrenze, Empfindlichkeit, Ausführbarkeit und Anwendbarkeit und weitere Kriterien) erfolgen soll. Dieses System wurde gewählt, „um jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit offen zu halten, andere bewährte und aus wissenschaftlicher Sicht brauchbare Verfahren und Methoden anzuwenden, deren Übereinstimmung mit der Regelung anhand der gemeinschaftlichen Verfahren und Methoden festgestellt wurde“. Mit dieser Systematik wird auch ermöglicht, neue Methoden sofort, ohne Änderung der Rechtsvorschriften, einsetzen zu können.

Entsprechend werden in spezifischen Rechtsvorschriften überwiegend die Leistungskriterien für die einzusetzende Analytik, nicht jedoch eine bestimmte Untersuchungsmethode vorgeschrieben. Beispielfähig sei auf die Verordnung (EG) 466/2001 der Kommission vom 08.03.2001 zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln verwiesen.

Die Laboratorien, die Untersuchungen im Rahmen der amtlichen Überwachung durchführen, haben durch Teilnahme an Eignungsprüfungen die Einhaltung der Leistungskriterien dokumentiert nachzuweisen.

Zu 70 c bzw. 73:

Zurzeit richtet sich die Information der Öffentlichkeit nach Artikel 10 der Verordnung (EG) 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.06.2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde

für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (Basis-Verordnung 178/2002), wonach die Öffentlichkeit bei hinreichendem Verdacht, dass ein Lebensmittel ein Risiko für die Gesundheit von Mensch oder Tier mit sich bringen kann, über die Art des Gesundheitsrisikos aufzuklären ist.

Gemäß der RL 89/397/EWG Art. 14 Abs. 2 melden die Mitgliedstaaten die Ergebnisse ihrer Überwachungstätigkeiten (Untersuchungsergebnisse, Betriebskontrollen, Maßnahmen) einmal jährlich an die Kommission, die alle Ergebnisse in einem Bericht zusammenfasst und der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Zu 74:

Die Grundsätze der Produktkennzeichnung und -etikettierung sind vollständig harmonisiert, sodass nach deutschem Recht gekennzeichnete fertig verpackte Lebensmittel in der Europäischen Union frei verkehrsfähig sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzeichnung in einer im jeweiligen Mitgliedstaat leicht verständlichen Sprache erfolgen muss.

Die national geregelte Kennzeichnung unverpackter Lebensmittel, die an den Endverbraucher abgegeben werden, hat für den Handel im Binnenmarkt keine Auswirkungen.

Die amtliche Lebensmittelkontrolle nach nationalen Vorschriften auf der Grundlage nicht vollständig harmonisierter EU-Vorgaben umfasst alle in Deutschland hergestellten oder in den Verkehr gebrachten Lebensmittel (in Deutschland erzeugt oder hergestellt, aus einem Mitgliedstaat verbracht oder aus einem Drittlandstaat eingeführt) und stellt den Schutz der hiesigen Verbraucher auf hohem Niveau sicher. Durch die Lebensmittelkontrolle selbst sind Auswirkungen auf den Binnenmarkthandel deshalb nicht zu erwarten.

Die nicht vollständige Harmonisierung der Nachweisverfahren hat in der Vergangenheit in den Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Beurteilungen bei Stoffen geführt, deren Verwendung verboten ist und die in Lebensmitteln nicht enthalten sein dürfen, z. B. Chloramphenicol in Lebensmitteln tierischen Ursprungs. In diesen Fällen wird durch die Nachweisgrenze eines Verfahrens bestimmt, ob ein Stoff identifiziert werden kann oder nicht. In einzelnen Fällen kam es in Deutschland zu Beanstandungen von Produkten, die in anderen Mitgliedstaaten aufgrund höherer Nachweisgrenzen der Untersuchungsmethode nicht beanstandet wurden.

Der Umfang der Information der Verbraucher in Bezug auf Lebensmittel entspricht in Deutschland den harmonisierten EU-Vorgaben in der Basis-Verordnung 178/2002. Besondere Erkenntnisse über die Auswirkungen liegen nicht vor.

Zu 75:

Die Landesregierung oder ihr nachgeordnete Stellen verfügen über ausreichende Kontrollmöglichkeiten und Überwachungskapazitäten, um den Verbraucherschutz in Niedersachsen sicherzustellen.

Die Einbindung der Lebensmittelüberwachungsämter in die leistungsstarken Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte sichert die notwendigen Unterstützungsleistungen (z. B. juristischer Dienst), schafft ausreichend Distanz zu den zu überwachenden Betrieben und führt zu vertretbaren Wegezeiten für die Mitarbeiter. Gleichzeitig wird eine flächendeckende Präsenz gewährleistet.

Das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (LAVES) leistet mit seiner hohen wissenschaftlichen Kompetenz und seiner guten technischen Ausstattung in den Laboratorien die erforderliche Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte sowie in der Beratung der Landesregierung.

Eine ausreichende Lebensmittelüberwachung wird nicht durch die Zahl der eingesetzten Personen allein bestimmt, sondern wesentlich durch deren Qualifikation, die Betriebszahl und -struktur in den Landkreisen mitbestimmt.

Im Jahr 2003 wurden im Bundesdurchschnitt 54,4 % der Betriebe kontrolliert, in Niedersachsen im gleichen Zeitraum 55,5 %. Demnach kann die Leistungsfähigkeit der Lebensmittelüberwachung als überdurchschnittlich angesehen werden.

Zu 76:

Das QS-System hat bei den landwirtschaftlichen Erzeugern in Niedersachsen einen hohen Stellenwert. Dies wird daran deutlich, dass zurzeit rund 14 400 niedersächsische landwirtschaftliche Betriebe Systemteilnehmer sind, dies entspricht 23 % der teilnehmenden landwirtschaftlichen Betriebe. Durch die Dokumentation des Produktionsprozesses, vor allem aber auch die Durchgängigkeit des Systems von der Uerzeugung bis zur Ladentheke und das bereits installierte Salmonellenmonitoring bei Schweinefleisch hebt sich dieses System von anderen europäischen vergleichbaren Systemen deutlich ab. Die von den Erzeugern im Fleisch- und auch Obst- und Gemüsebereich erwarteten positiven Auswirkungen auf die Erlöse sind leider bislang ausgeblieben. Eine Qualitätssicherung wie QS war vom Lebensmitteleinzelhandel unter dem Eindruck verunsicherter Verbraucher gefordert worden. Mit der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit diesem Prüfsiegel macht der Anbieter deutlich, dass die Qualitätssicherungsstandards dokumentiert werden. Es zeichnen bedauerlicherweise aber nicht alle QS-Siegelnehmer auf der Ebene des Lebensmitteleinzelhandels ihre Produkte mit „QS“ aus.

Seit Ende 2001 können Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft mit dem staatlichen ‚Bio-Siegel‘ gekennzeichnet werden. Seitdem haben rund 1 300 Unternehmen die Nutzung des Bio-Siegels für 28 000 Produkte bei der hierfür zuständigen Stelle, der Informationsstelle Bio-Siegel, angezeigt (Stand Ende Mai 2005). Das Bio-Siegel ist damit im Fach- und Lebensmitteleinzelhandel das am weitesten verbreitete Erkennungszeichen für Öko-Lebensmittel in Deutschland. Jeden Monat kommen zusätzlich rund 600 Bio-Produkte hinzu, für die das Bio-Siegel angezeigt wird. Von aktuell 157 niedersächsischen Unternehmen wurde das Bio-Siegel für bisher rund 3 200 Produkte angemeldet. Neben Bayern (19,4 %), Baden-Württemberg (15,4 %) und Nordrhein-Westfalen (14,8 %) kommen aus Niedersachsen mit 13,4 % die meisten der Unternehmen, die das Bio-Siegel für ihre Produkte führen.

Weitere Erhebungen über die Auswirkungen der Einführung des Bio-Siegels liegen für Niedersachsen nicht vor. Anzumerken bleibt aber, dass der Markt für Bioprodukte weiterhin ein Wachstumsmarkt ist. Der Umsatz mit Bioprodukten in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich von 2 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf rund 3,5 Mrd. Euro im Jahr 2004 gewachsen.

Zu 77:

Nein, es gibt kein spezielles Lebensmittel-Monitoring für Erzeugnisse aus ökologischem Landbau. Im Rahmen der regelmäßigen Lebensmitteluntersuchungen des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit werden auch Produkte des ökologischen Landbaus untersucht. Ein spezielles Lebensmittel-Monitoring für ökologische Lebensmittel wird derzeit nicht für notwendig erachtet, da für diesen Bereich bereits bundesweit eine Fülle von aktuellen Untersuchungen vorliegt. Verwiesen wird hier insbesondere auf das umfassende Ökomonitoring der „Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter des Landes Baden-Württemberg“ in den Jahren 2002 bis 2004 sowie das im Jahr 2004 durchgeführte umfangreiche „Monitoring für Obst und Gemüse im Naturkostfachhandel“ durch den Bundesverband Naturkost. Übereinstimmend kommen die genannten Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass in ökologischen Lebensmitteln keine Pflanzenschutzmittel, bzw. bei einem sehr geringen Prozentanteil Pflanzenschutzmittelgehalte weit unterhalb des gesetzlich vorgegebenen Grenzwertes, vorhanden sind.

Zu 78:

Eier aus unterschiedlichen Haltungssystemen werden im Rahmen des Nationalen Rückstands-Kontrollplans (NRKP) auf ihren Gehalt an Dioxinen untersucht.

Von den 65 im Jahr 2005 im Rahmen des NRKP zu untersuchenden Proben liegen aktuell bereits 60 Ergebnisse vor. Es wurden 33 Proben aus Freilandhaltungen, 17 aus Bodenhaltungen und 10 Proben aus Käfighaltungen untersucht.

Der Mittelwert der Untersuchungsergebnisse der Eier aus Freilandbetrieben liegt bei 0,36 pg/g Fett; der von Eiern aus Boden-, bzw. Käfighaltungen liegt bei 0,18pg/g Fett, bzw. 0,14 pg/g Fett.

Dies belegt die Tendenz, dass Eier aus Freilandhaltungen - wenn auch weit unterhalb des Auslöse-(2 pg/g Fett), bzw. des Höchstgehaltes (3 pg/g Fett) - höhere Dioxinspuren aufweisen als Eier aus geschlossenen Systemen.

Bei einer Eierprobe eines Freilandbetriebes wurde der von der EU festgelegte Auslösewert überschritten. In derartigen Fällen kann die Ware rechtlich nicht reglementiert werden, da es sich nicht um die Überschreitung des Höchstgehaltes handelt. Seitens der Lebensmittelüberwachung werden in derartigen Fällen jedoch weitergehende Ermittlungen zur Ursachenfeststellung (z. B. Bodenuntersuchungen) initiiert. Basierend auf diesen Ermittlungsergebnissen kann der betroffene Landwirt Veränderungen in seinem Betrieb vornehmen.

Insgesamt kann also zwar nicht von einem generellen Risiko der Überschreitung der Dioxinhöchstgehalte bei Hühnereiern aus Freilandhaltung ausgegangen werden, es besteht jedoch die Möglichkeit, dass in Einzelfällen solche Überschreitungen festgestellt werden, die unter Einbeziehung der aktuellen Rechtslage zu restriktiven Maßnahmen in den betreffenden Beständen (Verbot des In-Verkehr-Bringens der Eier, ggf. Rückruf der schon vermarkteten Chargen, Verfolgspuren, Nachverfolgung der Ursachen) führen.

Gentechnik

Zu 79:

Im Rahmen dieser Anfrage ist eine erschöpfende Beantwortung dieses komplexen Themenkreises nicht möglich.

Zurzeit sind primär gentechnisch veränderte Pflanzen und Mikroorganismen von praktischer Bedeutung. Die Antwort bezieht sich deshalb auf Lebensmittel und Lebensmittelzutaten, die aus gentechnisch veränderten Pflanzen bestehen oder bei deren Herstellung gentechnisch veränderte Pflanzen und Mikroorganismen zum Einsatz kommen.

Die Leistungen der biotechnologischen Prozesse dienen im Wesentlichen der Lebensmittelkonservierung durch die Fermentationsprodukte Milchsäure und Alkohol und der Produktveredelung in Bezug auf Geschmack, Aroma, Textur und Aussehen oder der Anreicherung von Wert gebenden Inhaltsstoffen wie z. B. Vitaminen. Dadurch sollen dem Verbraucher preiswerte, qualitativ hochwertige und/oder haltbare Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Mittelpunkt der Betrachtung der Risiken durch gentechnisch veränderte Pflanzen stehen Antibiotikaresistenzgene, die noch als Marker für gentechnische Modifikationen verwendet werden.

Viele Pflanzen produzieren natürlicherweise Toxine, die der Pflanze z. B. als Abwehrmechanismus gegen Schädlinge oder Krankheitserreger dienen (z. B. cyanogene Glycoside in Leguminosen, Alkaloide in Kartoffeln und Tomaten, Glucosinolate in Kreuziferen). Durch gentechnische Modifikationen könnte z. B. die Toxinproduktion der Pflanze gesteigert werden. Ein weiteres Risiko stellen „Nebeneffekte“, so genannte pleiotrope Effekte dar, bei denen durch die Änderung eines Gens mehrere Merkmale beeinflusst werden, die in keiner Beziehung zueinander stehen. Z. B. könnte im Falle der möglichen Produktion toxischer Substanzen in einer Pflanze die Aktivierung stillgelegter Stoffwechselwege durch gentechnische Modifikation erfolgen. Im Rahmen der Zulassungsverfahren werden diese Fragestellungen geprüft und bewertet.

Mit Hilfe gentechnischer Verfahren können Teile der Erbsubstanz (Proteine) über die Artgrenzen hinaus transferiert werden. Dies birgt die prinzipielle Gefahr, dass mit Hilfe der übertragenen Gene auch allergene Eiweiße gebildet werden können.

Für Gentransferexperimente mit Pflanzen werden in der Regel Marker zur Identifizierung der transformierten Pflanzen verwendet. Hierfür wurden insbesondere Antibiotikaresistenzen genutzt. Diese Antibiotika-Resistenzgene können auch in den letztlich produzierten pflanzlichen Lebensmitteln noch vorhanden sein. Ein Gentransfer von Lebensmittel/Pflanze auf ein Bakterium ist grundsätzlich möglich, allerdings sehr unwahrscheinlich. Inzwischen werden Antibiotikamarker zunehmend durch andere Techniken ersetzt.

Zu 80:

Gentechnisch veränderte Lebensmittel unterliegen gemäß der Verordnung (EG) 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. 09.2003 über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel einem Zulassungsverfahren. Eine Zulassung wird nur erteilt, wenn die Lebensmittel

u. a. keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt haben und den Verbraucher nicht irreführen. Zuständig für die Beurteilung innerhalb des Verfahrens ist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Die Einhaltung dieser Anforderungen muss der Inverkehrbringer durch wissenschaftliche Studien, die auch die Prüfung der Allergenität umfassen, nachweisen.

Auf dieser Grundlage sieht die Landesregierung keine Gesundheitsrisiken oder Allergierisiken bei rechtmäßig im Verkehr befindlichen gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

Zu 81:

Die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel unterliegt aufgrund der Vorgaben der Novel-Food-Verordnung (EG) Nr. 258/97 bereits seit 1997 der amtlichen Überwachung. Mit Inkrafttreten der Verordnungen (EG) 1829/2003 und 1830/2003 mit den gegenüber der VO (EG) 258/97 geänderten Kennzeichnungsvorschriften wurde die Überwachung den neuen Vorgaben angepasst.

Die Kontrolle der Kennzeichnung erfolgt durch Untersuchungen an Lebensmittelproben, die aufgrund ihrer Zusammensetzung die Verwendung gentechnisch veränderter Zutaten vermuten lassen (z. B. Bestandteile aus Soja) und durch Dokumentenkontrolle während der Betriebsinspektionen, durch die geprüft wird, ob für einen Rohstoff oder eine Zutat in den Lieferpapieren eine gentechnische Modifikation angegeben ist und diese korrekt auf das Produkt übertragen wurde. So wurde z. B. festgestellt, dass eine Einrichtung zur Gemeinschaftsverpflegung ein gentechnisch verändertes Öl verwendete, ohne dies in der Speisekarte auszuweisen. Der Verantwortliche des Betriebes hat das Öl sofort von einer weiteren Verwendung ausgeschlossen.

Niedersachsen verfügt als eines von wenigen Bundesländern im Lebensmittelinstitut Braunschweig über ein eigenes Gentechniklabor.

Zu 82:

Die Sicherstellung der genannten Prinzipien hat sich die Landesregierung in allen Bereichen ihrer Verbraucherpolitik zu Eigen gemacht. Bezogen auf den Themenkomplex Gentechnik bedeutet dies, dass die Einhaltung des Verursacherprinzips, d. h. die gesetzlich normierte Verantwortlichkeit des Herstellers, sichere Produkte anzubieten, im Rahmen der amtlichen Überwachung kontrolliert wird. Das Vorsorgeprinzip wurde ausdrücklich in die Zweckbestimmung des Gentechnikgesetzes aufgenommen. Dies ist wichtig für die Auslegung aller sicherheitsrelevanten Vorschriften des Gesetzes, insbesondere der Genehmigungsvorschriften. Nach dem Vorsorgeprinzip können die Behörden vorläufige Schutzmaßnahmen auch bei Unsicherheiten hinsichtlich des Vorliegens oder des Umfangs von Risiken für die Umwelt oder Gesundheit treffen, ohne dass abgewartet werden muss, dass das Bestehen und die Schwere dieser Risiken vollständig dargelegt werden. Die Freiheit des Verbrauchers, beim Kauf zwischen konventionellen und gentechnisch veränderten Lebensmitteln zu wählen, ist durch die gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung gewährleistet. Das Partnerschaftsprinzip, d. h. die gemeinsame Verantwortung von Anbieter und Verbraucher für eine nachhaltige Wirtschaft kann nur durch offene und ideologiefreie Aufklärungsarbeit über Möglichkeiten und Chancen sowie Grenzen und Risiken der Gentechnik erreicht werden.

Zu 83:

Das Informationsrecht der Verbraucherin und des Verbrauchers wird durch die Kennzeichnung der gentechnisch veränderten Lebensmittel sichergestellt. Durch eine konsequente Überwachung und Verfolgung von Verstößen gegen Vorschriften zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel wird das Inverkehrbringen nicht rechtskonform gekennzeichnete Lebensmittel so weit wie möglich verhindert.

Zu 84:

Besondere Erkenntnisse bei Honig zum Schutz vor GVO liegen nicht vor.

Zurzeit finden in Niedersachsen keine Freisetzung und kein Anbau gentechnisch veränderter Blütenpflanzen, z. B. Raps, statt, sodass nicht mit einer Verunreinigung zu rechnen ist. Gegebenfalls obliegt es dem Bienenzüchter/Imker selbst, Bienenstöcke so zu positionieren, dass die Bienen möglicherweise vorhandene GVO-Pflanzen nicht erreichen können.

Der Nachweis gentechnischer Modifikationen erfolgt mit der hochsensiblen PCR-Technik, mit der auch Verunreinigungen im Honig nachgewiesen werden können.

Tierseuchen

Zu 85:

Die „Krisenkoordination“ erfolgt auf Basis der einschlägigen tierseuchenrechtlichen Vorschriften in Verbindung mit dem Bundesmaßnahmenkatalog Tierseuchen.

Das nationale Krisenzentrum beim Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat koordinierende Funktionen gegenüber den Krisenzentren der Länder.

Von Niedersachsen wurden Agrarministerkonferenzbeschlüsse initiiert, um die Voraussetzungen für die Bekämpfung hochinfektiöser Tierseuchen wie der Maul- und Klauenseuche in Deutschland durch ein intensives Zusammenwirken der Länder und des Bundes zu verbessern. Es wurde die Bildung einer „Task-Force Tierseuchenbekämpfung“ auf Bund-Länder-Ebene beschlossen. Die Vereinbarung über die Einrichtung dieser Task-Force ist im Jahr 2003 von allen Ländern und dem BMVEL unterzeichnet worden; der Arbeitsstab der Task-Force hat seine Arbeit aufgenommen und ist an das nationale Krisenzentrum beim BMVEL angebunden. Zu den Aufgaben der Task-Force gehören u. a.

- Empfehlungen hinsichtlich der Einrichtung mobiler Bekämpfungszentren,
- Vorschläge zur Koordinierung diagnostischer Kapazitäten,
- Erstellung und Pflege einer Liste von Personen, die im Falle des Ausbruchs oder des Verdachts eines Ausbruchs einer hochkontagiösen Seuche den betroffenen Ländern zur Personalverstärkung zur Verfügung stehen,
- Erstellung und Pflege einer Liste in der Tierseuchenbekämpfung erfahrener Spezialisten zur Verwendung in einer Expertengruppe,
- Pflege und Fortschreibung der „Handbücher Tierseuchenbekämpfung“ insbesondere im Hinblick auf die praktische Vollzugstätigkeit,
- Vorschläge zur Durchführung von Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen sowie länderübergreifender Übungen und Trainingsprogramme.

Ebenfalls auf Initiative Niedersachsens ist die Einrichtung eines Mobilen Bekämpfungszentrums (MBZ) auf Agrarministerebene beschlossen worden. Die entsprechende Vereinbarung ist den Ländern zugeleitet und von Niedersachsen bereits unterzeichnet worden. Das MBZ soll ständig einsatzbereit vorgehalten werden, wobei ein Vorhalten die adäquate Lagerung und Wartung an einem Standort mit Aufbau der kleinsten einsatzfähigen Einheit für den Übungsbetrieb beinhaltet. Niedersachsen wurde als geschäftsführendes Land bestimmt, das im Namen aller Länder die notwendigen Verträge abschließen soll. Als Standort für das MBZ ist Barme im Landkreis Verden geplant. Die Vereinbarung tritt mit der Leistung der letzten Unterschrift in Kraft, wonach die erforderlichen Ausschreibungen erfolgen können.

Zu 86:

Die Koordination erfolgt durch das Krisenzentrum Niedersachsen, von dem bei Bedarf der interministerielle Krisenstab sowie der Landeslenkungsstab einberufen werden. Dem Landeslenkungsstab gehören neben dem interministeriellen Krisenstab Vertreter von Verbänden, Kammern und der Tierseuchenkasse Niedersachsen an.

Die für die Tierseuchenbekämpfung zuständige Abteilung wird von den anderen Referaten des Hauses unterstützt (Haushaltsmittel, Personal, zentrale Dienst, Fleischhygiene, Tierschutz, Futtermittelkontrolle, Marktstützung, Invekos/Prämien, Milchwirtschaft, Gülle, Forst- und Jagdangelegenheiten, Presse/Öffentlichkeitsarbeit). Es bestehen enge Verbindungen zur Niedersächsischen Tierseuchenkasse, zum MI (Katastrophenschutz) und zur Bundeswehr.

Dem Tierseuchenkrisenzentrum Niedersachsen arbeitet das LAVES zu. Die mit Erlass vom 17.06.2002 eingerichtete Task-Force im Bereich Veterinärwesen ist in das LAVES integriert und

kann in Krisensituationen nach Weisung des ML eingesetzt werden. Sie soll u. a. mit dem Krisenzentrum auf Landesebene zusammenarbeiten und zu Polizei, Grenzschutz und Bundeswehr Kontakt aufnehmen sowie bei der Vorbereitung von Inspektionsbesuchen von EU-Dienststellen, Sitzungen des nationalen Krisenstabes sowie des Ständigen Veterinärausschusses der EU mitwirken.

Die EDV-Ausstattung und die Kommunikationsmittel entsprechen dem allgemeinen Standard.

In Niedersachsen wurde vom Ministerium ein EDV-gestütztes Tierseuchenbekämpfungshandbuch eingeführt, das die Vorgaben des Bundesmaßnahmenkatalogs Tierseuchen spezifiziert und zwischenzeitlich auch von Nordrhein-Westfalen benutzt, weiter ausgebaut und mit gepflegt wird. Dieses Handbuch ist Basis für ein bundeseinheitliches Tierseuchenbekämpfungshandbuch, das gegenwärtig von Arbeitsgruppen aus den Ländern unter Verwaltung des Arbeitsstabes der Bundesländer-Task-Force erstellt wird.

Zu 87:

Schnellwarnungen über Risiken bei Lebensmitteln, die außerhalb der regulären Arbeitszeit auf Grund ihrer Dringlichkeit bearbeitet werden müssen, werden vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit dem Lagezentrum des Ministeriums für Inneres und Sport zugeleitet. Dort verfügt der Kommissar vom Dienst über Telefonlisten der fachlich Verantwortlichen im ML, die umgehend benachrichtigt werden.

Zu 88:

Lebende Tiere und Erzeugnisse tierischer Herkunft unterliegen generell einer veterinärrechtlichen Einfuhrkontrolle in Grenzkontrollstellen an den Außengrenzen der EU. Sofern illegale Lebensmittelimporte bei anderen Lebensmitteln bei der Zollabfertigung erkannt werden, werden die zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden von den Zollstellen informiert. Die zuständige Lebensmittelüberwachungsbehörde entscheidet ggf. in Abstimmung mit dem ML über die Einfuhrfähigkeit von Lebensmitteln. Ereignisse von übergeordneter Bedeutung werden dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft mitgeteilt, das das Außenvertretungsrecht ausübt und in Abstimmung mit dem betreffenden Land über weitere Maßnahmen (z. B. Information der EU-Kommission oder des Herkunftsstaates) entscheidet.

Besteht ein Gesundheitsrisiko bei solchen Importen, erfolgt eine Meldung über das Schnellwarnsystem an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das in Abstimmung mit dem Bundesministerium die Meldung an die Europäische Kommission weiterleitet.

Je nach Fallgestaltung können beide Wege beschritten werden.

Zu 89:

Die Anforderungen sind gemeinschaftsweit in der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.05.2001 mit Vorschriften für die Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. EG Nr. L 147 vom 31.05.2001, S. 1) in geltender Fassung festgelegt. Die Zulassung der BSE-Tests erfolgt gemäß Artikel 5 Abs. 3 und Artikel 6 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 24 Abs. 2 durch die EU-Kommission nach Anhörung des Wissenschaftlichen Lenkungsausschusses. Zugelassene Tests werden in Anhang X Kapitel C Nr. 4 veröffentlicht. Der Hersteller der Schnelltests muss über ein vom gemeinschaftlichen Referenzlaboratorium genehmigtes Qualitätssicherungssystem verfügen, das die unveränderte Leistungsfähigkeit der Tests gewährleistet.

Im Hinblick auf die Anforderungen und die Kontrolle der BSE-Testlabore wird auf die Antworten zu den Fragen 91 bis 93 verwiesen.

Die ordnungsgemäße Durchführung der Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 in den Mitgliedstaaten unterliegt der Kontrolle durch Sachverständige der Kommission.

Zu 90:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Standards bei der Durchführung von BSE-Tests in anderen EU-Mitgliedstaaten nicht denen der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 entsprechen.

Zu 91:

Alle in der Bundesrepublik tätigen Laboratorien, die im Rahmen der amtlichen Überwachung auch BSE-Untersuchungen durchführen, sind seit 1998 in Anlehnung an die Richtlinie 93/99/EWG des Rates vom 29. Oktober 1993 über zusätzliche Maßnahmen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung (zum 01.01.2006 ersetzt durch VO (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz) akkreditiert nach DIN EN ISO/IEC 17025 (ehem. DIN EN 45001 und GLP-Elemente 2 + 7).

Zu 92:

Mit der Akkreditierung von Laboratorien nach den europäischen und internationalen Standard DIN EN ISO/IEC 17025:2005 (ehem. DIN EN ISO/IEC 17025:2000) prüft und überwacht eine unabhängige Stelle (Akkreditierungsstelle) die wirksame Etablierung und Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems gemäß ISO 9001:2000 (ehem. ISO 9000:1994), fachliche Kompetenz, technische Ausstattung, Zuverlässigkeit und Unabhängigkeit der Laboratorien. Die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover (AKS Hannover) hat entsprechende Zuständigkeiten in Niedersachsen, sieben weiteren Bundesländern, bei der Bundeswehr und auf Bundesebene der Republik Österreich.

Zu 93:

Die laufende Kontrolle (Überwachung) der Laboratorien erfolgt gemäß dem internationalen (europäischen) Standard für die Arbeit von Akkreditierungsstellen DIN EN ISO 17011 (bisher DIN EN 45003). Die Einführung abweichender länderspezifischer Regelungen wäre hier nicht sachdienlich. Grundlagen sind

- a) Jahresberichte: Ergebnisse aus Laborvergleichsuntersuchungen, Veränderungen in Probenaufkommen und -verteilung, Ergebnisse von Audits und Managementbewertungen, Ergebnisse vorbeugender und korrigierender Maßnahmen, organisatorische Entwicklungen, Personalentwicklung - insbesondere auch Qualifizierungsplanung und durchgeführte Qualifizierungsmaßnahmen,
- b) Überwachungsbegehungen: im fünfjährigen Akkreditierungszeitraum 1 Jahr, 2,5 Jahre und 4 Jahre nach der Hauptbegutachtung; danach erfolgt eine vollständige Neubegutachtung des Laboratoriums, die Abstände der Überwachungsbegehungen können - wenn angemessen - in den folgenden Akkreditierungszeiträumen auf bis zu 2 Jahre ausgedehnt werden.

Zu 94:

Maßnahmen im Zusammenhang mit BSE entziehen sich einer nationalen Risikobewertung und einem nationalen Risikomanagement, da alle diesbezüglichen Anforderungen durch die Verordnung (EG) Nr. 999/2001 gemeinschaftsweit einheitlich definiert und vorgegeben sind. Ausgehend von dem Vertrauensgrundsatz innerhalb der Gemeinschaft geht die Landesregierung davon aus, dass in den neuen Beitrittsländern, somit auch in Polen, die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 eingehalten werden. Anderslautende Erkenntnisse liegen jedenfalls nicht vor.

Zu 95:

Die Erarbeitung von „Krisenmanagementplänen“ haben die kommunalen Veterinärbehörden im Rahmen ihrer Organisations- und Personalhoheit unter Beachtung der einschlägigen tierseuchenrechtlichen Vorgaben und des der Europäischen Kommission notifizierte Bundesmaßnahmenkatalogs Tierseuchen in eigener Verantwortung durchzuführen.

Das EDV-gestützte niedersächsische Tierseuchenbekämpfungshandbuch enthält dazu Vorgaben. Sie können sich auch durch das LAVES beraten lassen.

Mit einem Ministerschreiben vom 07.09.2004 wurden die kommunalen Behördenspitzen darauf hingewiesen, dass die Einrichtung gemeinsamer Krisenzentren eine wichtige Voraussetzung für eine effektive Seuchenbekämpfung ist. Die Landkreise Wittmund, Friesland und die Stadt Wilhelmshaven haben hierüber bereits eine Vereinbarung geschlossen. Es wurde gebeten zu prüfen, ob derartige Zusammenschlüsse mit Nachbarkommunen auch andernorts umgesetzt werden können.

Zu 96:

Die nordrhein-westfälische Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der niederländische Minister für Landbouw, Natuur en Voedselkwaliteit und der niedersächsische Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz haben am 09.02.2005 eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der Maßnahmen im Falle eines Seuchengeschehens aber auch in seuchenfreien Zeiten verabredet wurden. Dazu gehören z. B.

- regelmäßige wechselseitige Teilnahme von Fachpersonal an den Sitzungen des jeweiligen Krisenzentrums,
- wechselseitige Unterstützung durch Fachpersonal bei der Tierseuchenbekämpfung vor Ort,
- wechselseitige Unterstützung bei der Diagnostik,
- vertiefte Zusammenarbeit hinsichtlich der weiteren konzeptionellen Ausgestaltung der Tierseuchenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Impfpolitik mit einer differenzierten strategischen Bewertung für jede einzelne Tierseuche,
- Planung der wechselseitigen Unterstützung bei der Beseitigung von toten Tieren im Falle von Seuchenausbrüchen,
- vertiefte Zusammenarbeit bei der Planung und Durchführung regelmäßiger Krisenübungen und gemeinsame Durchführung von Fortbildungsprogrammen.

Zur Umsetzung dieser Erklärung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese hat bereits in Den Haag und Osnabrück getagt. Nach einer bereits im Jahre 1999 durchgeführten deutsch-niederländischen Maul- und Klauenseucheübung ist für November d. J. eine gemeinsame Übung mit Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Niedersachsen vorgesehen.

Zu 97:

Es ist nicht davon auszugehen, dass in Niedersachsen zusätzliche Schlachtkapazitäten zur Tötung von Tieren beim Auftreten von Seuchen vorgehalten werden müssen.

Unabhängig davon, dass tierseuchenbehördlich angeordnete Tötungsmaßnahmen formalrechtlich unverzüglich vom Tierhalter vollzogen werden müssen, sind in Niedersachsen Vorkehrungen getroffen, die Durchführung behördlicherseits zu unterstützen. Im niedersächsischen Tierseuchenbekämpfungshandbuch sind Vorgaben zur Tötung und Räumung von Beständen enthalten. In den Bekämpfungsplänen der Kommunen sind Personal- und Sachmittel berücksichtigt.

Die Tötung von Tieren beim Auftreten von hochkontagiösen Tierseuchen erfolgt im Rahmen der Bekämpfung im Regelfall in den Beständen. Angesichts der festzulegenden Sperrmaßnahmen ist davon auszugehen, dass sich die Schlachtungen deutlich reduzieren oder in bestimmten Gebieten ganz zum Erliegen kommen.

Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)

Zu 98:

Das LAVES hat die Aufgaben (außer Fachaufsicht) und Mitarbeiter der Dezernate 509 sowie in geringen Teilen der Dezernate 506 der Bezirksregierungen übernommen. Das LAVES hat seine innere Organisation der veränderten Aufgabenstruktur durch die Bildung von fünf Abteilungen (Abteilung eins: Verwaltung, zentrale Dienste; Abteilung zwei: Lebensmittelsicherheit; Abteilung drei: Tiergesundheit; Abteilung vier: Futtermittelsicherheit, Marktüberwachung; Abteilung fünf: Untersuchungseinrichtungen) angepasst. Zur Vermeidung sozialer Härten sind die Mitarbeiter der Bezirksregierungen an den jeweiligen Standorten verblieben. In Lüneburg und Braunschweig konnten sie räumlich in den jeweiligen Untersuchungseinrichtungen eingegliedert werden, in Oldenburg wurden die Mitarbeiter in die Zentrale integriert, in Hannover sind die Mitarbeiter in den ehemaligen Räumen der Bezirksregierung verblieben.

Die Aufgaben (außer Fachaufsicht) der Bezirksregierungen werden als beratende Tätigkeit für die Landkreise/kreisfreien Städte und für den ML fortgeführt.

Dazu erfolgte eine Aufgabenbündelung, sodass jetzt an den verschiedenen Standorten die jeweils zugeordneten Aufgaben landesweit wahrgenommen werden. Dadurch ist eine Spezialisierung der Mitarbeiter auf bestimmte Fachbereiche möglich, die eine verbesserte Unterstützung der Landkreise/kreisfreien Städte/Region Hannover ermöglicht, und kann das einheitliche Vorgehen der Überwachung in Niedersachsen gestärkt werden.

Zu 99:

Seit der Auflösung der Bezirksregierungen verteilen sich die Aufgaben im Teilbereich „Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung“ des gesundheitlichen Verbraucherschutzes auf das ML, das LAVES (einschließlich Untersuchungseinrichtungen) sowie die 47 niedersächsischen Landkreise/Region Hannover und kreisfreien Städte. Die Ausstattung mit Personal und Sachmitteln steht im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten auf allen Ebenen in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Tätigkeiten. Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Lebensmittelüberwachung wurde durch die am 01.01.2002 in Kraft getretene so genannte „Hochzonung“ optimiert, bei der die bis dahin auch den großen selbständigen Städten und selbständigen Gemeinden obliegenden Aufgaben auf die Landkreise/Region Hannover und kreisfreien Städte konzentriert und dadurch die Voraussetzungen geschaffen wurden, auf jeweils eigenes wissenschaftlich ausgebildetes Personal (z. B. Tierärzte, Lebensmittelchemiker) zurückzugreifen. Eine flächendeckende Präsenz ist weiterhin gewährleistet.

Im Zuge der Auflösung der Bezirksregierungen mit Wirkung vom 01.01.2005 wurde zudem ein großer Teil der Aufgaben der staatlichen Lebensmittelüberwachung beim LAVES gebündelt. Durch die damit verbundene stärkere Spezialisierung der Beschäftigten auf die ihnen zugeordneten Aufgabenbereiche können die kommunalen Lebensmittelüberwachungsbehörden noch kompetenter beraten und unterstützt werden.

Zur Effizienzsteigerung und besseren Geräteauslastung in den Untersuchungseinrichtungen des LAVES wird die Bildung von Schwerpunkten weiter vorangetrieben.

Zu 100:

Seit April 2002 besteht zwischen den Pflanzenschutzämtern der Landwirtschaftskammern Hannover und Oldenburg in ihrer Eigenschaft als nach Landesrecht zuständige Pflanzenschutzbehörden und dem LAVES eine schriftliche Vereinbarung über den gegenseitigen Informationsaustausch im Hinblick auf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und das Auftreten von Rückständen in pflanzlichen Lebensmitteln in Niedersachsen.

Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Gartenbau kann zu messbaren Rückständen an Wirkstoffen im Erntegut führen, die beim Inverkehrbringen von Lebensmitteln bestimmte rechtlich vorgegebene Höchstmengen nicht überschreiten dürfen. Die Überwachung der Einhaltung der Höchstmengen und damit der Verkehrsfähigkeit von Lebensmitteln ist Aufgabe des LAVES. Dabei haben die Erkenntnisse der Pflanzenschutzämter im Bereich der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eine große Bedeutung. Um einen entsprechenden Informationsaustausch sicherzustellen, wurde eine gegenseitige laufende Unterrichtung über alle verbraucherschutzrelevanten Daten vereinbart. Der Informationsaustausch verläuft seitdem in geregelter Form mit dem Ziel, im Sinne des gesundheitlichen Verbraucherschutzes Fehlanwendungen von Pflanzenschutzmitteln und mögliche Rückstandsbelastungen in Lebensmitteln gezielter zu erkennen und zu vermeiden.

Die o. g. Vereinbarung regelt darüber hinaus Folgendes:

- Übermittlung der Untersuchungsergebnisse,
- umgehende Information bei besonderen Auffälligkeiten,
- Informationen über das Vorhandensein nicht zugelassener und den Einsatz nicht erlaubter Pflanzenschutzmittel,
- Lieferung von Informationen über Pflanzenschutzmittel,
- jährliche Besprechungen.

In diesen Besprechungen werden Ergebnisse diskutiert und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen. Dabei berichtet z. B. der Pflanzenschutzdienst (PSD) über ermittelte bzw. vermutete rückstandsrelevante Fehlanwendungen von Pflanzenschutzmitteln. In gemeinsamer Absprache werden dann Lösungen erarbeitet, um für die Zukunft die Einhaltung der Rückstandshöchstmengen sicher zu stellen. Als Instrumente bieten sich dabei für den PSD eine intensiviertere Beratung und verstärkte Kontrollen des Handels und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten Bereichen an.

Zu 101:

Die Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Lebensmittelsicherheit in Abhängigkeit von der Schwere des Verstoßes reichen von der einfachen Verwarnung über ein Warngeld oder Bußgeld bis hin zum Strafverfahren.

Im Bereich der Staatsanwaltschaften und Gerichte wird keine Bußgeldstatistik geführt, aus der Zahl und Inhalt der dem lebensmittelrechtlichen Bereich zuzurechnenden Ordnungswidrigkeiten entnommen werden könnten. Die gerichtliche Bußgeldverfahren betreffende Statistik trennt hinsichtlich des Verfahrensgegenstandes allein nach Straßenverkehrssachen und sonstigen Bußgeldsachen.

Zu 102:

Lebensmittelunternehmen

Der § 4 der Lebensmittelhygiene-Verordnung vom 05.08.1997 schreibt vor, dass jeder, der Lebensmittel behandelt oder in den Verkehr bringt, durch betriebseigene Kontrollen die für die Entstehung gesundheitlicher Gefahren durch Faktoren biologischer, chemischer oder physikalischer Natur kritischen Punkte im Prozessablauf feststellen muss und zu gewährleisten hat, dass angemessene Sicherungsmaßnahmen festgelegt, durchgeführt und überprüft werden.

Dies hat durch ein Konzept der Gefahrenidentifizierung und -bewertung zu geschehen, das aus folgenden Elementen besteht:

- Analyse dieser Gefahren in den Produktions- und Arbeitsabläufen beim Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von Lebensmitteln,
- Identifizierung der Punkte in diesen Prozessen, an denen diese Gefahren auftreten können,
- Entscheidung, welche dieser Punkte die für die Lebensmittelsicherheit kritischen Punkte sind,
- Festlegung und Durchführung wirksamer Sicherungsmaßnahmen und deren Überwachung für diese kritischen Punkte und
- Überprüfung der Gefahrenanalyse, der kritischen Punkte und der Sicherungsmaßnahmen und deren Überwachung in regelmäßigen Abständen sowie bei jeder Änderung der Produktions- und Arbeitsabläufe beim Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von Lebensmitteln.

Ergänzende, produktspezifische Bestimmungen finden sich in § 10 und § 15 der Fischhygiene-Verordnung in der Fassung vom 08.06.2000, in § 16 der Milch-Verordnung in der Fassung vom 20.07.2000, in § 5 und § 16 der Eier- und Eiprodukte-Verordnung vom 17. Dezember 1993, in § 6 der Kollagen-Verordnung vom 17.08.2004 und in § 6 der Speisegelatine-Verordnung vom 13.12.2002. Die Fischhygiene-Verordnung, die Milch-Verordnung und die Eier- und Eiprodukte-Verordnung verpflichten darüber hinaus die Betriebe zur Dokumentation der betrieblichen Eigenkontrollmaßnahmen. Die entsprechenden Nachweise sind zwei Jahre aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzuweisen.

Die Anforderungen an die betrieblichen Eigenkontrollen und deren Dokumentation in Betrieben, die fleischhygienerechtlichen Bestimmungen unterfallen, sind in § 11 c der Fleischhygiene-Verordnung in der Fassung vom 29. Juni 2001 und in § 14 der Geflügelfleischhygiene-Verordnung in der Fassung vom 21. Dezember 2001 geregelt. Neben der Überwachung der Verfahrens- und Betriebsabläufe, die den Grundsätzen der Lebensmittelhygiene-Verordnung entspricht, haben diese Betriebe zusätzlich

- mittels mikrobiologischer Stufenkontrollen Räume, Einrichtungsgegenstände, Arbeitsgeräte, ggf. frisches Fleisch sowie die Wirksamkeit der Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen zu überwachen,
- zu überprüfen, ob Schlachttieren verbotene oder nicht zugelassene Stoffe verabreicht wurden und ob bei Schlachttieren nach Anwendung zugelassener pharmakologisch wirksamer Stoffe die festgesetzten Wartezeiten eingehalten wurden.

Die genannten Vorschriften enthalten weitere, produktspezifische Bestimmungen zur Eigenkontrolle von Hackfleisch, Fleischerzeugnissen und Fleischzubereitungen.

Über die durchgeführten Eigenkontrollmaßnahmen und deren Ergebnisse haben die Betriebe ebenso Nachweise zu führen wie über

- die aufgrund der Ergebnisse der Kontrollen ergriffenen Vorsorgemaßnahmen, wenn sich eine Gefahr für die Gesundheit oder ein entsprechender Verdacht ergeben hat,
- die Herkunft des Fleisches,
- die Abgabe des Fleisches unter Angabe von Art, Menge, Kennzeichnung und Empfänger,
- die Herstellungsverfahren bei Fleischerzeugnissen und Fleischzubereitungen,
- die Einhaltung der vorgeschriebenen Raumtemperaturen und der Innentemperatur des Fleisches,
- im Falle der Gewinnung oder Behandlung von Fleisch von Rindern, Schafen und Ziegen den Verbleib des spezifizierten Risikomaterials nach der Verordnung (EG) Nr. 999/2001.

Die entsprechenden Nachweise sind zwei Jahre aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzuweisen.

Betriebe, die im Rahmen der betriebseigenen Kontrollen Untersuchungen auf Krankheitserreger durchführen, haben zum Zweck weitergehender Untersuchungen Rückstellproben des Probenmaterials anzufertigen und bis zum Vorliegen der Untersuchungsergebnisse aufzubewahren und im Falle des Nachweises von Krankheitserregern Isolate herzustellen und die zuständige Behörde zu unterrichten. Rückstellproben des Probenmaterials und Isolate der Krankheitserreger sind der zuständigen Behörde auf Verlangen auszuhändigen.

Die Form der Eigenkontrollmaßnahmen in Betrieben, die lediglich der Lebensmittelhygiene-Verordnung unterfallen, ist nicht rechtlich vorgeben und entsprechend unterschiedlich. So werden in großen Betrieben die Eigenkontrollmaßnahmen überwiegend im Rahmen eines Qualitätssicherungssystems systematisch dokumentiert.

In Handwerksbetrieben finden sich häufig die von den Innungen erarbeiteten einfacheren Dokumentationssysteme. Die Pflege dieser Systeme fällt, je nach Akzeptanz und Engagement des Verantwortlichen sehr unterschiedlich aus.

In kleinen Betrieben (z. B. Imbiss etc.) besteht meistens keine Dokumentation, sondern werden die Überlegungen zu den oben dargestellten Grundsätzen mündlich erläutert.

Da die Lebensmittelhygiene-Verordnung nicht für das Gewinnen von Lebensmitteln gilt, sind die landwirtschaftlichen Betriebe zurzeit von der Verpflichtung zu Eigenkontrollmaßnahmen ausgenommen.

Die Überwachung der Eigenkontrollmaßnahmen erfolgt im Rahmen der Betriebskontrollen durch Lebensmittelkontrolleure oder amtliche Tierärzte der Landkreise/kreisfreien Städte, erforderlichenfalls mit Unterstützung durch Sachverständige des LAVES. Die in zugelassenen und registrierten Schlachtbetrieben sowie in zugelassenen Zerlegungsbetrieben im Rahmen ihrer betrieblichen Eigenkontrolle gemäß der Entscheidung 2001/471/EWG durchgeführte Hygieneuntersuchungen werden regelmäßig durch amtliche Kontrolluntersuchungen verifiziert.

Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.04.2004 über Lebensmittelhygiene haben Lebensmittelunternehmer ab 01.01.2006 ein

oder mehrere Verfahren, die auf den HACCP (Hazard Analysis and Critical Control Point)-Grundsätzen beruhen, einzurichten, durchzuführen und aufrecht zu erhalten.

Futtermittelunternehmen

Betriebe, die bestimmte Einzel- oder Mischfuttermittel, Vormischungen oder Zusatzstoffe herstellen, behandeln und/oder in Verkehr bringen, sind nach den futtermittelrechtlichen Vorschriften, insbesondere nach den §§ 28 bis 33 der Futtermittelverordnung (FMV), anzuerkennen (§ 29 FMV) oder zu registrieren (§ 31 FMV). Im Rahmen der Anerkennung und/oder Registrierung von Betrieben sind die Anforderungen und Pflichten des Anhanges der Richtlinie 95/69/EG (Anerkennungsrichtlinie) des Rates vom 22.12.1995 zur Festlegung der Bedingungen und Einzelheiten für die Zulassung und Registrierung bestimmter Betriebe und zwischengeschalteter Personen des Futtermittelsektors sowie zur Änderung der Richtlinien 70/524/EWG, 74/63/EWG einzuhalten.

Die einzelnen Anforderungen und Pflichten sind in der Anlage 7 zur FMV, die auf den Anhang der o. g. Richtlinie verweist, im Teil 1 (für anerkennungsbedürftige Betriebe) und Teil 2 (für registrierungsbedürftige Betriebe) festgelegt.

Im Rahmen der Anerkennung und/oder Registrierung ist ein schriftlicher Qualitätskontrollplan zu erstellen und durchzuführen, der insbesondere die Kontrolle der kritischen Punkte des Herstellungsprozesses, die Verfahren der Stichprobenentnahme und deren Häufigkeit, die Methoden und die Häufigkeit der Analysen sowie die Beachtung der Spezifikationen bei Ausgangserzeugnissen, Wirkstoffen, Trägern und „Erzeugnissen“ - und den Verbleib bei Nichtübereinstimmung mit den Spezifikationen - umfasst.

Es müssen Proben des Wirkstoffes und jeder Partie der „Erzeugnisse“, die in den Verkehr gebracht werden oder jedes festgelegten Teils der Erzeugung bei kontinuierlicher Herstellung nach einem vom Hersteller vorher festgelegten Verfahren und in ausreichender Menge entnommen und aufbewahrt werden, um den Weg des Erzeugnisses zurückverfolgen zu können (so genannte „Partieproben“).

Diese Proben werden verschlossen und so gekennzeichnet, dass sie leicht zu identifizieren sind; sie müssen für die zuständigen Behörden mindestens bis zum Mindesthaltbarkeitsdatum des Endprodukts verfügbar sein.

Von diesen Partieproben unabhängig sind zusätzlich weitere Proben zur Eigenkontrolle durch die Betriebe zu entnehmen, die gemäß internem Qualitätskontrollplan auf verschiedenste Parameter untersucht werden.

Der schriftlich zu erstellende Qualitätskontrollplan ist abhängig von den produzierten Erzeugnissen und dem im Unternehmen vorhandenen Qualitätsmanagementsystem. Die einzelnen Qualitätsmanagementsysteme wurden in den Betrieben eingeführt, umgesetzt und über Zertifizierungsgesellschaften bewertet. Die Teilnahme an einzelnen, unterschiedlichen Qualitätsmanagementsystemen ist gesetzlich nicht vorgeschrieben, sondern basiert auf „freiwilliger Basis“ der Unternehmen. Viele Futtermittelunternehmen verfügen aber parallel zueinander über mehrere Qualitätsmanagementsysteme, wie beispielweise HACCP, DIN ISO 9001:2000 oder QS.

Die Anzahl der im Rahmen der einzelnen Systeme durchgeführten Eigenkontrollen (optische, sensorische und analytische Kontrollen) „schwankt“, orientiert sich im Wesentlichen aber an den hergestellten Produkten und den eingesetzten Rohkomponenten/Zusatzstoffen und Vormischungen und deren Risikobewertung.

Die in den einzelnen Qualitätsmanagementsystemen enthaltenen Kontrollplanempfehlungen richten sich nach der Art des hergestellten Futtermittels und dem Umfang der Produktion in Tonnen.

Bei den Untersuchungen sind insbesondere Stoffe (gem. § 2 b und § 3 Futtermittelgesetz) zu berücksichtigen, die für die Gesundheit von Tieren und Menschen relevant sein können oder von öffentlichem Interesse sind, d. h. verbotene und unerwünschte Stoffe mit und ohne Höchstgehalte sowie unzulässige Nachweise von antibiotisch wirkenden Substanzen aller Art. Diesbezügliche Erkenntnisse sind dem LAVES gem. § 17 Abs. 5 Futtermittelgesetz (FMG) mitzuteilen.

Das LAVES überprüft im Rahmen der amtlichen Futtermittelüberwachung (z. B. Betriebsprüfungen, Buchprüfungen) insbesondere bei allen anerkannten und registrierten Betrieben die Einhaltung des Qualitätskontrollplanes. Die Anforderungen der amtlichen Futtermittelüberwachung gehen dabei zum Teil über die Forderungen in den Qualitätskontrollplänen in den verschiedenen Qualitätsmanagementsystemen hinaus. So sollten z. B. alle Herstellerbetriebe Proben auf unzulässige tierische Bestandteile untersuchen lassen. Auch ist nach der Herstellung von Fütterungsarzneimitteln ein Einzelfuttermittel als Spülcharge zu verwenden, die unschädlich eingesetzt oder zu entsorgen ist.

Daneben hat das LAVES für die niedersächsischen Herstellerbetriebe eine umfangreiche Risikobewertung anhand eines selbst erarbeiteten Bewertungsschemas vorgenommen, die laufend aktualisiert wird. Hierbei werden die Betriebe anhand eines umfangreichen Bewertungsbogens hinsichtlich der betrieblichen Gegebenheiten erfasst und analysiert. Das Ergebnis führt zur Einstufung in eine bestimmte Risikokategorie. Auch hierbei wird der Qualitätskontrollplan des Unternehmens bewertet/analysiert.

Mit der Futtermittelhygieneverordnung (Verordnung (EG) Nr. 183/2005) ist ab dem 01.01.2006 für alle Futtermittelunternehmen gem. Artikel 6 ff der VO ein schriftliches Verfahren oder Verfahren, die auf den HACCP-Grundsätzen beruhen, einzurichten, durchzuführen und aufrechtzuerhalten.

Zu 103:

Aufgrund der unterschiedlichen Krisensituationen in der Futtermittelwirtschaft (Stichworte: Dioxin 1999; Chloramphenicol 2002; Nitrofen 2002; Medroxyprogesteronacetat (MPA) 2002) wurde die amtliche Futtermittelüberwachung in Niedersachsen mit Gründung des LAVES sowohl zentralisiert als auch intensiviert.

Unabhängig von Krisensituationen haben die Aufgaben der amtlichen Futtermittelüberwachung in den letzten zwei Jahren, unter anderem auch durch die im Jahr 2004 eingeführte erweiterte Meldepflicht gem. § 17 Futtermittelgesetz, sowohl von der Intensität als auch vom Umfang stetig zugenommen.

Auch durch die neue Futtermittelhygieneverordnung wird der Umfang der amtlichen Futtermittelüberwachung auf allen Ebenen erheblich ausgeweitet, da nunmehr auch die Primärproduktion (landwirtschaftlicher Betrieb) vollständig zu erfassen und auch in Zukunft zu überprüfen ist.

Die amtliche Futtermittelüberwachung hat sich in personeller Hinsicht seit April 2003 nicht geändert. Sämtliche Aufgaben der amtlichen Futtermittelüberwachung in Niedersachsen werden durch das Dezernat 41 des LAVES durchgeführt.

Zu 104:

Systematische Untersuchungen über die Arbeit der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden liegen nicht vor.

Aus den jährlichen Meldungen im Rahmen der EU-Berichtspflicht gemäß Artikel 14 Abs. 2 der Richtlinie 397/89/EWG lässt sich ableiten, dass alle kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden in Niedersachsen vergleichbar arbeiten.

Zu 105:

Aus den erteilten Sanktionen/Bußgeldern/Auflagen usw. lassen sich keine Rückschlüsse auf besonders sorgfältige Kontrollen bzw. Arbeit einzelner kommunaler Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden ziehen.

Die Zahl der Sanktionen wird primär durch die Sorgfalt der Unternehmen bei der Herstellung von Lebensmitteln und die Art der hergestellten Lebensmittel und damit durch die Betriebsstruktur in den einzelnen Landkreisen bestimmt.

So ist die Verarbeitung von Obst und Gemüse zu Konserven ein weniger fehleranfälliger Prozess als die Verarbeitung von frischem Fisch oder die Herstellung von Fleischerzeugnissen. Dabei kann bei sorgfältiger Arbeit der Unternehmen die Zahl der Sanktionen in einem Fisch verarbeitenden Betrieb niedriger ausfallen als in einem weniger sorgfältig arbeitenden Konservenbetrieb. Ein Rück-

schluss auf die Qualität der Arbeit der Überwachungsbehörden aus der Zahl der Sanktionen ist deshalb nicht möglich.

Zu 106:

Im Hinblick auf die betriebsseitig durchzuführenden Eigenkontrolluntersuchungen in Schlachtbetrieben und deren amtliche Verifizierung wird auf die entsprechenden Ausführungen zu Frage 102 verwiesen.

Im Jahr 2003 wurden 843 Tupferproben von Lebensmittel-Kontaktflächen und Geräten zur Kontrolle der Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen sowie 441 Produkt-Proben auf Basis der Entscheidung 2001/471/EG mikrobiologisch untersucht. Im Jahr 2004 beliefen sich die Untersuchungszahlen auf 935 Tupferproben und 452 Produkt-Proben. Aus den Untersuchungsergebnissen und den Erfahrungen der Vorjahre kann geschlossen werden, dass etwa bei einem Viertel der Betriebe ein kontinuierlich guter Reinigungszustand zu konstatieren ist. Ansonsten geben die festgestellten Mängel Hinweise auf Defizite im betriebseigenen Hygienemanagement. Die kommunalen Überwachungsbehörden beraten in diesen Fällen die Betriebe, damit durch Änderungen innerhalb der Betriebsabläufe der Hygienestandard optimiert werden kann.

Die durchgeführten Hygieneuntersuchungen haben sich nach Art und Umfang als geeignet erwiesen, zusammen mit allen anderen Erkenntnissen der Überwachungsbehörden verlässliche Aussagen über den Hygienestatus eines Betriebes zu machen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen aber auch, dass der Hygienestandard weiterhin überwacht werden muss.

Zu 107:

Zwischen den Behörden, die mit Aufgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes betraut sind, besteht permanente Kommunikation. Alarmmeldungen, die behördliche Tätigkeiten auslösen sollen, gehen folglich in der Regel vom ML aus oder sind mit diesem abgestimmt. Bei Gefahr im Verzuge können Informationen zwischen Behörden auch direkt vom Erstempfänger an betroffene Behörden weitergegeben werden, um Schutzmechanismen in Gang zu setzen. Das weitere Verfahren richtet sich auch bei solchen Fällen nach den festgelegten Regeln der Behördenhierarchie.

Sofern mit „Alarmmeldungen“ auch Mitteilungen an die Medien gemeint sind, die nicht ein eng begrenztes lokales Geschehen betreffen, gehen entsprechende Aktivitäten von ML aus.

Hans-Heinrich Ehlen